

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

171 · Januar 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	3
Essay	
MORUS MARKARD »Elite«: Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff	5
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
HANS-GERT GRÄBE Virtuelle Macht und reale Gegenmächte. Zur Globalisierung der Ökonomie	12
LOTTE ARNDT Der kubanische Sozialrealismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts	21
JOCHEN WEICHOLD Die Grünen – Aufbruch in die Anpassung	34
J. K. 100	
MARIO KESSLER Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident?	42
GÜNTER KRÖBER Jürgen Kuczynski und der Nobelpreis	50
Dokumentierte Geschichte	
ROSA LUXEMBURG Die Russische Revolution 1905 Rede, nach einem Spitzelbericht	55
GÖTZ DIECKMANN Ermordet vor 60 Jahren: Albert Kuntz	68
ALBERT KUNTZ Briefe aus Nazihaft	73

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	76
---	----

Bücher & Zeitschriften

Jan Rehmann: Postmoderner Links-Nietzscheanismus. Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion, Argument-Sonderband 298 (WOLFGANG FRITZ HAUG)	80
Martin Jänicke, Philip Kunig, Michael Stritzel: Lern- und Arbeitsbuch Umwelt-politik. Politik, Recht und Management des Umweltschutzes in Staat und Unternehmen (ARNDT HOPFMANN)	83
Albrecht Müller: Die Reform-Lüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER)	84
Nietzscheforschung. Jahrbuch der Nietzsche-Gesellschaft, Bd. 10, hrsg. von Volker Gerhardt und Renate Reschke (ULRICH BUSCH)	85
Marvin Chlada: Der Wille zur Utopie (ANDREAS HEYER)	86
Ergötzliche Briefe des Dessauer Malers Carl Marx an Wolfgang Hütt. Eingeleitet und kommentiert von Wolfgang Hütt (KAI AGTHE)	87
Jahresinhaltsverzeichnis 2004	90
Summaries	94
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

VorSatz

Wir stehen an der Schwelle des sechzigsten Jahres nach der Befreiung vom Faschismus. Dem gegenwärtigen ideologischen Mainstream gilt es als geradezu peinlich, dass diese Befreiung vor allem aus dem Osten kam, dass es in erster Linie die Sowjetarmee war, die die verbrecherischem Kommando folgende Wehrmacht besiegte. Geschichte wird umgedeutet, nicht so sehr direkt in Worten, sondern durch Hervorheben hier und Weglassen oder Relativieren dort: Hervorgehoben wird der D-Day, die Eröffnung der zweiten Front durch die West-Alliierten (die wird nicht einmal »zweite Front« genannt, weil dies ja auf eine »erste Front« hinweisen würde); weggelassen werden u. a. die Schlacht um Breslau und die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz. Wenn der Krieg schon verloren wurde, dann möchte man doch lieber den Westmächten unterlegen gewesen sein, den »westlichen Demokratien«, zu denen man sich dann auch gleich klammheimlich selbst zurechnet.

Was östlich der nun nach Osten erweiterten Europäischen Union vor sich geht, ist dem herrschenden Zeitgeist im allgemeinen so ziemlich egal. Und so erscheinen die Bilder, die gezeichnet und verbreitet werden, widersprüchlich oder zufällig. Da wird von Männerfreundschaften gefaselt – früher zwischen Kohl und Jelzin, jetzt zwischen Schröder und Putin. Natürlich wird über die Terroranschläge in Moskau berichtet, aber selbst dabei bleiben Hintergründe ausgeblendet. Von der wirtschaftlichen Entwicklung, von der sozialen Situation der Menschen in Rußland, vom schnellen Aufbrechen der Gegensätze zwischen den ganz wenigen Reichen und vielen Armen, erfährt man hier so gut wie nichts. Aber fast immer sind Spuren von Mythologisierung beigemischt, der »russische Bär« und die »russische Seele« sind irgendwie immer im Spiel, Rußland erscheint so fremd, undurchschaubar und damit latent gefährlich. Der Anti-Sowjetismus des Kalten Krieges findet seine Fortsetzung in antirussischen Sentiments.

Aktueller Anlass sind Vorgänge, die zunächst mit Russland selbst wenig zu tun haben, sie finden in der Ukraine statt. Bei den Präsidentschaftswahlen im November war zunächst offiziell der bisherige Ministerpräsident Viktor Janukowitsch zum Nachfolger des amtierenden Präsidenten Leonid Kutschma erklärt worden. Dagegen erhob die Opposition Widerspruch, von Wahlmanipulationen war die Rede, ihr Kandidat Viktor Justschenko erklärte sich selbst zum Sieger. Es folgten massenhafte Proteste und anhaltende Demonstrationen. Schlagartig wurde die Ukraine zum Medienereignis.

Aber dabei blieb es nicht, im Westen erhoben sich die politischen Zeigefinger, auch und gerade in der Bundesrepublik. Es war schon bemerkenswert, wie sich Politiker und Meinungsmacher als Gralshüter der politischen Moral stilisierten. Da kann man sich nur verwundert die Augen reiben und fragen, wo diese Hüter der politischen Moral waren, als bei den Präsidentenwahlen von 2000 in den USA Georg W. Bush zum Sieger erklärt wurde und im Januar 2001 das Amt auch antrat, obwohl es offenkundig zumindest im Staat Florida, wo sein Bruder als Gouverneur amtierte, Wahlmanipulationen gegeben hatte, und Tausende von Stimmen für Al Gore buchstäblich unter den Tisch fielen. Damals hatten diese Hüter der politischen Moral ihre hehren Maßstäbe an der Garderobe abgegeben.

Aber es geht nicht nur um die unterschiedliche Bewertungen von Wahlmanipulationen in den USA und in der Ukraine. Die Eliten des Westens ergreifen Partei, entsprechend ist auch die mediale Berichterstattung. Die Annullierung der Präsidentenstichwahl wird zum »Sieg der Demokratie« stilisiert. Die Protestdemonstrationen werden als »orangene Revolution« bezeichnet. Der Führer der Opposition, Viktor Juschtschenko, gilt uneingeschränkt als Held, sein Gegenspieler, Ministerpräsident Viktor Janukowitsch, wird kaum noch erwähnt, als seien die zu wiederholenden Stichwahlen bereits gelaufen. Und was wird Juschtschenko reformieren oder gar revolutionieren? Er war nicht immer »Oppositionsführer«, bis vor drei Jahren war er selbst Ministerpräsident, er scheiterte, weil es gerade unter seiner Regierung keine Reformen gab.

Es geht nicht darum, dass der eine »der Gute« ist und der andere »der Schlechte«. Es ist wohl überall so, dass die »Gutmenschen« bei Politikern unterrepräsentiert sind, erst recht in postsozialistischen Ländern wie der Ukraine. Es geht natürlich um wirtschaftliche und politische Macht.

Und etwas anderes verdient Beachtung, das sind die beigemengten antirussischen Töne. Sie gibt es in der Ukraine selbst, Julia Timoschenko, eine Zentralfigur der gegenwärtigen Opposition sprach davon, »die orangene Revolution nach Russland« tragen zu wollen. Aber sie gibt es vor allem auch im Westen. Besonders hellhörig sollte machen, dass hier zunehmend das Attribut »prorussisch« pejorativ gebraucht wird, als Kritik, als Vorwurf. Darin zeigt sich, dass nach wie vor in den politischen Beziehungen zu Russland die alten Klischees durchschlagen. Im sechzigsten Jahr der Befreiung ist da besondere Sensibilität angesagt, gerade auch für die Linken.

DIETMAR WITTICH

Um ein wenig Freude in den grauen Vorweihnachtsalltag zu bringen, veröffentlichten wir in Heft 170 ein Stück Prosa von Joachim Hirsch, Frankfurt/Main, mit dem er den etwas satirisch geratenen VorSatz aus Heft 168 glaubte »widerlegen« zu müssen, und am Ende nur eines vermochte: diesen Text auf das peinlichste mit einem Wahrheitsgehalt auszustatten, den der VorSatz-Autor selbst in seinen finstersten Träumen nicht für möglich gehalten hätte. Um Mißverständnissen zu begegnen, erklären wir: Im inkriminierten VorSatz wurde die ethnische Zusammensetzung Ostdeutschlands weder vom VorSatz-Autor noch von der Redaktion – wie vom Herrn Kritiker mit erprobter wissenschaftlicher Akribie konstruiert – zum »Idealbild« erhoben. Statt dessen war hier der Versuch unternommen worden, ein Bild von der Realität zu zeichnen. Doch wer das tut, kann ja gleich in der »Jungen Freiheit« etc. pp. – siehe die Einlassungen des Herrn Leserbriefschreibers. Dieserlei Niveau erfreut uns seit 1991/92 und wird auch künftig von uns – wie bisher üblich – als das behandelt werden, was es in unseren Augen ist: unter aller Kritik stehend. DIE REDAKTION

MORUS MARKARD

»Elite«: Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff

Wer gehört eigentlich zur Elite? Es wird wohl kaum jemand bezweifeln, dass unsere Bundesministerinnen und -minister zur Elite gehören – zu dem Teil der sog. *Machtelite*, die sich auf eine demokratische Legitimation qua Wahlen berufen kann. Zur *Machtelite* gehört auch jene Managerkaste, die ohne *jedwede* demokratische Legitimation mit der Vernichtung tausender Arbeitsplätze ganze Landstriche in Angst und Schrecken versetzt und sozial ruiniert. Auch Herr Horst Köhler, unser Bundespräsident, zählt zur Elite. Früher gehörte er, als er noch internationaler Banker war, auch zur *Machtelite*. Jetzt, seit er Bundespräsident ist, hat er kaum noch etwas zu sagen, er soll aber öffentlich viel reden (obwohl das laut Grundgesetz nicht zu seinen Aufgaben gehört). Insofern zählt er nunmehr in der Terminologie der Soziologie m. E. eher zur *Werte-Elite*. In diesem Zusammenhang hat er die in Art. 72 GG verfassungsrechtlich geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für illusorisch erklärt und abgewertet. Dazu passt, dass Helmut Kohl am 14. September dieses Jahres in einer CDU-Wahlkampfveranstaltung in Brandenburg erklärte, er habe sich seinerzeit mit den blühenden Landschaften in der ehemaligen Zone vertan. So, wie man Köhler als Komparativ von Kohl auffassen könnte, wäre dann Köhlers Gleichwertigkeitsabsage die Systematisierung von Kohls Irrtum. Auf das Verhältnis von Elite und Gleichheit komme ich zurück.

Wie dem auch sei: Die – in den Bereichen »Politik« und »Ökonomie« schon erwähnte – *Machtelite* finden wir außerdem noch im Militär. Der Vollständigkeit halber sollten wir dann noch die Geburtselite nennen, also den Adel, dessen Heirats- und Reproduktionsaktivitäten immer wieder mal die Journaille auf Trab halten. Es ist allerdings nicht so, dass nur beim Adel die Herkunft zählt, nachgewiesen ist das auch z. B. für die erwähnte Managerkaste.

Klar ist auch, dass Müllmänner, Klofrauen und Fleischereifachverkäuferinnen nicht zur Elite gehören. Was aber ist zum Beispiel mit dem Vizepräsidenten eines Landgerichtes oder dem für lustige Fernsehauftritte zuständigen Bürgermeister einer bedeutenden Großstadt wie Berlin? Die gehören laut Eliteforscher Michael Hartmann¹ auch zur Elite im weiteren Sinne, Bürgermeister von Mittelstädten wie etwa Marburg wahrscheinlich nicht, dafür aber beherbergen Mittelstädte mit Universitäten Professoren, die laut Hartmann wiederum zur Elite gehören.

Wie man sieht, ist der Elitebegriff irgendwie trivial und unscharf, klassifikatorisch offenbar gar nicht besonders nützlich – wir könnten

Morus Markard – Jg. 1948, Dr. phil. habil, Dipl.-Psych., apl. Professor für Psychologie an der FU Berlin. Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mitglied der Redaktionen des »historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« und des »Forum Kritische Psychologie«. Mitglied im Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Beitrag zur Tagung »Bildung – öffentliches Gut oder Ware?«, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, 6. November 2004

1 Michael Hartmann: Eliten in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zu »Das Parlament«), 1. März 2004, S. 19.

eben das, was neuerdings wieder gerne unter »Elite« verhandelt wird, präziser unter Begriffen wie »Fachleute« oder eben »Vizepräsident eines Landgerichts« oder »Bundespräsident« oder »Professor für Kleintiermedizin« abhandeln.

Ich meine also: Die Rede von »Eliten« hat gegenüber sachbezogenen Überlegungen in erster Linie bestimmte gesellschafts*politische* Funktionen, die ich im Folgenden *kritisch* analysieren möchte.

Nun meinte die als Präsidentschaftsbewerberin bekannt gewordene Gesine Schwan allerdings, die »historische Erfahrung« zeige, »dass sich bisher in jeder Gesellschaft und unter jedem politischen System funktionale Eliten herausgebildet haben«². Das trifft zwar nicht auf die erst seit 200 Jahren gebräuchliche Vokabel »Elite« zu,³ es ist aber in dem Sinne weitgehend richtig, dass es beispielsweise schon in der 4-Klassen-Gesellschaft des antiken Sparta so etwas wie eine Elite gab, die auf Kosten vor allem der untersten Klasse, der »Heloten« existierte. Diese vegetierten als Nachkommen unterworfenen Bevölkerungsgruppen und schufteten – quasi Staatseigentum – auf dem Feld; sie hatten mindestens die Hälfte des dabei erwirtschafteten Ertrages abzuliefern und wurden zu Kriegszeiten als Waffenknechte benutzt.

Mit diesem kleinen Rückblick zeigt sich *erstens*:

Die Rede von »Elite« macht nur Sinn, wenn der historisch konkrete Gegenbegriff der Nicht-Elite mitgedacht wird. Heute ist der Gegenbegriff zur »Elite« die »Masse« – oder noch abfälliger die »breite« Masse – womit nicht – oder jedenfalls nicht in erster Linie auf deren Alkoholisierungsgrad angespielt, sondern mit deutlich pejorativem Akzent auf das Zahlenverhältnis zwischen Elite und Masse verwiesen wird. Die *breite* Masse ist gewissermaßen die von der Elite *gefühlte* Masse, eine Art *masses-chill*.

Zweitens:

Mit der Rede von der Elite kann die Klassenfrage *entnannt* werden. Insbesondere in Geschichtsschreibung und Sozialtheorie geht der eindeutige Unterwerfungs- und Unterdrückungszusammenhang zwischen den Eliten und dem Rest der Gesellschaft leicht unter, wie Marx am Beispiel der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals erläuterte. Deren »Ursprung«, so schreibt er, »wird erklärt, indem er als Anekdote der Vergangenheit erzählt wird. In einer längst verfloßenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der andren faulenzende, ihr alles und mehr verbubelnde Lumpen ... In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle.«⁴

In dieser von Marx persiflierten Mythologie löst sich der strukturelle Unterwerfungs- und Unterdrückungszusammenhang in *Personalisierungen* auf: Herrschaft als gesellschaftliches Strukturmoment verschwindet in unterschiedlichen *Eigenschaften* von Menschen; das Vorhandensein von Oben und Unten, von Elite und Lumpen, soll verständlich werden aus unterschiedlichen, entgegengesetzten Eigenschaften – nicht bloß als Tatsache, sondern als eine quasi natürliche oder sachlogische Notwendigkeit.

Sofern nun die Masse gegen die Elite aufbegehrt, stellt dies die natürliche, *sachgerechte* und insofern eben auch *gesellschaftlich*

2 Frankfurter Rundschau, 16. Februar 2004.

3 Vgl. etwa Bernhard Schäfers in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1. März 2004, S. 3.

4 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 23, S. 741 f.

gerechte Ordnung der Dinge in Frage. Dazu kam es u. a. bekanntlich im Zuge organisierter sozialistischer Bestrebungen im 19. Jahrhundert. Die ideologische *Rechtfertigung* der angeblich natürlichen Gerechtigkeit der kapitalistischen Ordnung der Dinge oblag (und obliegt) den empirischen Sozialwissenschaften bzw. der Psychologie, welche – offenkundig nicht zufällig – zu eben dieser Zeit entstanden. Mit den Sozialwissenschaftler/innen begegnet uns übrigens eine den Machteliten besonders gefallende, weil und soweit ihnen gefällig sich erweisende Verbindung von Funktions- und Wertelite.

War nun schon generell, wie der Soziologe Martindale es formulierte, die Entstehung der Soziologie eine »konservative Antwort«⁵ auf den Sozialismus als Bewegung, gilt das allemal für die Entstehung einer dezidierten »*Massenpsychologie*«, deren wesentlicher Beitrag zum wertelitären Überbau darin bestand, die Auf- und Widerständigkeit der »Lumpen« zu irrationalisieren und zu pathologisieren – vor allem sich sammelnde Lumpen als emotionalisierte, deintellektualisierte, demoralisierte und nivellierte »Masse« abzuqualifizieren.

In diesen Zusammenhang passt, dass 1899 Charles A. Ellwood die Sozialpsychologie in direkte Konkurrenz zum Sozialismus stellte: »Wenn die Sozialpsychologie die Vollkommenheitsstufe erreicht hat, in der sie eine Doktrin sozialer Verbesserung oder einer ›sozialen Teleologie‹ hervorbringen kann, tritt möglicherweise eine andere Person neben den Sozialisten, die genau weiß, was sie für die Verbesserung der Gesellschaft tun will; diese Person wird der Sozialpsychologe sein.«⁶ Dieser Sozialpsychologe repräsentierte dann auch das, was man unter Elite verstehen darf – eine Art Führer der Massen.

In seinem Buch *Die feinen Unterschiede*⁷ hat Bourdieu eine Art semantischen oder Polaritätenprofils vorgelegt, worin sich in der Elite-Logik die Nicht-Massenmenschen von den Massenmenschen unterscheiden: hoch/niedrig, spirituell/materiell, fein/grob, beweglich/schwerfällig, frei/gezwungen, weit/eng, einzigartig/gewöhnlich, intelligent/dümmlich.

Wie auch immer: Elite ist eben kein bloßer Beschreibungsbegriff, sondern ein historisch gewordenes und historisch belastetes Konzept, dessen *systematische* Verwendung heute wohl *kalkuliert* ist, auf jeden Fall den gezeigten Abwertungs-*Effekt* der »anderen« hat, ein Effekt, der sich auf den Begriff des *Anti-Egalitarismus* bringen lässt: Die Rede von der Elite dient der Legitimierung systematischer gesellschaftlicher und sozialer Ungleichheit. Schon in der »Zeit« vom 14. September 2000 hatte Ernst Tugendhat angesichts der *Nietzsche-Renaissance* vor der »*Verharmlosung*« der anti-egalitaristischen Tradition von Nietzsche bis Hitler gewarnt.

Für Nietzsche, darauf wiederum hat Safranski in seiner Nietzsche-Biographie⁸ hingewiesen, war Kultur nur auf der Basis einer ausgebeuteten und selber von Kultur ausgeschlossenen Masse möglich: Nietzsche, so Safranski (a. a. O., S. 70), »erblickte im sozialen Fortschritt eine Bedrohung für die Kunst«, wenn er schrieb, die »Auflehnung der unterdrückten Massen gegen drohnenartige Einzelne« werde die »Mauern der Kultur« umreißen. Der kritisierte Nietzsche scheute sich nicht, die Mitglieder der von ihm allerdings als kultur-

5 Don Martindale: The nature and types of social theory, Boston 1960, p. 529.

6 American Journal of Sociology, 1898-99, 4, p. 664.

7 Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1996 (1979), S. 731.

8 Rüdiger Safranski: Nietzsche – Biographie seines Denkens, München 2000.

9 Vgl. John Carey: *Hass auf die Massen. Intellektuelle 1880 - 1839*, Göttingen 1996.

10 MEW, Bd. 23, S. 74 (Kapital, Bd. 1).

11 MEW, Bd. 20, S. 580, (Materialen zum »Anti-Dühring«, S. 571-620).

12 MEW, Bd. 20, S. 99, (Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft [»Anti-Dühring«], S. 1-303).

notwendig erachteten Elite als »Drohnen« zu bezeichnen. Es ist aber verständlich, dass das kein selbstreferenzieller Begriff für die sich als Elite Verstehenden ist. Selbstreferenziell ist für diese Menschen, dass die Massen immer die anderen sind, denen ihr Hass gilt, wie Carey herausgearbeitet hat.⁹

Jetzt komme ich, wie angekündigt, auf das Verhältnis von Elite und Gleichheit zurück, und zwar, um Folgendes zu sagen: Die *gedankliche Alternative* zum reaktionären Gegensatzpaar Elite-Masse ist *nicht* die nivellierende Forderung nach der Gleichheit aller, wie es Westerwelle und andere neoliberale Schlingel seines Schlanges insinuieren wollen. Es war immerhin Karl Marx, der die Gleichheitsvorstellung als »Volksvorurteil«¹⁰ bezeichnete. Die *Forderung nach Gleichheit* hat ihren Ursprung in empörenden Privilegierungen, mit Engels formuliert: »Der Satz der Gleichheit ist ... der, daß keine *Vorrechte* bestehen sollen, ist also wesentlich *negativ*«.¹¹ Darüber hinaus habe, so Engels, die »Gleichheitsforderung im Munde des Proletariats« eine weitere Bedeutung gegenüber bloß formalen bürgerlichen Gleichheitsforderungen, nämlich die Forderung nach der »*Abschaffung der Klassen*« selber.¹² Damit geht es um die Beseitigung *struktureller* Ungleichheit bzw. um die Bedingungen dafür, dass individuelle Entfaltungsmöglichkeiten nicht durch jene strukturelle Benachteiligungen behindert werden, die der Elitediskurs naturalisiert. Die Forderung nach Gleichheit aller wäre demgegenüber bloß eine abstrakte Negation des Elitedünkels. Es ist in Wirklichkeit die mit der Elitovorstellung verbundene Vorstellung von der *Masse*, die gleichmacherisch ist. Die marxsche Perspektive ist bekanntlich die, dass die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung der freien Entwicklung aller ist, aber nicht, dass die Entwicklung einiger auf Kosten des Restes gehen soll. Zusammenfassend lässt sich also sagen: Mit der Scheinalternative nivellierender Gleichheitsforderung soll die Kritik am Elitediskurs und -dünkel abgewürgt werden. In diesem Sinne bezieht sich auch der schon erwähnte Köhler in seiner Verfestigung von gesellschaftlicher Ungleichheit darauf, Gleichheit sei ja eine Illusion.

Marx sah die Ursache dafür, dass »der Begriff der menschlichen Gleichheit ... die Festigkeit eines Volksvorurteils« (a. a. O.) annehmen konnte, in der Warenform. In unserem Zusammenhang ist m. E. interessant, wie das Verhältnis von formaler Gleichheit der Individuen und deren individueller Eigenart und Unterschiedlichkeit sich im Begriff der *Individualität* spiegelt. Dieser Begriff bezieht seine Spannung ja daraus, dass die Einzelnen *gleichzeitig* Normalität/Vergleichbarkeit/Austauschbarkeit/Konformität *und* Einzigartigkeit/Unverwechselbarkeit/Originalität (re)präzentieren müssen. Diese widersprüchliche Anordnung zwischen Normalität/Vergleichbarkeit und Individualität/Unverwechselbarkeit ist Ausdruck der Dominanz von ökonomischer Verwertbarkeit *und* individueller Konkurrenz.

Oberflächlich löst sich dieser Widerspruch in einer »paradoxen« Kompromissbildung zwischen Anpassung und Nonkonformismus auf. Trilling formulierte das schon 1955 so: »Weil wir Nonkonformität bewundern und Gemeinschaft lieben, haben wir uns entschlossen, alle miteinander Nonkonformisten zu sein.«¹³

Der Elitediskurs bewältigt dieses Problem so, dass er auf formale Gleichheit verweist und strukturelle Ungleichheit naturalisiert oder

13 Lionel Trilling: *Freud and the Crisis of Our Culture*, Boston 1955, p. 52.

ausblendet. Dem entsprechen auch die aktuellen Debatten um Gerechtigkeit: Diese wird zu einem Gut, für das letztlich jeder selber verantwortlich ist.¹⁴ Gleichzeitig werden die in der Konkurrenz Erfolgreichen als Elite gefeiert.

Die Frage, warum *gerade jetzt* die Elite-Diskussion (einmal) wieder auftaucht, hat Oskar Negt folgendermaßen beantwortet: Es sei der »Zustand kultureller und sozialer Selbstzerrissenheit, in dem die sprunghaft angewachsenen Orientierungsbedürfnisse auf schnell beschreibbare Auswege drängen«. Je aussichtsloser die Lage erscheine, in der man aber nicht »bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse antasten« wolle, desto lauter erschalle der Ruf nach Eliten.¹⁵ In der Tat: Dieser Ruf ist die etwas vornehmere Variante der Stammfischerforderung nach dem »starken Mann«.¹⁶ Man sollte nicht übersehen, dass damit gleichzeitig, wie Negt es formuliert, die Vorstellung einer »Blockadehaltung der Durchschnittsmenschen« einhergeht, die sich nach Auffassung der antidemokratischen Elitetheoretiker immer noch – zu – massenhaft in Gewerkschaften als derzeit zentralen gesellschaftlichen Blockadeinstanzen verschanzen – gegen eine angebliche gesellschaftliche Vernunft, die beispielsweise Glotz mit seinem Elite-Fimmel als »*Ein-Mann-Vernunft gegen das Dunkel des sozialistischen Ressentiments*« repräsentiert, wie Norbert Bolz meint.¹⁷ Ich frage mich, wie weit hier »Leuchtturm« und »Armleuchter« voneinander entfernt sind.

Gegenüber solchen Elogen hat Adorno den Elitebegriff als »Phrase« bezeichnet, deren »Unwahrhaftigkeit« darin bestehe, »dass die Privilegien bestimmter Gruppen teleologisch für das Resultat eines wie immer gearteten objektiven Ausleseprozesses ausgegeben werden, während niemand die Eliten ausgelesen hat als etwa diese sich selber«.¹⁸ Man muss allerdings leider sagen, dass Adorno, der Kritiker der Massenkultur, gelegentlich ein – von Negt kritisiertes – ambivalentes Verhältnis zur Elite hatte: »Elite mag man in Gottes Namen sein; niemals darf man als solche sich fühlen.«¹⁹

Worum es bei der neuen Elitedebatte im *Bildungsbereich* geht, hat schon 1992 ein, wie man heute sagt, »brain-trust« der CDU, die Konrad-Adenauer-Stiftung, auf den Punkt gebracht: »*Wer Qualität sagt, der muss ... Selektion hinzudenken.*«²⁰ Das ist zwar schon prima vista wenig überzeugend, da, wer Qualität sagt, *Qualifikation* hinzudenken muss. *Der Elitediskurs aber suggeriert, dass Qualität und Konkurrenz/Selektion untrennbar verbunden sind.* Auch die Hebung der Qualität der Hochschulen wird allein in Form von deren Konkurrenz untereinander gedacht. Es geht weniger darum, bestimmte *inhaltliche* Kriterien zu diskutieren und zu erfüllen, sondern ausschließlich darum, dass einige wenige Hochschulen besser sein sollen als die anderen – anders formuliert, *dass viele – sozusagen die Masse der – Hochschulen schlechter sein sollen als einige wenige.*

Wie schon angedeutet: Von gesellschaftlichen Leistungen zu reden, deren Sinn und Gebrauchswert jeweils zu explizieren wäre, impliziert keineswegs, von Elite reden zu müssen. Eher deutet die Rede von »Elite« auf gesellschaftliche Zustände hin, in denen Leistungen von der Frage nach der Nützlichkeit für bestimmte gesellschaftliche Gruppen abgekoppelt gedacht werden. Leistende Eliten haben auf Lumpen und Massen und deren Nützlichkeitsabwägungen keine Rücksicht zu nehmen.

14 Vgl. Susanne Draheim & Tilman Reitz: Work hard and play by the rules. Zur Neubesetzung des Gerechtigkeitsbegriffs in der SPD-Programm-Diskussion, in: Das Argument 256, 46. Jg. (2004), H. 3/4, S. 468-482.

15 Frankfurter Rundschau, 26. Januar 2004.

16 Vgl. Torsten Bultmann in »uni-konkret«, Wintersemester 1996/97.

17 Frankfurter Rundschau, 20. Januar 2004.

18 Theodor W. Adorno: Das Bewußtsein der Wissenssoziologie, in: Gesammelte Schriften 10.1, S. 33.

19 Meinung, Wahn, Gesellschaft, GS 10.2, S. 588.

20 Zit. nach Torsten Bultmann: Die Eliten und die Massen. Kritik eines bildungspolitischen Stereotyps, in: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster 1999.

Deswegen ist bemerkenswert, dass Herfried Münkler meint, die Eliten(vorstellung) »resozialisieren« (sic!) zu können – und zu müssen. Erst einmal aber werden von ihm die Eliten, was Deutschland angeht, ein wenig entschuldigt: »Die deutschen Eliten hatten nicht nur zwei Kriege verloren, sondern sich zuletzt auch mit Verbrechern eingelassen und gemein gemacht«. Eigentlich also »anständig« und selber keine Verbrecher – unsere deutschen Eliten, sie hatten nur schlechten Umgang, der ja bekanntlich abfärbt, so dass die Ablehnung von Eliten letztlich ungerecht ist.

»Askese«, »Leistungsbereitschaft«, »Verpflichtungsbewusstsein« zeichneten die Elite aus, meint Münkler (die Masse natürlich nicht; s. o.). Eine, wie Münkler meint, »demokratische Elitetheorie« müsse allerdings darüber hinaus »nach der Leistung der Eliten für die Gesellschaft fragen und dabei darauf bestehen, dass die Definition der erwarteten Leistung und die Überprüfung ihrer Erbringung in den Händen der Gesellschaft liegt«. ²¹ Das Problem ist allerdings, dass in dieser Art der Rede von der Gesellschaft »die prekäre und irrationale Selbsterhaltung der Gesellschaft umgefälscht (wird) zu einer Leistung ihrer immanenten Gerechtigkeit oder ›Vernünftigkeit‹«, wie es Adorno nun wieder kritisch gegen den Elitegedanken (a. a. O., S. 32) formulierte. Da nun gerade, wie skizziert, Eliten die Reproduktion systematischer Ungleichheit markieren, bedeutete Demokratie *nicht* die Überprüfung von Eliten, sondern deren gesellschaftliche *Überflüssigkeit*.

Die Konzepte »Elite« und »geistig-moralische Führung«, wie Helmut Kohl, der selber interessanterweise ja den Zusammenhang von Elite und Masse als psychophysisches Gesamtkunstwerk repräsentiert, das nannte, sind nicht demokratisierbar, sondern antidemokratisch. Die *grundsätzliche* Problematisierung des Elitediskurses ist kein irrationales Ressentiment (Bolz, a. a. O.), keine »pauschale ... Verdammung« (Schwan, a. a. O.) seitens verwirrter 68er, sondern die Verbindung von historischer Erfahrung und politischer Analyse.

Ich deutete schon an, dass der neue Elitediskurs den Begriff der »*Chancengleichheit*« deformiert: Er lenkt davon ab, dass gesellschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden müssen, gesellschaftliche Benachteiligungen von Menschen(gruppen) so weit als (in der kapitalistischen Gesellschaft) möglich zu verringern. Damit wird unter Vernachlässigung materieller Bedingungen gesellschaftliche Ungleichheit als Resultat unterschiedlich genutzter gleicher Chancen vernebelt. Konkret: Wenn Migrantenkinder in der Schule versagen, zeigt das eben, dass sie »unbegabt« sind. Bildung bedeutet unter diesen Voraussetzungen nicht die Förderung maximaler Handlungsfähigkeit für möglichst viele, sondern nur für wenige Auserwählte auf Kosten aller anderen.

Nun ist »Bildungsgerechtigkeit« in einer Gesellschaft, die systematisch Ungleichheit produziert und reproduziert, sicher eine Illusion. Gleichwohl ist sie unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten ein – gewiss kontrafaktisches – Kriterium zur Beurteilung, wie weit der Bildungsdiskurs sich diesem Ziel überhaupt verpflichtet fühlt (bzw. verpflichtet fühlen zu müssen meint).

Dieser Bildungsgedanke kann nur realisiert werden, wenn Bildung *gesellschaftlich* verallgemeinert wird, wenn sie ein gesellschaftli-

21 Frankfurter Rundschau,
2. Februar 2004.

ches Gut ist, wenn sie nicht nur einer bestimmten sozialen Schicht vorbehalten ist, wenn also, wie es bei der Ausweitung des Hochschulsystems vor ca. 35 Jahren hieß, das »bürgerliche Bildungsprivileg« tendenziell überwunden wird, damit auch natürlich jenes Privilegiendenken, in dem der *ursprüngliche* Bildungsgedanke des 19. Jahrhunderts noch befangen war. Die Väter der Bildungsidee kannten erstens nur Männer (Studenten als »Jünglinge«) und zweitens nur Wohlhabende. Aber das liegt nicht an der Idee der Bildung, sondern ihrer *elitären* Begrenzung, die auch in dem Maße wieder dominant werden wird, wie Bildung – etwa über Studiengebühren – zur Ware wird.

Man sollte sich in diesem Zusammenhang mit Brunkhorst klar machen, dass es die zu *Unrecht* gescholtene sog. »Massenuniversität« war, die historisch das *Recht auf Bildung* und den *Anspruch auf Demokratie* verschränkte²², eine Verschränkung, die der Elitediskurs auflösen will, indem er so tut, als sei der Zustand der Hochschulen nicht Folge von deren Vernachlässigung, sondern Folge des Versuchs, das Recht auf Bildung gesellschaftlich zu realisieren.

»Elite« ist kein demokratisch funktionales Konzept, sondern bloß notwendiger Gegenstand von Ideologiekritik.

22 Brunkhorst, Hauke: Die Universität der Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 47. Jg. (2002), H. 2, S. 237-247.

HANS-GERT GRÄBE

Virtuelle Macht und reale Gegenmächte.

Zur Globalisierung der Ökonomie

In der programmatischen Debatte um eine Neufundierung linker Politik, welche in der Lage ist, in die heute ablaufenden komplizierten Umbruchprozesse gesellschaftsmächtig einzugreifen, wird immer wieder die Frage gestellt, ob die Marxschen Vorstellungen über den dabei erforderlichen gesellschaftlichen Transformationsprozess ähnlich stringent sind wie seine Analyse der ökonomischen Mechanismen der kapitalistisch organisierten Gesellschaft oder ob an den bisherigen diesbezüglichen marxistischen Vorstellungen grundlegende Korrekturen vorgenommen und damit »alte Marxsche Fragen erneut gestellt«¹ werden müssen. Schöler rückt dabei »die Frage ins Zentrum, ob es *gesellschaftlich* getroffene Entscheidungen sind, auf Grund derer die einzelnen ökonomischen Akteure nach den jeweils praktisch besten Lösungen suchen, oder ob es der *anonyme Profitmechanismus* ist, der als Antriebsmoment über Sinn und Zweck ökonomischer Prozesse allein entscheidet.«² Viele Fragen nach diesem Verhältnis zwischen anonymer Macht und gesellschaftlich gestaltbaren Rahmenbedingungen³ bündeln sich heute im Begriff der »Globalisierung« mit dem wichtige Aspekte der gegenwärtig ablaufenden gesellschaftlichen Umbruchprozesse erfasst werden sollen.

Marx stellte im Zusammenhang mit seinen Untersuchungen gesellschaftlicher Umbruchprozesse fest, dass dabei stets die alten gesellschaftlichen Formen mit den neuen Inhalten über eine längere Zeit schwanger gehen, dass »eine Gesellschaft auch immer die potenziellen Möglichkeiten ihrer Überwindung in sich trägt«⁴, dass sich diese Inhalte auch in neuen Formen als Keime bereits lange vorher dem aufmerksamen Beobachter bemerkbar machen, ehe sie sich mit großer Macht Bahn brechen und die gesamte bisherige gesellschaftliche Ordnung entsprechend den neuen Anforderungen umgestalten. Ich möchte zunächst mit diesem methodischen Ansatz einen Blick auf die heutigen Verhältnisse werfen.

Die Umbruchprozesse an der Jahrtausendwende

Die heutigen Umbruchprozesse sind zunächst geprägt durch eine tiefgreifende technologische Revolution, die durch eine Reihe von Basisinnovationen, besonders im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, ausgelöst wurde. Solche technologischen Umbrüche, die in den letzten Jahrhunderten im Abstand von etwa 50 Jahren stattfanden und jeweils den Beginn eines neuen Kondratjew-Zyklus markierten, waren regelmäßig von einer Umstellung der Prinzipien der Produktionsorganisation auf neue, der veränder-

Hans-Gert Gräbe – Jg. 1955; Prof. Dr. rer. nat. habil., Studium der Mathematik, danach Arbeiten zur Algebra, Geometrie und Computeralgebra, seit 1990 am Institut für Informatik der Universität Leipzig; zuletzt in UTOPIE kreativ: Kompetenz im Informationszeitalter, Heft 125 (März 2001). Siehe: <http://www.opentheory.org/mtb-glob>, dort liegt der Text als Open Theory-Projekt.

1 Ulrich Weiss: Marx und der mögliche Sozialismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 120 (Oktober 2000). »Hinsichtlich heutiger Emanzipationsbewegungen sind die alten Marxschen Fragen erneut zu stellen: Wer kann ein eigenes existenzielles beziehungsweise lustvolles Interesse an der Aufhebung des jetzigen Gesellschaftszustandes haben? Wer hat den Zugang zu den mate-

ten technologischen Basis angemessene Formen begleitet. So analysierte Marx in seinen Werken zur Ökonomie detailliert die neuen Formen der zu seiner Zeit aufstrebenden »industriellen Produktionsweise«, die mit der Ablösung der Manufaktur durch die Fabrik zu jener Zeit gesellschaftliche Strukturen weit über die ökonomische Sphäre hinaus umkrempele.

Ähnlich tiefgreifend waren die Wirkungen der Modernisierungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit denen sich die Strukturen des fordistischen Fließbandsystems durchsetzten (in West wie Ost, wie Robert Kurz deutlich herausgearbeitet hat⁵). Mit der Degradierung der Mehrzahl der Produzenten zu »Rädchen der Maschine« oder zum »dressierten Gorilla am Fließband« wurde es möglich, die »Macht der Agentien«⁶ in einem bisher ungeahnten Ausmaß in Bewegung zu setzen und prestigeträchtige Großprojekte des Umbaus der Natur in Angriff zu nehmen (riesige Staudämme; industrielle Großprojekte, die ganze Regionen veränderten; Neulanderschließung durch Be- oder Entwässerung etc.). Der kapitalistischen Verwertungslogik eröffneten sich damit vollkommen neue Horizonte, ohne dass Problembewusstsein und Umsicht, die für derartig tiefe Eingriffe in Naturzusammenhänge eigentlich unverzichtbar sind, in gleichem Maße mit wuchsen.

Dieses mit fortschreitender Entwicklung des Kapitalismus zunehmende Auseinanderfallen von Handlungsmächtigkeit und Reflexionsmächtigkeit ist allerdings nicht so sehr ein Auseinanderfallen von Wirk- und Denkmächtigkeit (denn ökologische, soziale und kulturelle Probleme werden durchaus in ihrer globalen Dimension erfasst), sondern viel mehr von Wirk- und Entscheidungsmächtigkeit. Dieses Phänomen, welches Marx als *Entfremdung* bezeichnet, hat sich heute, im »demokratischen Zeitalter«⁷, so weit verselbstständigt, dass grundlegende gesellschaftliche Weichenstellungen scheinbar naturrechtlichen Charakter haben und nur noch »der Umsetzung in nationales Recht« bedürfen, so dass Spehrs Alien-Metapher der Realität immer besser angemessen ist. Das allein der »blinden tautologischen Selbstbewegung des Geldes« (R. Kurz) anzulasten, greift allerdings zu kurz. Schließlich ist diese Funktion des Geldes selbst eine, vielleicht intermediäre, aber doch kulturelle Errungenschaft der Menschheit und eine erste Antwort auf das *Korngrößendilemma*, welches ich an anderer Stelle⁸ thematisiert habe.

Dieses Auseinanderfallen von Wirk- und Entscheidungsmächtigkeit kommt in der modernen Industriegesellschaft wie ein mächtiger Golem daher, dessen Ziel nicht das Wohl seiner Schöpfer, sondern die Exekution der anonymen Verwertungslogik des Kapitals ist und dessen Tätigkeit sich zunehmend gegen seine Schöpfer selbst richtet.⁹ Der Versuch, Problembewusstsein und Verantwortung in personalisierten Formen zu »privatisieren«, die diesen ökonomischen Organisationsprinzipien entsprechen, findet im Bild technokratisch motivierter Führungseliten einerseits und einer mit »Sachzwängen« bemäntelten organisierten Verantwortungslosigkeit andererseits ihren Ausdruck (ebenfalls in West wie Ost) und – ohne diese in ihrer schrecklichen Konsequenz auf eine Stufe stellen zu wollen – in den Führersystemen in Deutschland und Russland ihre je logische Vollendung.¹⁰

riellen Voraussetzungen dafür beziehungsweise wer kann ihn erkämpfen? In welchen Bewegungsformen können Individuen neue Gesellschaften begründen ...«, S. 961.

2 Uli Schöler: Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens, in: UTOPIE kreativ, Heft 120 (Oktober 2000). »Verkürzt ließe sich sagen, dass Marx und Engels eine in großen Teilen immer noch zutreffende Analyse kapitalistischer Produktionsabläufe liefern, aus denen allerdings – vor dem Hintergrund der Erfahrungen unseres Jahrhunderts – keine tragfähigen Transformationsvorstellungen entwickelt werden. Wenn man so will, hat damit der sich auf Marx und Engels beziehende Teil der sozialistischen Bewegung zugleich sein Projekt und sein Subjekt verloren.« S. 956.

3 Ulrich Weiß, a. a. O., S. 961: »Für Sozialisten ist es ... nicht hinreichend, die vom Kapitalismus ständig produzierten Katastrophen vor Augen, dessen Aufhebung mit aller Kraft zu wollen und zu propagieren. Es muss verstanden werden, unter welchen Voraussetzungen eine revolutionäre Praxis ihre bürgerliche Form überhaupt abwerfen und die der allgemeinmenschlichen Emanzipation annehmen kann, auf welchem Niveau der kapitalistischen Produktionsweise diese auf eine sozialistische Weise aufhebbar wird und in welchen Formen sozialer Bewegungen dies geschehen kann.«

4 Matthias Käther: Über Marxens Rezeptionsmethode, in: UTOPIE kreativ, Heft 162 (April 2004).

5 Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung, Leipzig 1994.

6 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, Berlin 1983, S. 512.

7 Christoph Spehr: Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter, München 1999.

8 Hans-Gert Gräbe: Die Macht des Wissens in der (post)modernen Gesellschaft, 2004, Manuskript. Siehe <http://www.opentheory.org/mtb-mawi>.

9 Allerdings lässt er sich nicht so einfach stoppen wie das Original aus der jüdischen Kabbalistik oder der wild gewordene Besen in Goethes »Zauberlehrling«.

10 Obwohl ich wie gesagt weit davon entfernt bin, zwischen beiden Systemen ein Gleichheitszeichen zu setzen, so wirkten sie auf die ethisch-moralischen Prinzipien der jeweiligen Gesellschaft, und damit die letzte Sicherung, welche den Golem vielleicht noch aufzuhalten vermag, auf ähnliche Weise zerstörerisch, vgl. etwa A. Rybakow: Die Kinder vom Arbat sowie Jahre des Terrors, Leipzig und Weimar 1988 bzw. 1990, für den sowjetischen Teil dieser Schreckensgeschichte.

11 Hans Jürgen Krysmanski: Die Privatisierung der Macht stabilisiert sich, Überlegungen zur Monetarisierung des Politischen, in: UTOPIE kreativ, Heft 167 (September 2004).

Jedoch vermochten die dunklen Seiten des Wirkens dieser Industriegeschichte bis weit in die 1960er Jahre hinein die Euphorie der »grandiosen Siege der Menschheit über die Natur« noch wenig zu trüben, auch wenn die Verluste aus deren unbewältigter sozialer Dimension bereits in die Katastrophen des Holocaust, zweier Weltkriege sowie zu den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki geführt hatten.

Aktuell wird diese Umstellung vor allem durch den Übergang von starren und hierarchischen Organisationsformen, wie sie für die bisher dominante fordistische Massenproduktion charakteristisch waren, zu neuen flexibleren Organisationsformen geprägt. Diesen Umschwung in der Produktionsorganisation (die nach R. Kurz Produktionsverhältnisse wohl viel nachhaltiger prägt als bisher angenommen) genauer zu studieren, wäre bereits ein Thema für sich.

Jedoch ist, im historischen Vergleich mit ähnlichen technologischen Umbrüchen, eine solche Perspektive nicht geeignet, einen charakteristischen Wesenszug der heutigen Entwicklungen zu erfassen: Die zunehmende Perversion, die wichtigen politischen Entscheidungen inne zu wohnen scheint, in deren Folge die Menschheit sehenden Auges auf einen Abgrund zuschreitet, ohne dass Kräfte in der Lage oder auch nur in Sicht wären, dies wirksam zu verhindern. Im Gegenteil: Obwohl solche Entscheidungen dem gesunden Menschenverstand des Einzelnen oft zuwiderlaufen, sind breite Kreise der Bevölkerung, in eine ähnlich perverse Logik eingebunden, aus den verschiedensten Motiven heraus trotzdem bereit, diese mitzutragen. Dieser logische Riss verläuft dabei nicht nur zwischen verschiedenen Personengruppen, sondern oft auch durch jeden Einzelnen hindurch, der weiß, dass es längst Zeit ist umzusteuern, sich den äußeren Zwängen aber (oft willig) beugt, die dies gerade verhindern. Diese Form von Schizophrenie und Perversion ist nicht neu und ursächlich in der kapitalistischen Profitlogik begründet, scheint im Zuge der sich abzeichnenden Umbrüche aber noch einmal eine neue Dimension zu erreichen. Begleitet wird dies, als ob die »Aliens« uns vollends misstrauen, von einer Verlagerung der Prozesse strategisch-politischer Weichenstellung in noch tiefere Regionen einer menschenfernen virtuellen Welt, die in der »Monetarisierung des Politischen« ihren Ausdruck findet, wie Krysmanski¹¹ detailliert beschrieben hat.

Dies ist möglicherweise ein Indiz dafür, dass zur Bewältigung der heute anstehenden Umbrüche mehr als nur eine neue Weise der Produktionsorganisation im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu finden ist. Schlüssige Antworten müssen und werden wohl tiefer in gesellschaftliche Strukturen eingreifen, um viele der heute wirkenden Kausalitäten und Zusammenhänge »vom Kopf auf die Füße« zu stellen. Ob man dies als neues Sozialismuskonzept bezeichnen kann oder sollte, sei dahingestellt, denn bisherige Sozialismuskonzepte, besonders die in der Realität erprobten, haben diese Dimension der Prozesse nie ins Auge gefasst. Andererseits befinden wir uns mit einem solchen Ansatz in guter Übereinstimmung mit verschiedenen philosophischen Schulen (Poppers »offener Gesellschaft«, Engels »Reich der Freiheit«, Gramscis »Zivilgesellschaft«, Tofflers »Dritter Welle«, dem Noosphärenansatz von Wernadski

und de Jardin etc.), welche aus unterschiedlichen Perspektiven einen ähnlich tiefgreifenden Bruch der Vergesellschaftungsformen voraussetzen.

Es wäre vermessen, an dieser Stelle zu versuchen, die ganze Dimension der angedeuteten Prozesse aufzureißen. Dazu reicht weder der Platz noch die Kompetenz des Autors. Anliegen dieses Aufsatzes soll es einzig sein, auf einige ökonomische Hintergründe hinzuweisen, die in einer solchen umfassenden Antwort aufgegriffen werden müssten.

Von der Arbeits- zur Vorsorgegesellschaft

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist dabei der *Arbeitsbegriff*. Marx betrachtet bekanntlich Arbeit in einem weiteren und einem engeren Sinne.¹² Im weiteren Sinne versteht er darunter die »Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur« (die Natur der menschlichen Vergesellschaftungsformen eingeschlossen). Der engere Begriff, und nur dieser liegt seiner ökonomischen Theorie zu Grunde, versteht dagegen Arbeit als »zweckgerichtete Tätigkeit«, eben als *produktive Arbeit*, von der nichtproduktive, aber gesellschaftlich ebenfalls notwendige Tätigkeiten abzugrenzen sind. Letztere schaffen keine Werte im eng ökonomischen Sinn, sind also darauf angewiesen, über andere Mechanismen als den Markt refinanziert zu werden.

Ein solcher enger Arbeitsbegriff erwies sich als gut geeignet, die Mechanismen marktbasierter kapitalistischer Wertschöpfung zu analysieren, blendet aber Bereiche menschlicher Tätigkeit aus, die für den Arbeitsprozess im weiteren Sinne unverzichtbar sind. Eine derartige »Konzentration auf das Wesentliche« ist gerechtfertigt, wenn und so lange die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst diese anderen Arbeitsformen als abgeleitete Arbeitsformen behandeln. Die zentrale Stellung der (als Erwerbsarbeit bezeichneten) produktiven Arbeit im engeren Sinne für die kapitalistische Gesellschaftsformation hat auch technologische Gründe. Aber sie benötigt eine gut funktionierende (und historisch ältere) *familiäre Reproduktionsarbeit* als Fundament und eine sich erst entwickelnde *Infrastrukturarbeit* als Rahmen. Entsprechend sehen die Finanzierungsverfahren aus: Die familiäre Reproduktionsarbeit wird weitgehend über das Erwerbseinkommen finanziert, Infrastrukturarbeiten (etwa in Bildung und Wissenschaft) werden dagegen aus Steuern, also aus zentralen und nach politischen Kriterien erhobenen Mitteln, alimentiert.

Mit den neuen technologischen Möglichkeiten rücken Fragen der Planung und Zwecksetzung von Produktion stärker in den Vordergrund, so dass die eben formulierte Prämisse, unter der man gesellschaftliche Prozesse vom Begriff der produktiven Arbeit im engeren Sinne als zentraler Kategorie ableiten kann, immer weniger zutrifft. Natürlich spielte die Zwecksetzung, die jeder produktiven Arbeit vorausgehen muss, schon immer eine wichtige Rolle. In den ökonomischen Prozessen erscheint sie als das Risiko, welches der Unternehmer eingeht, denn alle seine Aufwendungen werden nur dann ersetzt, wenn diese Zwecksetzung »marktkonform« erfolgte. Der Schwerpunkt seiner Aktivität lag bisher jedoch auf der *Realisierung dieses Zwecks*. Es waren wenige Projekte notwendig, um entspre-

12 Siehe: Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in : MEW, Bd. 23, Berlin 1971.

chende Aufträge zu akquirieren, und auch die Qualität der Präsentation und Detailliertheit der Ausarbeitung eines Projekts war nicht allzu entscheidend. Dies hat sich heute schon grundlegend geändert. Selbst kleine Handwerksbetriebe müssen mittlerweile Projekterstellung und -überwachung in ganz anderen Dimensionen betreiben als vielleicht noch vor zehn Jahren. Mit zunehmender wissenschaftlicher Durchdringung nicht nur der Produktion selbst, sondern auch der Produktionsorganisation – und dies ist wohl die ökonomische Haupttendenz gegenwärtiger Modernisierungsprozesse – wird der Anteil des Aufwands für die Zweckbestimmung am Gesamtaufwand noch einmal deutlich anwachsen.

Die Hauptgewichte der ökonomischen Aktivitäten, die so genannten »geschäftskritischen Prozesse«, verlagern sich damit von der Produktion selbst hin zur Vorbereitung der Produktion. Während man im Fordismus, der das vergangene Jahrhundert maßgeblich prägte, noch *Produkte vorhielt* (mit Massenproduktion, Massenkonsum, Werbung etc. im Schlepptau), verlagert sich nun der Schwerpunkt hin zum *Vorhalten von Produktionsbedingungen*, aus denen man heraus »just in time« und maßgeschneidert Produkte entsprechend individuellen Bedürfnissen produzieren kann. Technologisch hat die Menschheit damit die Möglichkeit, sich zu einer *Vorsorgegesellschaft* zu wandeln, die vielfältige Konzepte bereithält, um auf die verschiedensten Situationen adäquat reagieren zu können, von denen entsprechend der konkreten Situation aber nur einige wenige tatsächlich bis zur Realisierung geführt werden. Ein solches, auch aus ökologischen Gründen sehr attraktives Modell hat nur einen kleinen Haken – es kollidiert mit den derzeitigen Verwertungsbedingungen. Das Vorhalten von Produktionsbedingungen wird vom Markt eben nicht belohnt, sondern nur die Produktion selbst. Das berühmte Gewehr, das im ersten Akt an der Wand hängt, *muß* also auch losgehen. Ein Vorhalten »nur mal eben so« kann sich ein privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen nicht leisten.

Beim Vorhalten von Produktionsbedingungen verschiebt sich das Hauptgewicht immer mehr hin zum Vorhalten von Konzepten, von ideellen Lösungen. Entscheidend sind Ideen, technisches Know-how, wissenschaftliche Fundierung, experimentell gestützte Erfahrung und andere Formen von Kompetenz. Diese waren schon immer wichtig und, neben den Verfügungsrechten über ein entsprechendes Kapital, *der* Beitrag, den der (klassische) Unternehmer zum Produktionsprozess im engeren Sinne beisteuert. Allerdings musste er noch Ausrüstungen und Arbeitskräfte in Größenordnungen vorhalten, um seine Ideen umzusetzen. In einer Zeit, wo man diese zunehmend in der nötigen Qualität und Quantität weltweit mieten kann, verliert ein solcher Vorhalteaspekt an Bedeutung.

Globalisierung als Virtualisierung

Besonders bei großen Unternehmen haben sich die Proportionen oftmals bereits so weit verschoben, dass die geschäftskritischen Prozesse vorwiegend in diesem produktionsvorbereitenden Bereich gesehen werden. Zur rechten Zeit mit der richtigen Idee und dem besten Konzept aufwarten zu können ist entscheidend. Die eigentliche produktive Aktivität ist nachrangig, weil entweder in einem fle-

xiblen Produktionssystem leicht und in guter Qualität implementierbar oder, inzwischen nicht selten, auf Subunternehmen delegierbar. Die »Konzentration auf Kernkompetenzen« verstärkt das Eigenleben der Konzepte, die sich auf diese Weise auch zunehmend kausal von ihrer materiellen Realisierung lösen.

Da auch Konzepte arbeitsteilig entstehen, verläuft dieser Prozess der Entfremdung von der Realität mehrstufig. Es geht mittlerweile auch um Konzepte, nach denen Konzepte entwickelt werden und um die Bewertung solcher Konzept-Konzepte, etwa beim »Shareholder value«. Die neuen Strukturen entwickeln dabei eine Eigendynamik, vor welcher die heutigen Formen gesellschaftlicher Sozialisation oft hilflos dastehen. Die Spitze dieses Eisbergs bildet zweifellos die Dynamik des Finanzsystems.

Hier ist nach meiner Auffassung der Kern der Prozesse zu suchen, die mit dem Wort »Globalisierung« charakterisiert werden sollen. Ihr globaler Charakter ist nur ein scheinbarer: Obwohl diese Prozesse oft räumlich weit auseinander liegende Subjekte in Wirkzusammenhänge bringen, geht es nicht primär um deren Wechselwirkung miteinander, sondern um ihr Verhältnis zu einem Dritten, dem zu verwirklichenden Konzept. Dieses Konzept ist die kausale Quelle der Gesamtbeziehung. Räumlich lokalisierbare Subjekte sind sogar nur insoweit interessant, als sie in das vorgesehene Konzept passen, also nicht global (im Sinne von allumfassend) in den jeweiligen Prozess involviert. Das Charakteristikum derartiger Prozesse ist also nicht *Globalität*, sondern *Mobilität*. Diese Auflösung räumlicher Bezüge und deren Ersetzung durch kausale beruht auf einer besonderen Eigenschaft von Konzepten, ihrer (räumlichen) Beweglichkeit, weil sie als Denkspiele an keinen (physischen) Ort gebunden sind.

Dringt man von der *Phänomenologie*, von Globalität und Mobilität, zum *Wesen* der Prozesse vor, so steht *Virtualisierung*, die wachsende Bedeutung von Konzepten, im Zentrum. Konzepte sind die Klammer zwischen dem in individuellen Kompetenzen Ausdruck findenden Wissen der Menschheit und der *potenziellen* Handlungsmächtigkeit der einzelnen gesellschaftlichen Akteure. Konzepte lassen sich zwar selten räumlich lokalisieren, haben aber ihren festen Platz im gesamtgesellschaftlichen Arbeitsprozess im weiteren Sinne: Sie sind die Ergänzung der produktiven Arbeit im engeren Sinne, bestimmen deren Verlauf, führen deren Ende mit einem neuen Anfang zusammen und schließen so den Kreis, in welchem sich das Wechselverhältnis der Menschen mit der Natur bewegt. Konzepte werden dabei, wie jede andere Form menschlicher Arbeit, sozialisiert. Sie sind damit die Basis gesellschaftlicher Strukturen, die sich kausal, aber nicht mehr territorial lokalisieren lassen. Diese treten mit anderen Strukturen in Wechselwirkung und entsprechende, vor allem im politischen Bereich anzusiedelnde Ausgleichsprozesse müssen deren gegenseitiges Verhältnis austarieren.

Ein Großteil der heute zu beobachtenden Perversionen ist dem Fehlen solcher Ausgleichsmechanismen zuzuschreiben, wodurch sich einer der Geburtsfehler des neuen Zeitalters potenziert: die Tatsache, dass Marktmechanismen nur *realisierte* Konzepte belohnen. Wenn zukünftig der entscheidende Aufwand im Erstellen der Konzepte liegt, dieser sich aber nur durch deren Realisierung amortisiert, dann muss versucht werden, jedes solche Konzept, so falsch und

schädlich es auch sein mag, zu realisieren. Die Virtualität kollidiert mit der Realität – und gewinnt oft genug die Oberhand. Da es in der Natur von Konzepten liegt, Teile der Wirklichkeit auszublenden, sind dabei »Kollateralschäden« unvermeidbar.

Hier kommt ein anderer Gegensatz von Globalem und Lokalem zum Tragen: An keinen physischen Ort gebundene Virtualität kann diesen realen Schäden ausweichen. Realität ist damit gegenüber Virtualität ein weiteres Mal benachteiligt: Sie kann dies nicht, denn sie ist gegenständlich und damit immer an konkrete Orte gebunden.

Die neuen Möglichkeiten der Computernetze haben die Mobilität von Virtualität noch einmal deutlich gesteigert – aber dies ist kein grundsätzlich neuer Effekt. Wissenschaft etwa als eines der sehr wichtigen Elemente menschlicher Virtualität war schon immer ein globales, weitgehend ortsunabhängiges gesellschaftliches Ereignis. Deshalb ist auch der Begriff vom »globalen Dorf« sehr irreführend. Es handelt sich weder um ein Dorf, in dem jeder über jeden alles weiß, Wirkzusammenhänge also weitestgehend transparent sind, noch um ein wirklich globales Konstrukt, sondern um einen gut abgrenzbaren (gesellschaftlichen) Raum mit Zugangsbarrieren und -beschränkungen, aber eben nicht um einen territorial lokalisierbaren, sondern um einen »virtuellen Raum«. In diesem Raum, den ich anderenorts¹³ als *Informationsraum* bezeichnet habe, kursieren Wissen und allgemein relevante Informationen, die dort eine ähnliche und doch vollkommen andere Sozialisation erfahren als die Individualarbeit durch den Austausch der Produkte am Markt. Sie sind der wesentliche Rohstoff, aus dem produktionsrelevante Konzepte entstehen.

Globalisierung bezeichnet also im ökonomischen Bereich vor allem die zunehmende Verlagerung der produktionsentscheidenden Aufwendungen der transnational operierenden Hightech-Konzerne in diesen virtuellen Bereich. Die geballte Macht dieser ökonomischen Strukturen wird darauf konzentriert, die entsprechenden Reproduktionsbedingungen des virtuellen Bereichs zu sichern. Virtualität dominiert damit zunehmend Realität. Letztere wird allein noch dafür benötigt, um die Verwertungskette zu schließen – ein für den virtuellen Bereich ebenso notwendiges wie zweitrangiges Ereignis. Die Welt steht Kopf – der Schein bestimmt das Sein. Ich komme damit zu meinem kabbalistischen Ausgangsbild zurück: Die Menschheit hat sich in kausale Zusammenhänge hineinmanövriert, die ähnlich einem Golem funktionieren, der nach eigenen realitätsfremden Gesetzen agiert und nur ein einziges Ziel kennt: aus dem virtuellen in den realen Raum abzutauchen, um dort die Reproduktionskette zu schließen. Ein Golem, der sein Ziel unbeeinflussbar von jeglicher Vernunft verfolgt, dem es vollkommen egal ist, an welchem Ort und mit welchen Nebeneffekten er diese Reproduktionskette schließen kann, solange dieser produktive Abschluss ökonomischer Aktivität nur überhaupt noch gelingt. Die menschliche Vernunft hat eine Maschinerie geschaffen, deren blindes Agieren sich zunehmend gegen die Lebensgrundlage dieser menschlichen Vernunft selbst wendet.

Wider die Diktatur der Konzepte

Orte der Realisierung produktiver Aktivität sind allerdings nicht ganz beliebig auf dem Globus wählbar. Sie müssen mindestens die Infra-

13 Hans-Gert Gräbe: Arbeit und Wissen in der modernen Gesellschaft, Zur Kritik eines engen Arbeitsbegriffs, in: Der Osten im Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus, in: Texte zur politischen Bildung 24, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 1997, Siehe auch <http://www.opentheory.org/awi>.

struktur bieten, in der das zu verwirklichende Konzept implementierbar wird. Das Vorhalten einer solchen Infrastruktur ist der Kern der Debatte um den »Standort Deutschland« und trifft so oder in ähnlicher Form auch auf andere Standorte in einem angeblich globalen Standortwettbewerb zu. Die zunehmend knappen Kassen, die diesen Wettbewerb prägen, sind dabei Ausdruck desselben Dilemmas der verqueren Verwertungsbedingungen für Konzepte wie oben beschrieben. Im Sinne der Sozialisierung von Lasten sind zu dessen Auflösung im alten System an dieser Stelle bereits politische Institutionen aufgerufen, die dem mit einer immer unverschämteren Umverteilung Herr werden wollen. Den zunehmenden Problemen mit der Reproduktion dieser Infrastrukturleistungen, die aus knappen Kassen resultieren, können Regionen allerdings nicht ausweichen. Sie sind sehr real, weil territorial lokalisiert. Regionen sind damit potenziell der natürliche Widerpart der ungebremsten Herrschaft einer nur im virtuellen Raum verankerten Logik.

Der einzig mögliche Ausweg aus der Sackgasse, in die sich die menschliche Sozialisation hineinmanövriert hat, liegt damit klar auf der Hand: Es muss die Kausalität zwischen Virtuellem und Realem vom Kopf auf die Füße gestellt werden, indem Virtualität wieder vernünftig an Realität zurück gebunden wird. Dies ist ein zutiefst *politisches* Problem der verschiedenen Regionen, an denen diese Rückbindung erfolgt: Die Regionen müssen der Kapitallogik eigenes Selbstbewusstsein entgegensetzen, um deren blindes Agieren einzudämmen. In dem Licht wird der alienistische Charakter einer »Monetarisierung des Politischen« (Krysmanski) besonders deutlich, denn eine solche Politik erfordert das Gegenteil heutiger Standortrhetorik. Über die immensen Widerstände, die Virtualität einem solchen Ansatz entgegenzusetzen vermag, darf man sich angesichts des Scheiterns von Lafontaine, aber auch im Lichte der neuen Kriege in Kosovo, Afghanistan, Irak und weiten Teilen Zentralafrikas, keine Illusionen machen. Es handelt sich um nichts weniger als das Ringen der zwei zivilisatorischen Ansätze, welche Ch. Spehr in seinem »Alien-Buch« beschrieben hat. In diesem Ringen gilt es, an verschiedene Formen der lokalen Realität gebundene (insbesondere ökologische, soziale und kulturelle Belange widerspiegelnde) Gegenmächte anzuknüpfen, diese zu formen und zu vernetzen. Kurz: Es geht um die (schrittweise) Ablösung von aus dem virtuellen Raum gespeister, im Spehrschen Sinne »alienistischer« Machtpolitik durch regional orientierte Sachpolitik.

Und es ist ein zutiefst *wissenschaftliches* Problem: Der Golem muss zu einem vollwertigen Wesen entwickelt werden. Es müssen in ihm Sinnesorgane und ein engmaschiges Nervenetz zum Reifen gebracht werden, in welchem er das eigene Wirken in der Realität wahrzunehmen und zu reflektieren vermag. Neben der Notwendigkeit einer deutlichen Zunahme der Aufwendungen für die Entwicklung regionaler Infrastruktur sind hierfür beim heutigen Stand der Technik und der Komplexität der Wirkungen *kollektive Vernunftformen* notwendig, deren wichtigstes Element eine kritischer Theorie verpflichtete Wissenschaft ist, wie dies F. O. Wolf deutlich herausgearbeitet hat.¹⁴ Solche zivilgesellschaftlichen Instrumente zu schaffen (und zu finanzieren), ist eine vordringliche Aufgabe der Gegenwart. Die enge Verbindung zu verschiedenen anderen linken Politikansätzen, wie etwa dem Kampf um den Erhalt des Gemeineigentumcharakters der Wissensgüter der

14 Frieder Otto Wolf: Kritische Wissenschaft und globalisierungskritische Bewegung, in: Forum Wissenschaft, Heft 2/2004.

Menschheit oder dem Konzept eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, sei hier nur benannt.

Reale Gegenmächte und die kommunistische Vision

Solche kollektiven Vernunftformen, die sich nur aus der kommunikativen Vernetzung heutiger Sozialisationsformen entwickeln können, haben auch ein *anderes gesellschaftliches Grundklima* als das kapitalistisch geprägte zur Voraussetzung: sie funktionieren nur im *Miteinander*, nicht im *Gegeneinander* ihrer einzelnen Teile. Dieses die moderne Wissenschaft (noch) prägende Grundklima gilt es also, (wieder) auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens auszuweiten. Dies schließt nicht nur nahtlos an das »Vom Ich zum Wir« traditioneller Sozialismuskonzepte an, sondern ist auch der Kern des Luxemburg-Worts von der »Freiheit der Andersdenkenden«, da sich Partnerschaft ohne ausreichende Freiräume zur eigenständigen Entwicklung der Partner nicht fruchtbar entwickeln kann. Selbst zu ethisch geprägten Lebensbildern wie den christlichen Moralvorstellungen lässt sich ein direkter Bogen spannen.

Wir sind damit bei Marxens Kommunismusverständnis als »der *wirklichen* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt«¹⁵, indem sie »die Kontrolle über die verknöcherten Formen gesellschaftlicher Arbeit – des sozialen Verkehrs – zurückgewinnt«¹⁶ und folglich dazu kommt, »ihre gesellschaftlichen Verhältnisse zu kontrollieren, statt von ihnen kontrolliert zu werden«. Allerdings ist die Charakterisierung als »Verein (unterschiedsloser – H-G. G.) freier Menschen, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten ...«¹⁷, für eine Analyse möglicher Dynamiken zu grob. Die sich heute bereits abzeichnende Form ist die vielfältiger *Netzwerke*, welche längs dinglicher Logiken Kommunikationsbedürfnissen sehr unterschiedlicher Intensität je einen Rahmen geben. Und welche sich in Netzwerke von Netzwerken und noch weiter gestaffelte Struktureinheiten selbständlicher Form einbinden, in denen das ganze Frequenzspektrum von Prozessen reflektiert werden kann, welche den Menschen als gesellschaftliches Wesen umtreiben. Eine solche vernetzte Gesellschaftsstruktur kann nur von unten nach oben wachsen, von der Kontrolle zunächst kurzweiliger und räumlich konzentrierter Prozesse – in denen sich heute reale Gegenmächte, die Rahmen der alten Gesellschaft nutzend und deren Grenzen auslotend, artikulieren – hin zur Eroberung von Handlungsspielräumen und schließlich Kontrolle auch längerweiliger und räumlich ausgebreiteter Prozesse, welche heute noch fest in der Hand der virtuellen Macht sind.

Die subtile Sprengkraft eines solchen Solidargedankens in einer kapitalistisch geprägten Umgebung von Eigennutz und Konfrontationsdenken kann man wohl kaum überschätzen. Als Keim bereits in dieser Gesellschaft, den technisch-technologischen Bedingungen geschuldet, angelegt, sollte man ihm deshalb in linken Konzepten einen wesentlich zentraleren Platz einräumen als derzeit üblich.

Eine solche *Solidarität im Großen* schließt Wettbewerb – auch auf marktwirtschaftlicher Grundlage – ein, vermag ihn aber dort zu zähmen, wo er beginnt, sich gegen diese solidarische Grundlage selbst zu richten. Instrumente und Ansätze für eine solche Zählung gibt es bereits heute mehr als genug. Diese selektiv verstärken zu helfen, sollte deshalb linker Politik zu einem ihrer zentralen Anliegen werden.

15 Karl Marx, Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, Berlin 1962, S. 35

16 Joachim Bischoff, Hans-Georg Draheim: Sozialismus im 21. Jahrhundert, in: Sozialismus (Supplement), Heft 1/2003, S. 20.

17 Siehe: Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1971, S. 92.

LOTTE ARNDT

Der kubanische Sozialrealismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts

»Wir sind die Einzigen und es gibt keine Alternative.«
(Fidel Castro, V. Kongress der PCC 1997)

Quedó bonito, pero se destiñe
Ya no es lo mismo como cuando éramos niños,
Pioneros por el comunismo, misión cosmonautas ...
(Habana Abierta)

In Kuba hat ein Begriff Konjunktur: Transition. Kein sozialwissenschaftlicher Band über Kuba, sei er in spanischer oder englischer Sprache geschrieben, enthält nicht mindestens einen Titel zum Thema Transition. Das heißt aber nicht, dass unter dem Begriff durchgängig das Gleiche verhandelt würde. Während die Autoren des Exils in Miami bücherweise Abhandlungen über *Transition to Market Economy*, *The way from plan to market* oder *Eastern Europe way* verfassen und hoffnungsvoll die Chancen für ein demokratisch-kapitalistisches Kuba ausloten, wird der Begriff in Kuba selbst meist in Zusammenhang mit dem Adjektiv *sozialistisch* oder *revolutionär* gebraucht: Die Veränderungen, die die Gesellschaft durchläuft, werden in Hinblick auf das Ziel der Konstruktion des Sozialismus hin interpretiert, das 45 Jahre nach der kubanischen Revolution noch immer als Projekt gefasst wird.¹

Kuba durchläuft seit den neunziger Jahren ohne Zweifel Transitionsprozesse, die die Grundlagen der nachrevolutionären Gesellschaftsordnung erschüttern. Diese Prozesse verlaufen jedoch keineswegs geradlinig, sondern oszillieren zwischen unumgänglichen Krisenreaktionsmaßnahmen und dem Primat der Aufrechterhaltung der Staatsmacht, was dazu führt, dass einige Reformen nach kurzer Einführung widerrufen werden. Daraus geht eine bemerkenswerte Ungleichzeitigkeit der Reformen auf den Ebenen Politik und Wirtschaft hervor: Während erzwungenermaßen die ökonomischen Reformen weitreichend sind, zeichnet sich die politische Struktur durch die Bewahrung sowohl der Strukturen als auch großer Teile der personellen Besetzung der Ämter aus. Die Bewahrung der politischen Macht und die Kontrolle über die Gesellschaft werden – neben der Aufrechterhaltung der nationalen Unabhängigkeit und als Mittel zu diesem Zweck – zum bestimmenden Ziel erklärt. Aus diesem Dualismus weitreichender ökonomischer Reformen vor allem im Devisensektor einerseits und dem Versuch, die politische Struktur ebenso wie die Binnenwirtschaft möglichst unverändert beizubehalten, er-

Lotte Arndt – Jg. 1979, studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin; 2003/2004 Studium der Philosophie, Geschichte und Ökonomie an der Universität von Havanna.

¹ Dies ist auch der Grund, warum nicht vom 45. Jahr *nach* der Revolution, sondern *der* Revolution gesprochen wird: Die eigene Gesellschaft wird als ein sich stetig revolutionierender Prozess beschrieben, der zwar im Jahr 1959 begonnen wurde, seither aber seinen revolutionären Charakter nicht verloren habe. Dass sich seit vielen Jahren ein fester Staatsapparat und eine umfangreiche Bürokratie herausgebildet haben, die sich vor allem durch Konservatismus auszeichnen, ändert an dieser verklärenden Auffassung nichts.

wächst vor dem Hintergrund der sozialen Differenzierung der Gesellschaft eine Dynamik, die Vorhersagen über den weiteren Verlauf des kubanischen Transformationsprozesses schwierig erscheinen lassen.

Alles muss anders werden ...

1990 erschien nichts unwahrscheinlicher als der Fortbestand des kubanischen Realsozialismus, der durch den Zusammenbruch des Ostblocks schlagartig seiner historischen Alliierten sowie ungefähr 85 % seines Außenhandels beraubt war. Die Insel in ihrer hochgradigen Importabhängigkeit – ein vom Kolonialismus ererbtes Strukturmerkmal, das durch die Integration in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, in dem Kuba als Zuckerlieferant im Austausch gegen Öl- und Industrieprodukte agierte und sich dadurch weder um die Entwicklung einer eigenen Industrie oder einer diversifizierten Exportstruktur noch über den Energieverbrauch Gedanken machen musste, verstärkt wurde – verlor 75 % ihrer Importkapazität.²

Um sowohl das kurzfristige Überleben als auch langfristig die erweiterte Reproduktion der Insel zu garantieren, verabschiedete die Regierung im Laufe des Jahrzehnts eine Reihe weitreichender Reformen, die fast alle zur Vorbereitung auf die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ausgerichtet waren. Die ersten Jahre waren geprägt von unmittelbaren Krisenreaktionsmaßnahmen wie der Dollarlegalisierung (1993), einer empfindlichen Rationierung des Konsums, der Wiedereröffnung der Bauernmärkte und der – beschränkten – Zulassung von privatwirtschaftlicher Tätigkeit (Arbeit auf eigene Rechnung, wie sie in Kuba euphemistisch genannt wird), allerdings auch der Öffnung für den internationalen Massentourismus. Ab 1994 richteten sich die Reformen stärker darauf aus, eine Grundlage für die Durchsetzungsfähigkeit Kubas unter den Bedingungen der Konkurrenz auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu schaffen. Um Devisen zu beschaffen, legalisierte die Regierung 1995 ausländische Direktinvestitionen in Form von *Joint ventures*, die allerdings stark reglementiert bleiben und eine unkontrollierte Invasion durch ausländisches Kapital unwahrscheinlich machen. So werden sie von einem eigens dafür geschaffenen und dem Ministerrat unterstellten Gremium im Einzelfallentscheid zugelassen, setzen sich in der Regel aus 51 % Anteil des kubanischen Staats und 49 % ausländischer Beteiligung zusammen und haben begrenzte Vertragslaufzeiten. Die kubanischen Arbeiter werden über Brückenunternehmen beschäftigt, an die die ausländische Firma den Dollarlohn zahlt, von dem der Arbeiter einen kleinen Teil in Pesos ausgezahlt bekommt (ein durchschnittlicher Monatslohn in Kuba lag 2002 bei 260 Pesos, was bei einem seit zwei Jahren stabilen Wechselkurs von 1:26 ziemlich genau 10 Dollar entspricht) und zunehmend auch einen kleinen Dollarbetrag als Anreiz enthält: eine Tendenz, die vor allem in den exportwichtigen Bereichen zunimmt und mittlerweile 30 % aller im Staatssektor Beschäftigten betrifft. Mit dieser Maßnahme sichert sich der Staat eine Deviseneinnahmequelle in Form des größten Teils des Lohns und verhindert zugleich eine abrupte soziale Differenzierung der Gesellschaft durch vergleichsweise hohe Einnahmen der Angestellten von *Joint ventures*. In Ausnahmefällen kann

2 Die Importe sanken von 81 Millionen US-Dollar 1989 auf 19 Millionen 1994.

außerdem 100 % ausländischer Unternehmensbesitz legalisiert werden, was in der Praxis jedoch nur in einem einzigen Fall zur Anwendung gekommen ist.

1997 wurden drei Freihandelszonen (FHZ) geschaffen, die seitdem mit sehr liberalen Regulierungen Arbeitsplätze schaffen, Technologie anziehen und zum Ausgleich der negativen Zahlungsbilanz beitragen sollen. Wie stark die Gesetzgebung darauf bedacht ist, die zugelassenen Betätigungen zu lenken und nicht die Kontrolle über sie zu verlieren, zeigt sich zum Beispiel an den Restriktionen, die den FHZ auferlegt wurden. Diese begannen von den Vorzugsbedingungen Gebrauch zu machen und einen großen Anteil ihrer Waren ins Inland zu verkaufen, was das Vorhaben, die kubanische Zahlungsbilanz durch die hohe Exportquote der in den FHZ tätigen Unternehmen auszugleichen, zunichte machte. Daraufhin erließ die Regierung eine Gesetzesergänzung, durch die die Unternehmen in den FHZ verpflichtet werden, mindestens 75 % ihrer Waren zu exportieren.

Die Bankreform, die der neugegründeten Zentralbank BCC eine Reihe von Geschäftsbanken zur Seite stellt, schaffte die Grundlage für die Abwicklung von Geldgeschäften zwischen Unternehmen und dem Handel mit dem Ausland. Es wurden Steuern und Abgaben eingeführt. Darüber hinaus wurden die Preise erhöht. Insgesamt verringerten diese Maßnahmen die Geldmenge in den Händen der Bevölkerung und wirkten stabilisierend auf die Währung.

Im Land wurde ein mittlerweile über 5000 Läden verfügendes Netz von »Geschäften zur Wiedergewinnung von Devisen« (TRD) geschaffen, die dem Staat den Zugriff auf die aus den Auslandsüberweisungen oder sonstigen Dollareinnahmen stammenden Devisen in den Händen der Bevölkerung erlauben soll: Der kaufkräftigen Nachfrage wird ein Angebot von Produkten gegenübergestellt, deren Preise der Staat politisch festlegt (sie liegen deutlich über den Marktpreisen). Das entspannt die Versorgungslage, da in diesen Läden Waren verkauft werden, die es zuvor nur auf dem Schwarzmarkt gab, und es erhöht die Staatseinnahmen beträchtlich. Es trägt allerdings gleichzeitig zu ständig wachsenden Unterschieden in den Konsummöglichkeiten bei, da nur etwa 50 % der Kubaner regelmäßig über Devisen verfügen.

Deutlich schlägt sich die erzwungene Weltmarktintegration im Bereich der Produktion nieder – sowohl in der Neustrukturierung des Planungssystems wie in der Unternehmensreform. Die Reform der Staatsunternehmen, die »Unternehmensperfektionierung«, soll das »sozialistische Unternehmen« hervorbringen und basiert weitgehend auf der Dezentralisierung der Verwaltung bei Beibehaltung der Planung der Gesamtkonomie und der Ausrichtung der Unternehmen auf Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. Dies schließt alle Arten von Motivation zu Leistung bei der Arbeit ein, die sich stark an den (dankewerterweise vom Kapitalismus schon ausprobierten) Techniken der *Corporate Identity* und materieller Anreize orientieren. Auch wird das Prinzip der finanziellen Eigenständigkeit eingeführt, das die Möglichkeit von Konkursen und Schließungen vorsieht, wobei allerdings auf die Neubeschäftigung der arbeitslos Gewordenen gesondert geachtet werden muss.

Die reformierte Planung verwendet fiskalische und monetäre Steuerungsmethoden und sieht nicht mehr die Koordinierung der gesamten gesellschaftlichen Produktion vor. Es wird lediglich die Summe der zu erwirtschaftenden Devisen und der Produktionsmengen für den (produktiven und konsumtiven) Verbrauch festgelegt. Man überlässt es aber den Unternehmen, bei welchen in- bzw. ausländischen Firmen sie ihre Produktionsmittel beziehen, was »sozialistische Unternehmen« in direkte Konkurrenz mit den Anbietern des Weltmarkts setzt. Diese müssen, wollen sie überleben, ihre Produktivität am Maßstab der kapitalistischen Unternehmen messen, die dort agieren; folglich müssen sie ihre Produktionsmethoden den kapitalistischen anpassen. Wie für alle Anbieter auf dem Weltmarkt, die unter Bedingungen von Produktivkraftückstand produzieren und sich trotzdem einen international vergleichbaren Gewinn aneignen wollen (was langfristig eine ökonomische Notwendigkeit ist), muss die benötigte größere Arbeitsmenge durch einen geringeren Preis der Produktionsmittel ausgeglichen werden. Das können in einigen Fällen günstige Rohstoffe sein, im Regelfall aber handelt es sich um die Begrenzung der Löhne und des unproduktiven Konsums. Niedriger individueller Konsum und die Zunahme von Arbeitszeit und Arbeitsintensität sind dann die Bedingungen für die bloße Teilnahme am Welthandel; für die Aufholung eines Produktivkraftückstands drängen sie sich mit noch größerer Gewalt auf. Zusätzlich erschwert wird den Unternehmen der Wettbewerb durch die Beibehaltung umfangreicher bürokratischer Vorschriften, die die Staatskontrolle über den Unternehmenssektor erhalten sollen, den Unternehmen aber massive Konkurrenz Nachteile bescheren.

Das Vorhaben der kubanischen Regierung, den Devisensektor dem Nutzen für den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft unterzuordnen, wird daher kaum gelingen. Weit eher richtet sich der Kurs Kubas durch die (aufgrund der weltweiten politischen Isolierung unumgängliche) Integration in den Weltmarkt auf die schrittweise Liberalisierung der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Beziehungen – eine Integration, deren Konsequenzen im besten Falle durch umfangreiche Sozialmaßnahmen gemildert werden können. Eine Chance dazu besteht vor allem darin, dass die Transformationsprozesse in Kuba nicht wie in weiten Teilen Osteuropas mit einem gleichzeitigen Zusammenbruch der ökonomischen Ordnung und der politischen Macht einhergehen, sondern der Staatsapparat vollständig intakt fortbesteht und weitgehend die Kontrolle über die Reformen innehat.

Eine rasche Bildung von Kleinunternehmen, die, wie anfangs befürchtet wurde, die staatliche Kontrolle unterlaufen könnten und im Transformationsprozess bestimmend werden, hat nicht stattgefunden. Vielmehr behält der Staat trotz der Herausbildung eines solchen Sektors bislang weitgehend die Kontrolle über die Entwicklung. Dies erreicht er zum einen durch die Verschärfung der Gesetzgebung der legalen »Arbeit auf eigene Rechnung« – also durch Erhöhung der Steuern und Verschärfung der Auflagen, was viele der Kleinunternehmer zwingt, ihre Lizenzen zurückzugeben und sich wieder den illegalen Nebeneinkünften zu widmen (zu »erfinden«, wie man auf Kuba sagt). Zum anderen werden Maßnahmen gegen eben diese

Illegalitäten, wie Diebstahl am Arbeitsplatz (der in Kuba so verbreitet ist, dass die Buchführung der Unternehmen »Schwund« und »Verlust« als eigene Posten aufführen) oder das illegale Angebot von Dienstleistungen und Waren aller Art und in beiden Währungen, das vom Haareschneiden über Tanzkurse bis zu Prostitution, von Bananen über Baustoffe bis zu synthetischen Drogen reicht, eingeführt. Diese Erweiterungen der Strafmaßnahmen wirken als Repression einer gesellschaftlich nicht gelösten Problemsituation: Mindestens 80 % der Kubaner können von ihrem Lohn nicht leben,³ sind also, wenn sie nicht über Überweisungen aus dem Ausland verfügen (die eine Höhe angenommen haben, die die Nettoeinnahmen aus Tourismus und Zuckerelexport übersteigt und damit zur Haupteinnahmequelle der Insel geworden sind⁴), auf illegale Tätigkeiten angewiesen. Gleichzeitig fördert diese Situation die Korruption, die für die durch Schmiergeld nachsichtigen Ordnungskräfte eine zusätzliche Einnahmequelle darstellt und den Fortgang der weiteren Aktivitäten ermöglicht. Langfristig kann der Staat die Kontrolle über die gesellschaftlichen Prozesse nicht behalten (bzw. gewinnen), solange seine Bürger für ihr bloßes Überleben ständig gezwungen sind, seine Gesetze zu brechen, also illegal zu handeln.

... damit alles beim Alten bleibt

Bei all den Veränderungen, die die Insel wirtschaftlich und gesellschaftlich durchlaufen hat, ist der politische Apparat bemerkenswert unangetastet geblieben. Die kommunistische Partei Kubas bestätigte auf ihrem V. Kongress im Februar 1997 die Unumstößlichkeit des Einparteiensystems, das als »wichtigste Errungenschaft« der Revolution beschrieben wurde. Somit wurde der Machterhalt zum zentralen Ziel der politischen Praxis erklärt, da von ihm alles andere zentral abhängt, also die Sozialsysteme ebenso wie die nationale Eigenständigkeit der Insel. Fidel Castro bleibt Chefkommandant, Erster Sekretär der PCC, Vorsitzender des Ministerrats und des Staatsrats, sein Bruder Raúl Castro, zweiter Vorsitzender und Chef der Streitkräfte, wird als sein Nachfolger aufgebaut. Weiterhin besetzen eine Reihe loyaler Revolutionäre der ersten Stunde die oberen Posten des Staatsapparats, wie Ricardo Alarcón, Präsident des kubanischen Parlaments (Asamblea Nacional del Poder Popular), José Ramón Balaguer, Mitglied des Politbüros und langjähriges Mitglied der Ideologieabteilung des Zentralkomitees der PCC, Vilma Espín, Raúl Castros Frau und Präsidentin des kubanischen Frauenverbandes FMC – um nur einige Beispiele zu nennen – sowie einige jüngere, aber nicht weniger linientreue Personen wie der Außenminister Felipe Pérez Roque.

Die Gesellschaft zusammenhalten: Einheit und Unabhängigkeit als Basis der Regierungspolitik zu Beginn des neuen Jahrtausends

Nachdem die Parteikongresse der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts von der Parole gekennzeichnet waren, die Unabhängigkeit der Insel, die sozialen Errungenschaften und den Erhalt der politischen Macht als oberstes Ziel der Politik aufrechtzuerhalten, bestimmen in der Herrschaftsausübung vor allem nationalistische Appelle die Politik. Die Demonstration zum ersten Mai 2004 fand als »Verabre-

3 Schätzung von Mayra Espina, CIPS 2004.

4 Im Jahr 2003 handelte es sich um 900 Millionen Dollar. Alle Maßnahmen der US-Regierung, die Überweisungen zu erschweren, stellen für Kuba somit empfindliche Einnahmeverluste dar. Zuletzt kündigte Washington im Mai 2004 Verschärfungen der Überweisungsregelungen an. Die kubanische Regierung nutzte die Situation für einen Schlag gegen den Diebstahl durch Mitarbeiter in den Devisengeschäften und erhöhte alle Preise um mindestens 10 %. Das durch die US-Politik verschärfte Haushaltsdefizit wird so auf dem Rücken der Bevölkerung kompensiert.

5 Eine Anmerkung zum Gebrauch des Wortes »nationalistisch«: Die nationale Souveränität ist seit den Unabhängigkeitskriegen Ende des 19. Jahrhunderts ein bestimmendes Thema auf der Insel. Die Revolution hat mit diesem Paradigma nicht gebrochen, sondern umgekehrt hat die Regierung die nationale Unabhängigkeit (vor allem von den USA) zum Kern ihres politischen Programms gemacht. Dabei kommen Antiimperialismus und die Instrumentalisierung der nordamerikanischen Bedrohung zu Herrschaftszwecken zusammen. Das Ziel, sich als Staat von heteronomer Herrschaft zu befreien, impliziert den Ausschluss von Nicht-Kubanern, der auch in den Jahrzehnten der engen Kooperation mit der Sowjetunion nur wenig gemildert wurde. Statt dessen wurde den osteuropäischen Fachkräften und der Moskauer Regierung gegenüber eine eher instrumentelle Haltung eingenommen. Daneben verfolgt der Staat weiter eine internationalistische Linie bei der Förderung anderer lateinamerikanischer Länder. Jährlich werden weiterhin Hunderte von Studienstipendien an Studenten aus Lateinamerika vergeben, die auf diesem Weg in Kuba die Hochschule besuchen und zumeist als Mediziner, Ökonomen oder Juristen in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Im Gegensatz zum europäischen Nationalismus, der oft außenpolitisch aggressiv und expansiv auftritt, handelt es sich beim kubanischen, wie beim Nationalismus vieler ehemals kolonialisierter Länder, um eine Form, die ihre Hauptfunktion in der Abgrenzung

mit dem Vaterland« statt, der kubanische Frauenverband tagt unter dem Motto »Vereint für das Vaterland«, und es vergeht kein Tag, an dem nicht die heroische Tradition der Kubaner beschworen wird, die sich im Geiste ihrer nationalistischen Gründungsväter des 19. Jahrhunderts »bis zum letzten Blutstropfen« nicht ergeben würden.⁵ In einer groß angelegten Plakataktion ist in den ersten Monaten des Jahres 2004 an vielen Stellen in Havanna zu lesen: *Revolution heißt: Einheit und Unabhängigkeit*. Damit definiert die kubanische Regierung in ihrem 46. Jahr als das Wesen ihrer Politik die Verteidigung der Befreiung von der neokolonialen Beziehung zu den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und die innere Geschlossenheit andererseits, die Abweichungen von der Parteilinie nicht zulässt. Einheit wird vorausgesetzt – und nicht als (mögliches) Resultat gesellschaftlicher Verständigungsprozesse und Konflikte verstanden. Zwar gibt es in der Diskussion einige Gruppen, die die Verhinderung von politischen Debatten für eine Schwächung des Staates halten, da sie nicht zu Unrecht feststellen, dass die Unzufriedenen sich außerhalb oder entgegen den offiziellen Strukturen orientieren würden, wenn man sie nicht integriere (eine Position, die z. B. der gegenwärtige Kulturminister und ehemalige Vorsitzende des kubanischen Künstler- und Schriftstellerverbands UNEAC Abel Prieto vertritt).⁶ Der Umgang mit den Räumen für die politische Reformdebatte bleibt jedoch unberechenbar und sprunghaft.

So wurde z. B. das Zentrum für Amerikastudien (CEA), an dem einige der wichtigsten Vertreter der Reformdebatte tätig waren und das in seiner Quartalspublikation *Cuadernos de nuestra América* zentrale Beiträge der beginnenden Reformdebatte veröffentlichte, 1996 personell komplett umbesetzt. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass das Zentrum begonnen habe, eigene politische Vorschläge zu machen, anstatt der Partei, der es direkt unterstellt ist,⁷ zu folgen⁸.

Zeitgleich wurde die vom ZK der kommunistischen Partei herausgegebene Zeitschrift *Cuba Socialista* wieder neu aufgelegt. Statt Beiträgen über Partizipationsformen, Menschenrechte als Mittel der Außenpolitik und ihre Bedeutung in Kuba, über Wirtschaftsreformen und Ideologiedebatten erscheinen in dieser Zeitschrift Artikel, die im Wesentlichen der Vermittlung der Parteientscheide an das gebildete Publikum dienen. Ein Raum für die Debatte der Transformationsprozesse, die das CEA geboten hatte, wurde so durch eine Neubesetzung und eine Wiederpublikation ersetzt, welche die unbedingte Ausführung der Parteilinie als Prinzip haben.

Aber nicht nur an diesem Beispiel kommt zum Ausdruck, dass eine Pluralisierung der Gesellschaft von staatlicher Seite nicht erwünscht ist: Die zentralen Fernseh- und Radiokanäle, die Parteizeitung *Granma* und die oft in weiten Teilen inhaltsgleiche Zeitung des kommunistischen Jugendverbands *Juventud Rebelde* und das Gewerkschaftsblatt *Trabajadores* bleiben Sprachrohre von Partei und Regierung. Die in ihnen vorgesehenen »Diskussionsforen« wie der täglich zur Vorabendsendezeit von mindestens vier Fernseh- und Radiokanälen live übertragene »informativ-runde Tisch« gleichen einer Ansprache, in der die Parteisicht auf die Weltsituation von verschiedenen Akteuren, die einander niemals widersprechen, darge-

stellt wird. Auch die handverlesenen Ausländer, die vereinzelt zu einem Beitrag eingeladen werden und mitunter, auf ihre Eindrücke von Kuba angesprochen, neben dem Lob der sozialen Situation etwa den Mangel an Freiheiten monieren, stören da nicht besonders. Ihre Bemerkungen werden einfach dezent übergangen.

Andererseits gab es in den 90ern einige Neuerscheinungen, die der Reflexion über den gesellschaftlichen Wandel Raum geben.⁹ Darunter ragt die seit 1995 erscheinende, umfangreiche Dreimonatszeitschrift *Temas* heraus, die von Rafael Hernandez (einem ehemaligen Mitglied des Zentrums für Amerikastudien) herausgegeben wird und die sich in ausführlichen wissenschaftlichen Artikeln inländischer wie auch ausländischer linker Autoren kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Themen widmet. Schwerpunktmäßig befasst sie sich mit Fragen wie den Tendenzen der ökonomischen Reformen in Kuba, den aktuellen Entwicklungen der kubanischen Musikszene, der Bedeutung des ersten Unabhängigkeitskriegs von 1868 oder dem Imperialismus im 21. Jahrhundert. Die Zeitschrift richtet sich vor allem an ein akademisches, sozialwissenschaftlich interessiertes Publikum, wird in Pesos verkauft und bleibt aber über einen beschränkten Kreis hinaus weitgehend unbekannt.

Es gibt auch einige Studienzentren, in denen ein kleiner Kreis Intellektueller Debatten über soziale Entwicklungen, ökonomische Reformen und die Rezeption eines »kritischen Marxismus« von Autoren wie Gramsci, Foucault, Adorno, Horkheimer und einzelner Theoretiker der französischen Postmoderne führt. In diesen Auseinandersetzungen geht es um Reformen zur Rettung und Verbesserung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems, erweiterte Partizipationsformen und die Bewertung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei bewegen sich die Gespräche, zumindest soweit sie öffentlich stattfinden, streng in den Grenzen der Reform *innerhalb* des Systems.

Demonstration von Stärke nach innen und außen

Auf innenpolitisch brenzlige Situationen reagiert die Regierung durchgängig mit Demonstrationen ihrer Stärke.

Im Mai 2002 legte das von einigen im Inland fast unbekanntem Oppositionellen (die in Kuba, da eine Opposition zum bestehenden System nicht vorgesehen ist, Dissidenten genannt werden) getragene Projekt Varela der kubanischen Nationalversammlung 11 020 Unterschriften vor und sammelte bis Anfang 2004 insgesamt zwanzigtausend Unterschriften für ein in der kubanischen Verfassung vorgesehenes Referendum über die politische Ordnung. Als Antwort darauf – aber ohne das Projekt zu nennen und auf seine Forderungen einzugehen – organisierte die PCC eine Abstimmung, bei der sie aufrief, den »sozialistischen Charakter« des Staates als unveränderlich in der Verfassung fest zu schreiben. Vom 15. bis 17. Juni 2002 waren die Bürger dazu aufgerufen, in den von den »Komitees zur Verteidigung der Revolution« (CDR – die Massenorganisation auf der Ebene der Stadtviertel) kontrollierten Wahlbüros ihre Stimme abzugeben: »öffentlich und freiwillig«, wie es in dem einleitenden Zusatz, den das Gesetz zur Verfassungsänderung beinhaltet, heißt. Unter den Augen ihrer Nachbarn entschieden sich fast 8,2 Millionen Wähler

anderen Staaten gegenüber nach außen und der Konstituierung eines homogenen Staatsvolks nach innen hat. Der Begriff wird in der kubanischen Politikwissenschaft oft ohne negative Konnotation zur Bezeichnung politischer Bewegungen gebraucht, die politisch und ökonomisch die Abhängigkeit vom Ausland, zumeist von den ehemaligen Kolonialmächten und den Vereinigten Staaten brechen wollen. Seine ausschließende und homogenisierende Wirkung behält auch dieser Nationalismus.

6 Ein Gedanke, der 1991 schon zur Einführung der Straffreiheit von Religionsausübung und Öffnung der Parteiämter für Gläubige führte, was seitdem zu einem sprunghaften Anstieg aller Arten von Glaubensgemeinschaften (inklusive der Zeugen Jehovas) geführt hat.

7 Das Zentrum verfügte über eine Doppelstruktur. Es unterstand einerseits dem ZK der PCC und sollte diesem zuarbeiten und besaß andererseits wie fast alle kubanischen Forschungszentren, die international agieren sollen, den Status einer NGO, was den Kontakt mit dem Ausland erleichterte.

8 Außerdem wurde dem Zentrum vorgeworfen, Finanzmittel aus dem Ausland anzunehmen, über Gebühr Auslandsreisen zu tätigen, sich zu ausführlich mit den kubanischen Transformationsprozessen zu befassen und die Studien über das restliche (Süd-) Amerika zu vernachlässigen.

9 Generell ist die kubanische Presselandschaft vielfältig, auch wenn viele Publikationen sich nur an einen sehr kleinen Leserkreis richten oder den gesellschaftlichen Wandel der 90er Jahre kaum begleiten bzw. sich eng an die Parteilinie halten. Hier können nur exemplarisch einige Zeitschriften vorgestellt werden.

10 Ebenso wie die kubanische Regierung den Fall für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert, ist auch die US-amerikanische Kubapolitik nicht interessenlos: Die hohen Haftstrafen und der politisch geführte Prozess sind Ausdruck der aggressiven Kubapolitik der Vereinigten Staaten, bei der das Erbe des Kalten Krieges und die Interessen eines Teiles der einflussreichen Exilkubaner eine größere Rolle spielen als die unbedeutende ökonomische oder politische Bedrohung, die die Insel für den Hegemon darstellt.

(bei einer Gesamtbevölkerung Kubas von ungefähr 11 Millionen) dafür, den Zusatz zu bestätigen: bestimmt öffentlich, und eher mitelbar freiwillig.

Überhaupt sind Massenkundgebungen ein häufig verwendetes Mittel der Bestätigung der Einheit in Zeiten des Wandels. Nach den monatelang währenden Massenmobilisierungen für die Rückkehr des Flüchtlingsjungen Elián, dessen Mutter bei dem Versuch, mit einem Floß nach Miami überzusetzen, ertrunken war, erklärte die Regierung den »Kampf der Ideen« – eine groß angelegte Kampagne zur Schaffung von Identifizierung mit dem sozialistischen Kuba. Zentrales Element dieser Politik sind Massenveranstaltungen: »offene Tribünen der Revolution«, in denen in genauestens geplanten Choreografien in allen Provinzen Vorträge über die Errungenschaften und Herausforderungen des kubanischen Sozialismus im 21. Jahrhundert gehalten und Kulturbeiträge dargeboten werden. Bevorzugtes Thema dabei ist derzeit die Kampagne zur »Befreiung der fünf Helden der Revolution aus den Eingeweiden des Monstrums«, wobei es sich, aus der heroisierenden Vernebelung geschält, um fünf kubanische Informanten handelt, die sich zu Spionagezwecken (nach offiziellen Angaben: zur Terrorismusprävention) in den aggressiven Kreisen der Exilanten in Miami aufgehalten haben, entdeckt worden waren und in einem juristisch wohl anfechtbaren Prozess zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.¹⁰ Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Seitdem vergeht kein Tag, an dem nicht der Heroismus der Fünf, das Leid ihrer Ehefrauen und die Unmenschlichkeit des imperialistischen Nachbarn in den Parteizeitungen, sämtlichen Radiosendern und Fernsehkanälen, als Vorfilm im Kino, auf Plakatwänden und in zahlreichen Reden beschworen wird.

Jedoch beschränkt sich der »Kampf der Ideen« nicht allein auf Kundgebungen: Neben zahlreichen Kulturveranstaltungen, Konzerten, der Eröffnung von Internetclubs und Videosälen für die Jugend, begünstigt die Kampagne vor allem Sozialprogramme wie die Renovierung von Schulen und Krankenhäusern durch Freiwilligengruppen, die Ausbildung von Sozialarbeitern, die Familien in sozialen Brennpunkten oder schwierigen Situationen beistehen sollen, in Schnell- und Abendkursen und die Ausweitung der universitären Bildung, deren Ansprüche zu diesem Zweck deutlich heruntergeschraubt werden, auf Gemeindeebene. Es handelt sich also um ein Programm, mittels dessen versucht wird, den aus der Krise hervorgegangenen sozialen und ideologischen Differenzierungsprozessen mit reintegrativen und identitätsstiftenden Maßnahmen entgegenzutreten. Ob dies allerdings gelingen kann, ist fraglich angesichts der fortschreitenden Differenzierungstendenz und der Tatsache, dass die künftige ökonomische Reproduktion des Landes auf den Austausch mit dem Ausland angewiesen ist. Der Massentourismus führt zur ständigen Präsenz kapitalistischer Konsummuster und lässt eine Gesellschaft, deren Homogenität durch die Abgeschlossenheit nach außen gesichert wird, nicht mehr zu.

Zwar hat der Staat weiterhin das Informationsmonopol inne, was den Zugang zu den ausländischen Medien erheblich behindert – es sei denn, es handelt sich um Berichte über die weltweiten Solidaritätsgruppen. Ausländische Zeitungen sind außer in wenigen Exem-

plaren zu sehr hohen Preisen in den Touristenhotels in Kuba nicht zu bekommen. Jedoch erlauben der – wenn auch streng reglementierte – Zugang zum Internet und der dadurch entstehende ständige Informationszufluss dem Staat nicht mehr, allein über die auf der Insel geltende Wirklichkeit zu entscheiden.

Diversifizierung der Gesellschaft

Die kubanische Gesellschaft ist in den Jahren der Krise nicht dieselbe geblieben: Die Allgegenwart des Staats als ökonomischem Akteur hat abgenommen, andere Akteure sind an seine Stelle getreten und haben andere Lebensentwürfe mit sich gebracht. Die Abstände zwischen den sozialen Gruppen sind größer geworden. Waren die 30 Jahre vor 1989 von der Nivellierung von Klassen- und Schichtunterschieden geprägt, brachten die Krise und die nachfolgende Umgestaltung der Gesellschaft eine erneute Schichtenbildung mit sich, die vor allem bedingt war durch den beginnenden Massentourismus und die nun entstehenden Arbeitsverhältnisse im Exportsektor, den Zugang zu Devisen durch die Überweisungen von den Exilanten und die Entstehung neuer Eigentumsformen wie den Kooperativen im Agrarsektor, den *joint ventures* und den urbanen Kleinunternehmern. Einerseits differenzierten sich die bestehenden Schichten aus, es entstanden aber auch neue Akteure. Dies hat Auswirkungen auf der Ebene der Einkommen: Lag bis Ende der 80er Jahre der (theoretische) Höchstunterschied zwischen den Einkommen im staatlichen Sektor (der 95 % der Beschäftigung ausmachte) bei einem Verhältnis von 1 : 5, schätzen einige kubanische Soziologen, dass sich dieser Abstand versechsfacht hat.¹¹

Die klassische Triade aus Arbeitern, Bauern und Intellektuellen/Bürokraten, mit der die kubanische Soziologie die realsozialistische Gesellschaftszusammensetzung beschreibt, verliert an Bedeutung. Hinzu kommt der Verlust der Integrationsfähigkeit des Staates durch das duale Währungssystem: Der Pesolohn reicht in einer Situation, in der bestimmte Produkte des täglichen Gebrauchs nur gegen Dollar zu erwerben sind, zur Deckung der Grundbedürfnisse nicht aus. Zwar sank die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben im Jahr 2003 auf ungefähr drei Prozent, nachdem sie 1997 zwischen sechs und sieben Prozent gelegen hatte. Die Straßen sind aber zu jeder Tageszeit voll von Menschen, die ihre legale Erwerbstätigkeit, die oft genug neben ihrer sozialen Seite vor allem die Möglichkeit bietet, Ressourcen abzuzweigen und diese »auf eigene Rechnung« zu verkaufen, auf informellen Wegen ergänzen. Ein großer Teil der Reproduktion der Gesellschaft findet jenseits der offiziellen (staatlichen, wie auch legalen privaten und gemischten) Ökonomie statt.

Auch kulturell nimmt die Vielfalt zu. Vor allem die mittlerweile fast zwei Millionen Touristen, die das Land jährlich besuchen, sowie der Zugang zum Internet bringen Produkte der weltweiten Kulturindustrie ins Land. Längst kann man auf jeder Party Madonna, Björk und Tatu hören, Markenkleidung beginnt im Straßenbild eine zunehmende Rolle zu spielen und die Schichten mit Zugang zum Dollarsektor heben sich auch optisch deutlich ab von denjenigen, die sich mit nationaler Währung einkleiden müssen.

Dies hat Folgen für die Massenkultur auf der Insel. Die traditionelle »neue Trova«, der Gesang eines Barden zur Gitarre, die die

11 Da es sich um einen Bereich handelt, der in den Randzonen der Legalität liegt, ist es schwierig, zuverlässige Zahlen zu bekommen. Die Schätzungen der verschiedenen Untersuchungen schwanken dementsprechend stark: Stellen einige Autoren den Schichten der Bevölkerung mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 200 Pesos eine Schicht gegenüber, die bis zu 2000 Pesos verdient, gehen andere Autoren von einer wesentlich breiteren Einkommensspanne aus.

nachrevolutionäre Gesellschaft selbstreflexiv, kritisch, affirmativ oder lyrisch begleitet hat, kämpft ein Rückzugsgefecht. In ihrer traditionellen Form hat sie ebenso stark an Raum wie an politischem Inhalt und politischer Bedeutung verloren. Viele der Texte der jüngeren *trovadores* zeichnen sich durch melancholische Selbstreflexion oder das Lob der Geliebten aus, sie haben sich auf private Themen zurückgezogen und führen ein Nischendasein. Außer in den Konzerten älterer *trovadores* wie Frank Delgado und Pedro Luis Ferrer, die unverändert kritische Texte singen oder bei den alten Aufnahmen des National-*trovador* Silvio Rodriguez findet man wenige explizit politische Texte oder gar Protestgesang. Zur Entpolitisierung trägt der Markt seinen Teil bei. Verpöpfung ist eine wirksame Strategie, auf die gesellschaftliche Nachfrage zu antworten und zugleich die politische Brisanz von Kulturprodukten zu entschärfen: ein Mechanismus, der im Fall der von Polito Ibañez und Buena Fé zu Kommerzialisierung und Neutralisierung des kritischen Potenzials geführt hat. Beides sind aus der Trova stammende Künstler bzw. Gruppierungen, die mit stark politischen Alben begonnen haben, in denen sie die vom Staat ignorierte Marginalität aufgriffen, die täglichen Kargheiten beschrieben und die Forderung nach einem »Eckchen zum Leben« (Habana Abierta) dagegen stellten.

An den Rändern der gesellschaftlich vorgesehenen Räume entstehen neue, in der kubanischen Gesellschaft bislang (weitgehend) unbekannte, Bewegungen, wie die Rocker und die Rapper, in geringerem Maße auch eine Szene, die elektronische Musik produziert und konsumiert. Diese bringen jeweils eine eigene Kultur mit sich, die sich im Kampf zwischen gesellschaftlicher Anerkennung und der Suche nach Konflikt und Eigenständigkeit bewegt, immer wieder Zensur und Repression ausgesetzt ist, aber zunehmend an Raum und Akzeptanz gewinnt.¹²

12 Die Frage nach gesellschaftlicher Anerkennung ist in der kubanischen Gesellschaft insofern wichtig, als jenseits der offiziell vorge-sehene Räume für kulturelle Produktion quasi keine Möglichkeiten bestehen, Projekte zu entwickeln und zumindest einer kleinen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Eine Subkultur ist damit praktisch inexistent.

Bewegung an den Rändern der Stagnation

Sofern man in Kuba von einer gesamtgesellschaftlichen Stimmung sprechen kann, was aufgrund der Gleichzeitigkeit sich grundsätzlich ausschließender Wirklichkeitswahrnehmungen schwierig ist, überwiegt in der Gesellschaft der Eindruck der Stagnation, der Müdigkeit vom täglichen »Kampf«, wie der Alltag von vielen Kubanern genannt wird – ein Eindruck, der mit der Angst vor dem ungewissen Verlauf der Transformation und der Überzeugung von der individuellen Machtlosigkeit diesen Prozessen gegenüber bei einem großen Teil der Gesellschaft zu Passivität und Rückzug ins Private führt. Man tut, was die Staatsorganisationen erwarten, aber nichts darüber hinaus. Und da diese auch mittlerweile weniger Ideen- als hauptsächlich Verhaltenspolizei sind – es geht nicht mehr wie in den 60er und 70er Jahren darum, ob der einzelne *wirklich* die Staatsideologie teilt, solange er ihr nicht zuwiderhandelt –, funktioniert diese Haltung. Es gibt aber neben der breiten politisch passiven Schicht der Bevölkerung auf der einen Seite und jenen, die sich ungebrochen der Aufrechterhaltung der Staatsinstitutionen widmen und ihre Losungen glauben, auf der anderen, zwei Gruppen, die sich von diesem Schema abheben: die einen, die sich in die aktive Phase des »nationalen Traums« begeben und ihr Denken und Handeln auf die Vorbe-

reitung ihrer Ausreise konzentrieren, und dann die anderen: einige schmale Reformbewegungen im Bereich der Kultur wie in der akademischen Welt, die innerhalb oder außerhalb der offiziellen Institutionen an einer Veränderung des gegenwärtigen Zustands mitwirken wollen.

Symptomatisch für die momentane Situation ist die Entdeckung der Kultur für Aktivitäten sowohl der schüchternen Protestbewegungen, die als Rocker, Rapper und Religiöse Praktiken entwickeln und sich der normierenden Allgegenwart des Staates zu entziehen versuchen, als auch der offiziellen Institutionen. Vor der unleugbaren Gewalt der ökonomischen Veränderungen konzentrieren sich Staats- wie Reformkräfte auf die Kulturarbeit und den Kampf um Konzepte und Begriffe. Bei den Ökonomen geht es dabei um die Neukonzipierung eines Sozialismus, der Elemente des kapitalistischen Marktes enthält. Es wird gesagt, die Gleichsetzung des Konzepts Markt mit Kapitalismus sei ein irriges Erbe des Kalten Krieges, zu dem die Vereinten Nationen mit ihrer Unterscheidung zwischen zentral geplanten und marktwirtschaftlichen Systemen entscheidend beigetragen hätten. Markt in seiner eigentlichen Bedeutung sei nichts weiter als »die Gesamtheit der institutionalisierten Mittel und Methoden, die zur Verteilung und dem Einsatz bestimmter Ressourcen dienen«, heißt es z. B. in einem Text des kubanischen Ökonomen Julio Diaz Vazquez. Er fügt jedoch dieser Definition, in der jeder Unterschied zwischen Plan und Markt verschwindet, noch einige Unterscheidungsmerkmale hinzu. Der Markt soll nicht, wie es faktisch in Kuba geschehen ist, als ein »notwendiges Übel« und eine aufgezwungene, den sozialistischen Produktionsverhältnissen äußerliche Erscheinung beurteilt werden, sondern als Teil der sozialistischen Ökonomie. Es sei ein Fehler gewesen, den Sozialismus als »die erste warenlose Gesellschaft« zu betrachten. Er sei »im besten Falle die letzte der Warengesellschaften«, schreiben drei kubanische Wirtschaftswissenschaftler¹³ und zielen damit in die gleiche realistische Richtung wie die Reformprozesse des Devisensektors: Seit Kuba auf ein erfolgreiches Konkurrieren mit dem Weltmarkt angewiesen ist, kann man an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät »sozialistisches Marketing« lernen. An den Fakultäten wird den Studenten nun erklärt, dass Effizienz eine wesentlich sozialistische Tugend sei. Die Erfordernisse des kapitalistischen Weltmarktes werden so zu integralen Bestandteilen des Sozialismus umgebogen, was die fortschreitende Ausrichtung der kubanischen Wirtschaft auf internationale Wettbewerbsfähigkeit jedoch nicht kaschieren kann. Zugleich betonen die Reformökonomien entgegen der liberalen Theorie die Wichtigkeit der institutionellen Einbettung des Marktes und seiner politischen Kontrolle. Denn in Kuba soll ein »Markt im Sozialismus« bestehen: kleine Inseln kapitalistischer Praxis, die die Überlebensfähigkeit des Projekts garantieren – möglichst ohne weitere Veränderungen zu erfordern.

»Ökonomismus« ist unter kubanischen Intellektuellen zu einem vielverwendeten Schimpfwort geworden: Bis zu Autoren, die die einfache These aufstellen, dass die Senkung des Lebensstandards entscheidend zur Unzufriedenheit der Bevölkerung beitragen würde, verteidigen sie sich vorsorglich gegen den Vorwurf, sie würden den

13 Carranza/Gutierrez/ Monreal: Cuba – La reestructuración de la economía – una propuesta para el debate, Havanna 1995, S. 14.

14 Im Gegensatz zu der Verfassung von 1992, die Kuba zwar im ersten Artikel als sozialistischen Staat charakterisiert, weiter aber nicht viel Emphase darauf verwendet, enthält die durch das Referendum geänderte Fassung einen Passus, der mit einem expliziten Hinweis auf den »heroischen Widerstand« Kubas gegen die Vereinigten Staaten unterstreicht, dass die Insel somit ihre Fähigkeit erwiesen habe, eine »vollständig neue und gerechte« Gesellschaftsordnung aufzubauen, weshalb der Sozialismus und das politische System »unwiderkürlich« seien und Kuba niemals zum Kapitalismus zurückkehren werde.

15 Der »sozialistische Charakter der Revolution« wurde von Fidel Castro erst 1961 erklärt: nach dem Beginn des Embargos, nach dem sich abzeichnenden Scheitern der Industrialisierungspolitik und nach dem Angebot der Sowjetunion, Kuba ökonomisch und politisch weitgehend zu unterstützen. Man erzählt, dass die Fidel-Anhänger damals mit dem Satz »Si Fidel es comunista, que me pongan en la lista« davon überzeugt wurden, die Partei beizutreten: Wenn das Castro-Programm Kommunismus hieß, dann war die Bevölkerung bereit, dieses zu unterstützen.

Zustand der Gesellschaft aus der Ökonomie ableiten. Darin ist sicherlich einerseits die Reaktion auf den jahrzehntlang vorherrschenden mechanistischen Sowjetmarxismus mit seinem schematischen Basis-Überbau-Modell zu sehen, andererseits aber der Rückzug auf den Bereich der Kultur angesichts der Aussichtslosigkeit der ökonomischen Situation, die eine Rekapitalisierung verlangt und zugleich die weitgehende Unmöglichkeit, diese Prozesse klar zu benennen.¹⁴

Eine Reise ins Ungewisse

Wo also befindet sich das kubanische Gesellschaftssystem, das inzwischen eher ein »sozialer Realismus« als ein Realsozialismus ist – eine Transitions-gesellschaft, die keinem definierten Gesellschaftsmodell entspricht und die in ihrer gegenwärtigen Form aus den pragmatischen Anpassungen an die Zwänge hervorgeht, die der kapitalistische Weltmarkt für die Produktion diktiert, und wo minimale soziale Garantien und vor allem die politische Macht aufrechterhalten werden –, eine Situation, die in Kuba Anlass zu vielfältigen Wortspielen bietet? Wie kann man erklären, dass das kubanische System, wenn auch mit weitreichenden Veränderungen, 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Realsozialismus weiterbesteht? Kann man Kuba tatsächlich nur als Überbleibsel dieses Blocks begreifen und daraus folgern, dass die Insel wohl die gleiche Entwicklung ereilen wird? Oder gar Hoffnung daraus schöpfen, dass »Kuba zeigt, dass eine andere Welt möglich ist«?

Bei den häufig angestregten Vergleichen der kubanischen Transformationsprozesse mit dem Ende des osteuropäischen Realsozialismus wird zumeist vergessen, dass die kubanische Revolution weit mehr, als sich durch ihre realsozialistischen Züge auszeichnen, die Kuba im Laufe seiner Kooperation mit dem Ostblock übernahm, die Züge einer nationalen Befreiung mit stark equitativen Elementen trug. Nicht ein festes politisches Programm stand im Mittelpunkt der Revolution, sondern die Befreiung von dem Diktator Fulgencio Batista und den Agraroligarchien, die Kubas Reichtümer in Kooperation mit internationalen Großunternehmen wie der *United Fruit Company* ins Ausland schafften und selbst gut dabei lebten, und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der unteren Schichten.¹⁵ Die kubanische Bevölkerung hat diese Revolution unterstützt; das Bewusstsein der Verknüpfung des historischen »Werks« Fidel Castros mit der nationalen Unabhängigkeit ist nicht nur weiterhin stark, sondern wird seit der Krise und der plötzlichen weltpolitischen Isolation Kubas von der Regierung bewusst gefördert.¹⁶

Kuba war eben nicht nur ein bloßer Satellit des osteuropäischen Sozialismus, sondern ein Produkt von Prozessen, die eng mit der Überwindung des neokolonialen Status der fünfziger Jahre und der Konsolidierung als »Nation« zusammenhingen. Nach dem Ende der sowjetischen Subventionierung bleibt als Kern der kubanischen Politik ein starker Staat, in dessen Zentrum die Partei und die Person Castros stehen, der mit harten Repressionsmaßnahmen die Integrität seiner Macht und Dominanz behauptet, eine, trotz der fortbestehenden Behinderungen durch die staatliche Bürokratie, zunehmend kapitalistisch agierende Gruppe von Staatsunternehmen, die die De-

viseneinnahmen und somit die Reproduktion des kubanischen Systems gewährleisten, und eine politisch weitgehend passive Bevölkerung, die sich staatskonform verhält, sich ökonomisch zunehmend ausdifferenziert und ihre lebensnotwendigen Sondereinkünfte durch Diebstahl und illegale Geschäfte sichert. Das Ganze entwickelt sich im Zusammenhang mit einer aggressiven Sanktionspolitik der Vereinigten Staaten, die sowohl die ökonomische Situation verschlechtert als auch die für die Flüchtlinge oft lebensgefährliche, illegale Migration anstachelt und als Vehikel des kubanischen Nationalismus wie zur Rechtfertigung aller Arten von Repressionsmaßnahmen dient. Zwischen diesen Polen bewegt sich, auch wenn es manchmal anders scheint, die lange grüne Echse Kuba in unbe-rechenbarem Tempo in Richtung einer noch ungewissen Zukunft.

16 So wurde in der Verfassungsreform von 1992 die Rolle des Nationalhelden José Martí hervorgehoben, die Parole »Vaterland oder Tod« ersetzt fast durchgängig die Parole »Sozialismus oder Tod«, und die Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit durch den US-amerikanischen Nachbarn wird in keiner politischen Stellungnahme zu erwähnen vergessen.

JOCHEN WEICHOLD

Die Grünen – Aufbruch in die Anpassung

Die Europa-Wahl 1979 endete in der BRD mit einem Paukenschlag: Auf Anhieb errang die *Sonstige Politische Vereinigung (SPV) – Die Grünen*,¹ zu der sich verschiedene grüne, bunte, alternative und ähnliche Gruppierungen² zusammengeschlossen hatten, 3,2 Prozent der Zweitstimmen. Weit mehr als ein Achtungserfolg. Das Wahlergebnis gab jenen Kräften in den neuen sozialen und politischen Bewegungen Auftrieb, die schon länger mit dem Gedanken an die Gründung einer eigenen politischen Partei gespielt hatten.³

Am 13. Januar 1980 gründeten diese Aktivisten in Karlsruhe die Bundespartei *Die Grünen*. Im Vor- und Nachfeld konstituierten sich die Landesverbände der neuen Partei. Dabei bildeten die regionalen Gliederungen der *SPV – Die Grünen* den Grundstock. Die neue Partei schillerte wahrlich in allen Farbtönen des politischen Regenbogens: Da schlossen sich die *Grüne Aktion Zukunft* des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, die rein ökologisch orientierte *Grüne Liste Umweltschutz*, die sich wie ein Chamäleon in ihrer langen politischen Geschichte immer wieder wandelnde *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)*, die *Aktion 3. Weg (A3W)*, die rechtsradikale *Volksbewegung für Vernunft und Verantwortung (VVV)*, Teile der von radikalen linken Kräften dominierten Hamburger Bunten Liste und ähnliche Gruppierungen, Kräfte aus der autonomen Frauenbewegung und aus Dritte-Welt-Gruppen, verschiedene Bürgerinitiativen sowie Mitglieder aus dem zerfasernden linksradikalen Lager (namentlich aus dem *Kommunistischen Bund* und dem *Kommunistischen Bund Westdeutschlands*) zusammen.

Schon der Versuch, eine Wahlplattform oder gar ein Wahlprogramm zu formulieren, musste die gegensätzlichen politischen Standpunkte aufeinanderprallen lassen. Dennoch gelang es bereits im ersten halben Jahr des Bestehens der *Grünen*, derartig wichtige Dokumente zu verabschieden. Verbindend war das Projekt eines ökologischen Umbaus der Gesellschaft, um die Menschheit vor dem ökologischen Suizid zu retten. In diesem Sinne traten *Die Grünen* für ein Wirtschaftssystem ein, das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und zukünftiger Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit natürlichen Reichtümern orientiert, und postulierten ihre Gegnerschaft zu den so genannten Industriegesellschaften in West und Ost: »Sowohl aus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in staats- und privatkapitalistischen Monopolen gehen jene

Jochen Weichold –
Jg. 1948; Dr. sc. phil.,
Politikwissenschaftler,
Bereichsleiter in der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Letzte Veröffentlichung
in UTOPIE kreativ:
Umweltpolitik in den Zeiten
des Neoliberalismus (Heft
164, Juni 2004)

1 Der Name dieser Wahlallianz spielte darauf an, dass die Massenmedien in den Wahlstatistiken zumeist nur die Ergebnisse der etablierten Parteien CDU, CSU, SPD und FDP auswiesen, die Resultate der kleineren Parteien nur summiert in der Rubrik »sonstige politische Vereinigungen«.

2 Seit Mitte der 70er Jahre traten in der BRD vielfältige grüne, bunte und alternative Listen und ähnliche Vereinigungen zu politischen Wah-

ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht.«⁴ Und *Die Grünen* gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, »dass der Ausbeutung der Natur und des Menschen durch den Menschen entgegengetreten werden muss, um der akuten und ersten Bedrohung des Lebens zu begegnen«⁵.

Die Grünen traten mit dem Anspruch an, radikal anders zu sein als die etablierten Parteien. Bewusst definierten sie sich quer zum politischen Parteienspektrum: »Wir sind weder rechts noch links, sondern vorn!« Ihr Wertesystem gossen *Die Grünen* programmatisch in die vier Grundsätze »ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei«.⁶ Als »Anti-Parteien-Partei« setzten sie auf die Trennung von Amt und Mandat, auf die Quotierung zwischen Frauen und Männern bei der Besetzung von Funktionen, auf das Rotationsprinzip, auf das imperative Mandat und auf andere basisdemokratische Elemente, Maßnahmen, mit denen sie die Herausbildung von Oligarchien verhindern wollten.⁷ »Lange blieb umstritten«, erinnert sich Hubert Kleinert, einer der langjährigen Mitstreiter Joschka Fischers, »ob die konventionelle politische Organisationsform einer Partei überhaupt der richtige Weg sei.«⁸

Im Zusammenhang mit den Diskussionen zur Programmatik der Partei, zur prinzipiellen Bestimmung ihres Verhältnisses zum Faschismus und zur aktiven Beteiligung der *Grünen* an der Friedensbewegung in der BRD vollzog sich ein Differenzierungs- und zugleich Konsolidierungsprozess, in dessen Verlauf Wortführer konservativer Kräfte wie Herbert Gruhl und der Öko-Bauer Baldur Springmann *Die Grünen* verließen und im März 1982 eine eigene Partei gründeten – die politisch rechtslastige *Ökologisch-Demokratische Partei* (ÖDP).

Der Beschluss der Dortmunder Bundesversammlung der *Grünen* vom Juni 1980, sich an der Bundestagswahl im Herbst des gleichen Jahres zu beteiligen, brachte noch nicht den erhofften Erfolg: Mit nur 1,5 Prozent der Wählerstimmen blieb den *Grünen* die Tür des Bundestages verschlossen. Erst das wachsende Engagement der Partei in der Friedensbewegung, das Aufgreifen brennender sozialer Fragen, wie es sich vor allem im »Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau« vom Januar 1983 niederschlug, und die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen in der BRD, insbesondere die Ablösung der SPD-FDP-Regierung durch eine CDU/CSU-FDP-Koalition im Herbst 1982, brachte den *Grünen* die für den Einzug in den Bundestag notwendige breitere Wählerbasis. Mit 5,6 Prozent gelang ihnen bei der Bundestagswahl im März 1983 mit der charismatischen Petra Kelly als Frontfrau der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde in den Bundestag.

In zum Teil scharfer Konfrontation mit dem sozial-konservativen »Wende«-Kurs der CDU/CSU-FDP-Regierung entwickelte die grüne Partei in den folgenden Jahren ihre Politik und Programmatik weiter. Das im September 1986 angenommene Programm »Umbau der Industriegesellschaft« griff in weit stärkerem Maße als frühere Dokumente der Partei Belange der arbeitenden Menschen auf. In ihm erteilte die Parteimehrheit fundamentaloppositionellen Konzeptionen eines »Ausstiegs aus der Industriegesellschaft« eine klare Ab-

len auf den verschiedenen Ebenen an, so die *Bunte Liste* (BuLi) in Hamburg, die *Grüne Liste Umweltschutz* (GLU) in Niedersachsen, die *Grüne/Alternative Liste* (GAL) in Münster oder die *Grüne Aktion Zukunft* (GAZ) in Hessen.

3 Vgl. zu dieser und den folgenden Passagen: Jochen Weichold: Regenbogen, Igel, Sonnenblume. Ökologische Bewegungen und grüne Parteien, Berlin 1993, S. 15 ff.

4 *Die Grünen: Das Bundesprogramm*, Bonn (1980), S. 5.

5 Ebenda, S. 4.

6 Ebenda.

7 Trotzdem wurden *Die Grünen* im Laufe der Jahre eine Partei mit etablierter Führungsschicht, die das Rotationsprinzip erfolgreich durch die Quer-Rotation konterkarierte. Vgl. Jürgen Dittberner: Die deutschen Parteien: Defizite und Reformideen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, Bonn 2004, S. 13.

8 Hubert Kleinert: Die Grünen in Deutschland, in: *Die Grünen in Europa. Ein Handbuch*, Hrsg.: Heinrich Böll-Stiftung, Münster 2004, S. 59.

9 Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg (26.-28. September 1986), Bonn 1986, S. 9.

10 Ebenda, S. 109.

11 Ebenda, S. 11.

12 Ebenda.

sage und erklärte, einen Prozess einleiten zu wollen, »der die industriekapitalistische Wirtschaftsweise schrittweise überwindet«⁹. *Die Grünen* strebten an, die Macht der multinationalen Konzerne zu brechen, und forderten »Schritte in Richtung ›Demokratisierung und Dezentralisierung‹ multinationaler Unternehmen.«¹⁰ Konzerne (Produktions- und Vertriebskonzerne, Großbanken) seien »so weit wie möglich in überschaubare und kontrollierbare Bereiche zu entflechten«.¹¹ *Die Grünen* wollten Produktionsmittel und Banken in »neue gesellschaftliche Formen des Eigentums« überführen, wobei sie diese Eigentumsformen nicht konkretisierten, sondern nur negativ definierten: »Die bekannten Formen der Verstaatlichung lehnen wir ab, da sie keine basisdemokratische Kontrolle ermöglichen.«¹² Insgesamt machte das Umbauprogramm deutlich, dass sich *Die Grünen* seit ihrer Konstituierung von einer vorrangig von ökologischen Motiven ausgehenden politischen Bewegung zu einer radikal-demokratischen Partei entwickelten, die in einer ganzen Reihe von Fragen als linkes Druckpotenzial auf die SPD wirkte.

Trotz der immer wieder mit großer Heftigkeit ausgetragenen Flügelkämpfe, in denen sich die fortbestehende innere politische Differenziertheit der Partei entlud, gelang es den *Grünen* bei der Bundestagswahl 1987, die Anzahl ihrer Mandate von 28 auf 44 zu erhöhen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre konnten sie in fast alle Länderparlamente der BRD und in eine Vielzahl von Kreis- und Kommunalvertretungen insgesamt weit über 3000 Abgeordnete entsenden. Bei der Europa-Wahl 1984 errangen *Die Grünen* mit 8,2 Prozent der Wählerstimmen sieben Mandate, die sie bei der Wahl zum Europa-Parlament 1989 mit 8,4 Prozent der Stimmen verteidigen konnten. Dabei erzielten *Die Grünen* – wie auch bei Landtags- und Bundestagswahlen – ihre besten Ergebnisse in Großstädten und in Universitäts- und Hochschulorten, die einen vergleichsweise hohen Anteil von Akademikern und Angestellten und der lernenden und studierenden Jugend aufwiesen, sowie in Gebieten mit akuten Umweltproblemen.

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 erlitten *Die Grünen* allerdings eine schwere Wahlniederlage. Mit 4,8 Prozent der Stimmen scheiterte die Öko-Partei auf dem westlichen Wahlgebiet knapp an der Fünf-Prozent-Hürde (nur zwei ostdeutsche Grüne gelangten im Bündnis mit Bürgerrechtsbewegungen ins Parlament). *Die Grünen* hatten das alles beherrschende Thema deutsche Einheit unterschätzt und statt dessen die drohende Klimakatastrophe zum Hauptthema erkoren. Als in den Tagen vor der Wahl feststand, dass sich gegen den Einheits-Kanzler Helmut Kohl keine rot-grüne Mehrheit durchsetzen ließ, schwenkten 600 000 potenzielle Grün-Wähler ins SPD-Lager, und 270 000 blieben der Wahlurne fern.

Die Wahlniederlage ereignete sich vor dem Hintergrund eines Paradigmen-Wechsels in der Weltpolitik: Der Ost-West-Gegensatz schwand mit dem Zusammenbruch des so genannten real existierenden Sozialismus im Osten Europas, die Welt geriet unter die Dominanz der verbliebenen Supermacht USA. Die Rahmenbedingungen für grüne Politik veränderten sich entscheidend, warfen neue Fragen auf, auf die auch *Die Grünen* (noch) keine Antworten hatten. Dies

belebte die innerparteilichen Debatten über die zukünftige Entwicklungsrichtung der Organisation: reformökologisch-bürgerrechtlich oder linksökologisch-antikapitalistisch? Joschka Fischer, damals hessischer Umweltminister, erklärte: »Wir stehen jetzt vor der Herausforderung einer nachsozialistischen Linken, die allerdings radikal mit den alten Vorurteilen und Illusionen aufräumen muss: Unverzichtbarkeit der Menschen- und Freiheitsrechte, ökologische Verantwortung und der uralte Traum von sozialer Gerechtigkeit stehen auf dem Programm.«¹³

Im Kontext dieser Debatten verließen die als *Ökologische Linke* firmierenden Radikalökologinnen und -ökologen, Ökosozialistinnen und -sozialisten, Feministinnen und Ökoanarchistinnen und Anarchisten 1990 und 1991 *Die Grünen*, weil nach ihrer Auffassung die Partei »den Parlamentsbetrieb mit einem weiteren etablierten Exemplar angereichert und sich dadurch überflüssig gemacht« hatte.¹⁴ Ein Teil dieser Kräfte um Jutta Ditfurth gründete 1991 die *Ökologische Linke* (ÖkoLi) als neue Partei, die jedoch in der Folgezeit bedeutungslos blieb. Der Bundespartei *Die Grünen* ging jedoch mit der Abspaltung der *Ökologischen Linken* ein linkes Korrektiv verloren. Damit rückte das politisch gemäßigte *Linke Forum* automatisch an den linken Rand der Partei, und seine auf Integration der verschiedenen Strömungen gerichteten Vorschläge gerieten unter einen stärkeren Druck der Parteirechten. Neumünster bedeutete eine Richtungsentscheidung für die grüne Partei: gegen eine linksökologisch-antikapitalistische und für eine reformökologisch-bürgerrechtliche Organisation. Damit war ein Abgleiten der Gesamtpartei in Richtung der Mitte des politischen Parteienspektrums in Deutschland vorprogrammiert.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der *Grünen* in Neumünster im Frühjahr 1991 schlossen Vertreter des so genannten realpolitischen Flügels und des *Linken Forums* eine Art Burgfrieden, mit dem die Flügelkämpfe, die ein Jahrzehnt lang das Bild der *Grünen* in der Öffentlichkeit geprägt hatten, beigelegt wurden. Die Meinungsunterschiede blieben zwar in vielen Fragen bestehen, wurden aber moderater ausgetragen. Damit und mit der Vereinigung mit dem ostdeutschen *Bündnis 90* Mitte Mai 1993 auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Leipzig wurde der Grundstein gelegt für den erneuten Einzug als gesamtdeutsche Partei in den Bundestag.¹⁵ Bei der Bundestagswahl 1994 erzielten *Bündnis 90/Die Grünen* 7,3 Prozent der Stimmen und 49 Mandate, nachdem sie kurz zuvor bei der Europa-Wahl bereits 10,1 Prozent der Stimmen und 12 Mandate gewinnen konnten.

Nachdem sich die ersten rot-grünen Koalitionen auf Landesebene Ende der 80er Jahre als relativ kurzlebig erwiesen hatten (Hessen 1985-1987, Westberlin 1989-1990), zeigten die seit Anfang der 90er Jahre gebildeten Landesregierungen aus SPD und Grünen eine deutlich höhere Stabilität und konnten zum Teil auch in der nachfolgenden Legislaturperiode fortgesetzt werden (Niedersachsen 1990-1994, Hessen 1991-1999, Bremen 1991-1995, Sachsen-Anhalt 1994-1998, Nordrhein-Westfalen seit 1995, Schleswig-Holstein seit 1996, Hamburg 1997-2001, Berlin 2001). Insbesondere in Hessen konnte sich dabei die rot-grüne Koalition auf einen relativ kräftigen kommunalen Unterbau mit teilweise jahrelanger Regierungserfahrung in Städten und Kreisen stützen.

13 Joschka Fischer: »Aus dem tiefen Loch heraus« (Interview), in: *Der Spiegel*, Hamburg 1991, Nr. 3, S. 41.

14 Wir verlassen die Grüne Partei (Austrittserklärung), in: konkret, Hamburg 1990, Nr. 5, S. 22.

15 Von 1990 bis 1994 war nur die ostdeutsche Listenverbindung *Bündnis 90/Grüne* im Bundestag vertreten.

16 Vgl. Lilian Klotzsch, Richard Stöss: Die Grünen, in: Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Hrsg.: Richard Stöss, Opladen 1984, S. 1582.

17 Vgl. Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim, Bonn 1989, S. 158.

18 Vgl. Oskar Niedermayer: Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2002, Heft 2, S. 435; Internet-Präsentation der Grünen (<http://www.gruene.de/>).

19 Vgl. Markus Klein, Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen, München 2003, S. 219.

20 Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 24./25. 11. 2001.

21 Vgl. Der Spiegel, Hamburg 2004, Nr. 34, S. 17. Im Jahr 2002 lag das mittlere Einkommen bei den Grün-Wählern zwischen monatlich 1 750 und 2000 €, bei den FDP-Wählern lediglich zwischen 1.500 und 1 750 €.

22 Vgl. Oskar Niedermayer: Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung, a.a.O., S. 435; Internet-Präsentation der Grünen (<http://www.gruene.de/>).

23 Markus Klein, Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen, a. a. O., S. 216.

Zählten *Die Grünen* Ende 1982 rund 22 000 Mitglieder,¹⁶ waren es nach einer relativ kontinuierlichen Entwicklung im Dezember 1988 rund 40 000 Mitglieder.¹⁷ Gab es nach der verlorenen Bundestagswahl 1990 zunächst von 1990 bis 1992 einen Rückgang in der Mitgliederentwicklung von 41 316 auf 36 320, stieg die Mitgliederzahl dann bis 1998 auf 51 812 an.¹⁸

Viel gravierender waren aber die Veränderungen in der Struktur der Mitglieder und der Wählerschaft. In den 90er Jahren fand ein gewaltiger personeller Umschlag in der Partei statt. Viele Mitglieder aus den Anfangsjahren kehrten ihr enttäuscht den Rücken. Weit mehr als die Hälfte der heutigen Mitglieder trat erst nach 1990 in die Partei ein und brachte neue Wertorientierungen und Lebenserfahrungen mit, die zum Teil auch neoliberalen Ideen einen Nährboden bieten.

Auf vergleichbare Entwicklungen in der Wählerschaft der *Grünen* weisen die Wahlforscher Jürgen W. Falter und Markus Klein hin: Die Wähler der *Grünen* hätten sich in der bundesdeutschen Gesellschaft erfolgreich etabliert und gehörten mittlerweile in der Tendenz eher zu den arrivierten Bevölkerungsschichten. Auf ihre politischen Einstellungen und Ziele habe dies einen eher mäßigenden Einfluss ausgeübt.¹⁹ Mit den Worten von forsa-Chef Manfred Güllner ist der Anteil der »Werte-Grünen« oder »Körnerfresser«, die ihren Lebensstil seit 20 Jahren nicht geändert haben, an der Anhängerschaft der *Grünen* stetig geschrumpft, derjenige der »etablierten« Grünen, die beispielsweise die Anwaltspraxis ihres Vaters übernommen haben, hingegen deutlich gestiegen.²⁰ Nach den unlängst veröffentlichten Ergebnissen einer repräsentativen Erhebung unter Wählern von *Grünen* und FDP müssen die Liberalen gar den einst selbst gewählten Titel »Partei der Besserverdienenden« an *Die Grünen* abtreten.²¹

Während *Die Grünen* in den 90er Jahren bis weit in die zweite Hälfte hinein Wahlsieg um Wahlsieg an ihre Fahnen heften konnten, büßten sie von Anfang 1998 bis zum Frühjahr 2002 bei allen Wahlen auf Landes- und Bundesebene Stimmen ein, eine Entwicklung, die mit dem Mitgliederrückgang seit Ende der 90er Jahre korrespondierte (2000: 47 500 Mitglieder²²). Diese Entwicklung fiel zwar nicht direkt mit dem Eintritt der *Grünen* in die Bundesregierung nach der Bundestagswahl 1998 zusammen, bei der die Partei 6,7 Prozent der Stimmen und 47 Mandate erzielte. Sie wurde aber doch in der Folge wesentlich davon beeinflusst.

Der über mehrere Jahre anhaltende Negativ-Trend der *Grünen* hatte sicherlich mehrere Ursachen. *Zum einen* hatten *Die Grünen* ihre Positionen auf wesentlichen Politikfeldern insbesondere seit dem Magdeburger Parteitag, auf dem das Programm zur Bundestagswahl 1998 beschlossen wurde, bis zur Unkenntlichkeit verändert (Außenpolitik, Atompolitik, zum Teil neoliberale Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik). Wie Falter und Klein konstatieren, verabschiedeten sich *Die Grünen* im Laufe ihrer Regierungszugehörigkeit »von vielen Forderungen, die früher den Kernbestand ihrer Identität ausmachten«²³.

Zum anderen hatten sowohl Mitglieder und Stammwähler der *Grünen* als auch Verbände und Initiativen aus den außerparlamentarischen Bewegungen teilweise weit überzogene Erwartungen an den

Regierungseintritt der *Grünen* geknüpft. Die Realität grüner Regierungsbeteiligung führte zu einer tiefen Enttäuschung der Aktivisten der außerparlamentarischen Bewegungen, die sie auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck brachten.²⁴ Im Gegenzug verloren *Die Grünen* zum großen Teil den Kontakt zu den sozialen Bewegungen.

Schließlich gab es ein ungenügendes Politik- und Kommunikationsmanagement der grünen Parteiführung sowohl mit der Mitgliedschaft als auch mit der Wählerschaft.²⁵ Anstatt deutlich zu machen, dass der grüne Juniorpartner gezwungen war, schmerzhaft Kompromisse einzugehen, Konsens zu suchen mit einer Bevölkerungsmehrheit, und nicht in der Lage war, Vorstellungen der Verbände und Initiativen der außerparlamentarischen Bewegungen eins zu eins umzusetzen, wurde versucht, derartige Kompromisse als grüne Politik zu verkaufen. Die Folge war ein Verlust an Glaubwürdigkeit, der letztlich auch jene Wähler abschreckte, die vor 1998 grün als Modefarbe gewählt hatten.

Im März 2002 nahmen *Die Grünen* ein neues Grundsatzprogramm an, das das Saarbrücker Programm von 1980 ablöste und zugleich einen Weg nachvollzog, den die Schrägstrich-Partei in der politischen Praxis längst gegangen war. Zu Beginn des Diskussionsprozesses hatte die Grundsatzprogramm-Kommission der Partei mit Thesen aufgewartet, in denen der Wandlungsprozess der Partei binnen zweier Jahrzehnte umrissen wurde. Die Kommission konstatierte, nicht nur die Welt um die Partei herum, auch *Die Grünen* selbst hätten sich verändert und müssten sich darüber Rechenschaft geben.

Bei der Gründung hätten sich *Die Grünen* gegenüber der etablierten Politik radikal anders gefühlt und seien es auch gewesen. Nach über zwanzig Jahren seien sie aber nicht mehr *die* Alternative zum Parteiensystem, sondern *eine* Alternative in ihm. Die entscheidende Veränderung sei gewesen, dass sich *Die Grünen* »zu einer Reformpartei entwickelten und entwickeln mussten, um erfolgreich zu bleiben«.²⁶ Nach und nach sei die Unbedingtheit einzelner Ziele in eine reformerische Schritt-für-Schritt-Strategie verwandelt worden.

Die Partei habe sich in mancherlei Hinsicht verändert. So habe sie in den 80er Jahren das Prinzip der Gewaltfreiheit mit der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols verbunden. Anti-parlamentarische Töne der frühen Zeit oder die Abwertung des Parlaments zum bloßen »Spielbein« seien zugunsten einer Balance zwischen parlamentarischer und direkter Demokratie aufgegeben worden. Ein »einseitiger Etatismus« sei zugunsten der Stärkung des Prinzips gesellschaftlicher Selbsttätigkeit überwunden worden. Schließlich hätten *Die Grünen* gelernt, dass ökologische Wahrheit »stets auch sozial und politisch buchstabiert werden« müsse.²⁷

Im beschlossenen Grundsatzprogramm-Text wurde betont, die Mitglieder der grünen Partei verbinde nicht eine Ideologie, sondern ein Kreis von *Grundwerten*. Während die Gründergeneration der *Grünen* 1980 die sie einigenden Grundwerte in der Formel »ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei« zum Ausdruck brachte, setzte das Grundsatzprogramm von 2002 auf den Wertekanon *Ökologie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit* und *Demokratie*. Mit glei-

24 Vgl. Joachim Raschke: *Die Zukunft der Grünen. »So kann man nicht regieren«*, Frankfurt am Main 2001, S. 141 und 290.

25 Vgl. ebenda, S. 141.

26 Grüne Grundwerte und grünes Selbstverständnis – fünf Thesen. Bündnis 90/ Die Grünen, 16. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, Stuttgart, 9. - 11. März 2001, (Antrag) G 01, S. 2.

27 Vgl. ebenda, S. 2/3.

cher Intensität würden *Die Grünen* zudem für *Gewaltfreiheit* und *Menschenrechte* als Grundprinzipien eintreten.

Damit galt Gewaltfreiheit nicht mehr – wie im Programm von 1980 – als Grundwert. Immerhin konnte die Parteilinke verhindern, dass der Militäreinsätze legitimierende Begriff der »ultima ratio« in der Präambel verankert wurde. Dennoch war nun das Prinzip der Gewaltfreiheit programmatisch durchlöchert, und *Die Grünen* verabschiedeten sich damit auch programmatisch vom Anspruch, eine pazifistische Partei zu sein. Ein Anspruch, der in der politischen Praxis mit der Zustimmung der *Grünen* zu den Bundeswehreinmärschen im Kosovo und in Afghanistan längst obsolet geworden war.

Im wirtschaftspolitischen Teil des Grundsatzprogramms bekannten sich *Die Grünen* zu einer »ökologischen und sozialen Marktwirtschaft« als Ziel ihrer Wirtschaftspolitik.²⁸ In der sozialen Marktwirtschaft verbinde sich wirtschaftliche Freiheit mit einem sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen. Wettbewerb sei Motor für Wachstum und Wohlstand. Während im Bundesprogramm von 1980 mit dem apokalyptischen Pathos der Gründergeneration grundsätzlich jegliches quantitatives Wirtschaftswachstum abgelehnt wurde,²⁹ erklärten *Die Grünen* nun, nicht mehr allein das Bruttosozialprodukt sei Maßstab des Wohlstands – das Sozialprodukt müsse vielmehr künftig auch ökologische Kosten einschließen.³⁰ Generell las sich das Grundsatzprogramm von 2002 mit seinem unverkennbar neoliberalen Touch wie ein Regierungsprogramm für die nächsten 20 Jahre.

Dennoch kann man Hans-Dieter Schütt zustimmen, der in einem Essay den Wandlungsprozess der *Grünen* resümierte: »Den Weg der Grünen ins Kompatible darf man kritisieren, aber man darf ihn auch sehen als eine Erfahrung mit dem Gesetz des Demokratischen: Man wird verführbar, eigene Positionen anderen Kräften auszusetzen – und verändert sich dabei. Nie nur zum Guten, aber auch nie nur zum Schlechten.«³¹

Bei der Bundestagswahl im September 2002 konnten *Die Grünen* den Negativ-Trend der vorangegangenen vier Jahre stoppen. Sie erzielten 8,6 Prozent der Stimmen und zogen mit 55 Abgeordneten erneut in den Bundestag ein. Die rot-grüne Bundesregierung konnte – basierend auf einer knapper gewordenen parlamentarischen Mehrheit – fortgesetzt werden. Auch aus den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen, Bremen und Bayern 2003 sowie in Hamburg und im Saarland 2004 ging die Ökopartei gestärkt hervor. Das trifft auch auf die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004 zu, bei der *Die Grünen* 11,9 Prozent der Stimmen und 13 Mandate errangen (1999: 6,4 Prozent der Stimmen; 7 Mandate).

Während die SPD seit der Bundestagswahl 2002 einen beispiellosen Niedergang erleben musste, waren *Die Grünen* von der Enttäuschung der Basis also nicht betroffen. Es gelang ihnen zum einen, aus den Fehlern der Legislaturperiode 1998-2002 zu lernen, die »richtigen« (nämlich strategiefähige) Personen an den richtigen Stellen zu platzieren, mit innerparteilichen Strukturreformen (wie der Schaffung eines machtkonzentrierten Parteirates als »Schaltstelle«) Führungsfähigkeit zu entwickeln und durch die Akkumulation von Regierungserfahrung erfolgreich Regieren zu lernen. Zum

28 Vgl. Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2002, S. 43.

29 Vgl. Die Grünen: Das Bundesprogramm, Bonn (1980), S. 7.

30 Vgl. Die Zukunft ist grün, a. a. O., S. 44.

31 Hans-Dieter Schütt: Frieden mit dieser Gesellschaft, in: Neues Deutschland, Berlin, 18. 11. 2002.

32 Vgl. Joachim Raschke: Rot-grüne Zwischenbilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn 2004, Nr. 40, S. 29.

anderen setzte sich der Mitgliederaustausch fort. Über ein Drittel der heutigen Mitglieder stieß erst seit dem Regierungseintritt 1998 zu den *Grünen*, Mitglieder, die wie der überwiegende Teil der Wählerklientel vom Sozialabbau durch die »Agenda 2010« kaum betroffen sind. Mitglieder, die politisch pragmatischer agieren, in die alten Strömungskämpfe der Partei nicht verstrickt sind und damit dazu beitragen, dass die Strömungen »versickern« und *Die Grünen* nach außen ein Bild der Geschlossenheit, ja der Harmonie (wie auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel im Oktober 2004) vermitteln.³²

Insgesamt sind *Die Grünen* bis heute West-Partei geblieben – sowohl hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft als auch hinsichtlich ihrer Wählerklientel. In den neuen Bundesländern konnten *Die Grünen* lange Zeit nicht Fuß fassen, und es schien, als hätten sie den Osten abgeschrieben. Nach wie vor gibt es hier nur annähernd 3 000 Mitglieder (bei insgesamt 43 892 Mitgliedern bundesweit³³).

Doch in jüngster Zeit zeichnet sich ein Wandel ab: Sowohl bei der Bundestagswahl 2002 als auch bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen konnte die Partei ihre Stimmenanteile in Ostdeutschland verbessern und nach einem Jahrzehnt der erzwungenen Abstinenz wieder in den Landtag von Sachsen zurückkehren.³⁴ Sicher ist dieses Comeback auch der gewachsenen Attraktivität der grünen Bundespartei zu verdanken, doch bilden sich langsam in Groß- und Universitätsstädten wie Leipzig, Dresden, Chemnitz und Potsdam, dem Speckgürtel um Berlin oder ökologischen Brennpunkten wie dem 2002 vom Hochwasser gebeutelten Weißeritzkreis jene Milieus heraus, aus denen *Die Grünen* im Westen schon immer ihren Honig gesaugt haben: Milieus, in denen postmaterialistische Wertorientierungen eine wichtige Rolle spielen. Allerdings bewegen sich diese Milieus in den *Grünen*-Hochburgen Ostdeutschlands nach wie vor auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in jenen Westdeutschlands.

Wenn aber in einer forsa-Studie aus dem Jahr 2003 über die »Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Fraktion der *Grünen* im Abgeordnetenhaus von Berlin« festgestellt wurde, dass es in der Wählerschaft von *Grünen* und PDS in der Hauptstadt ein nicht unerhebliches Überschneidungspotenzial (insbesondere bei den Jungwählerinnen und Jungwählern) gibt, postmaterialistische Wertorientierungen bei PDS-Anhängern einen hohen Stellenwert einnehmen³⁵ und PDS-Anhänger geneigt sind, grün zu wählen, oder bereits grün gewählt haben,³⁶ dann entsteht im Osten eine Konkurrenzsituation, auf die die PDS – zumindest in den Großstädten und im Speckgürtel von Berlin – eine Antwort finden muss.

33 Stand: 31. 12. 2002. Vgl. Der Fischer Weltatlas nach 2005. Zahlen Daten Fakten, Frankfurt am Main 2004, S. 112. – Nach Angaben von Hubert Kleinert haben *Die Grünen* inzwischen die Grenze von 50 000 Mitgliedern bundesweit wieder überschritten. Vgl. Hubert Kleinert: *Die Grünen in Deutschland*, a. a. O., S. 76.

34 In Sachsen konnten *Die Grünen* in den Altersgruppen bis 45 Jahre überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen und in diesen Altersgruppen besonders bei Frauen punkten. Vor allem in den Altersgruppen 18 bis unter 25 und 25 bis unter 35 Jahren gaben Frauen nahezu doppelt so häufig den *Grünen* ihre Stimme wie die sächsischen Wähler insgesamt. Vgl. www.statistik.sachsen.de/wahlen-LT/lw04 (Stand: 11. 11. 2004).

35 Nach der forsa-Studie sind 41 % der PDS-Anhänger dem Typ des »Postmaterialisten«, 45 % einem Misch-Typ und nur 14 % dem Typ des »Materialisten« zuzurechnen. Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff: Vermerk: Schlussfolgerungen aus der forsa-Umfrage zu den *Grünen* (Typoskript), Fürstenberg, 27./28. September 2003, S. 9.

36 Vgl. ebenda, S. 1/2.

MARIO KESSLER

Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident?

Im Rückblick stellte sich Jürgen Kuczynski 1996 die Frage nach der Schuld und Mitverantwortung für ein Gesellschaftssystem, von dem sich die Menschen immer mehr abgewandt hatten und suchte sie in dialektischer Weise zu beantworten. Man müsse, schrieb er, »unterscheiden zwischen menschlichem Versagen und historischem Versagen. Wenn Kant meint, der gute Wille sei entscheidend, so hat er vielleicht (?) recht, wenn wir den menschlichen Charakter beurteilen wollen. Aber der Mensch hat, meine ich, auch seinen historischen Charakter. Und da habe ich, haben so viele meiner Freunde versagt. Nicht Harich und Havemann, auch wohl ich nicht 1957/58, aber auch ich, wenn man die ganze Geschichte der DDR und meine Aktivität verfolgt. In der Geschichte zählt nicht der gute Wille, nicht das ehrliche Bemühen, sondern nur der Erfolg. Und da habe ich eben völlig versagt. Es kommt doch eben darauf an, die Welt zu verändern, nicht sie durch ein gutes Beispiel ein wenig erträglicher zu machen.« Er, Kuczynski, habe den Staatssozialismus verteidigt, doch tausend Dinge an ihm kritisiert, statt es, wie es nötig gewesen sei, umgekehrt zu halten.¹

In einem langen Leben und einem gewaltigen Werk sah Jürgen Kuczynski Wissenschaft, politisches Engagement und politische Publizistik stets als untrennbare Einheit. Seit seinem Eintritt in die KPD am symbolträchtigen 14. Juli 1930, dem Jahrestag des Bastille-Sturms, verstand er sich als in der und durch die Partei wirksamer Intellektueller. »Niemals, nicht einen Tag, nicht eine Minute habe ich den Eintritt in die Partei bereut. Die Idee schon, daß dies je hätte der Fall sein können, scheint mir, während ich das schreibe, undenkbar und unsinnig«, so Kuczynski 1973. »Aus der Partei auszutreten hätte mir geschienen, wie aus der Menschheit auszutreten.«² Auch nach dem Ende der DDR blieb Jürgen Kuczynski Mitglied der PDS.

Er hielt sich viel darauf zugute, auch in den Zeiten schwerster Prüfungen nie an der Partei insgesamt gezweifelt zu haben. Daß eine solche Haltung unter selbständig denkenden Menschen eher Kritik als Lob hervorrufen könnte, hat er nie akzeptiert. Wer im Namen des Marxismus mit der Partei brach und daraufhin nach alternativen Konzeptionen des Sozialismus suchte, blieb für Kuczynski bestenfalls ein Mensch außerhalb der marxistischen Linken, schlimmstenfalls war er ein Feind. Nie akzeptierte Kuczynski etwa die Politik der Kommunistischen Partei-Opposition um Heinrich Brandler und August Thalheimer.³ Im November 1930 besuchte er mit einer KPD-Delegation erstmals die Sowjetunion. Dort, so erinnerte er sich

Mario Kessler – Jg. 1955, Dr. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und Privatdozent an der Universität Potsdam.

Jüngste Veröffentlichungen: Exil und Nach-Exil (Hamburg 2002); Arthur Rosenberg (Köln 2003); Ein Funken Hoffnung (Hamburg 2004); Ein Dritter Weg als humane Möglichkeit? (Berlin 2004). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Aufstieg und Fall des Staatssozialismus. Helmut Bocks Dokumentation, Heft 170 (Dezember 2004)

Der Beitrag wurde auf dem Symposium anlässlich des 100. Geburtstages von Jürgen Kuczynski am 16. November 2004 im Magnus-Haus, Berlin, gehalten, das vom Kollegium Wissenschaft der Rosa-Luxemburg-Stiftung ausgerichtet worden war.

1973, »strahlte noch der Glanz der zwanziger Jahre, die wundervolle heroische Periode des Kampfes, des Aufbaus und der größten geistigen Bewegung.« Kuczynski berichtete über seine Begegnungen mit sowjetischen Kommunisten, doch schrieb er auch voller Trauer: »Manche von ihnen traf ich nicht wieder: die Regierungsmethoden Stalins raubten sie uns.«⁴ Grundsätzliche Zweifel an der Politik der Sowjetunion löste dies in ihm nicht aus.

Wie passen solche, für ihn typische Äußerungen, zum Signum des *linientreuen Dissidenten*, so der Einfall eines findigen Verlegers, den Kuczynski für eines seiner bekanntesten Bücher sogleich akzeptierte? Die folgenden Bemerkungen suchen anhand seines Verhaltens in einer zugespitzten Situation den *politischen* Platz, nicht die wissenschaftliche Bedeutung eines der herausragenden kommunistischen Intellektuellen innerhalb der Bewegung, für die er wirkte, zu bestimmen.

I.

Als Wirtschaftsredakteur der Roten Fahne (vor 1933) wie als zeitweiliger Politleiter der deutschen KP-Organisation im britischen Exil war Jürgen Kuczynski durchaus im Vorhof der Macht.⁵ Er kannte die gesamte Spitze des deutschen Kommunismus sehr gut, und so rechnete er sich Chancen aus, in einem kommunistischen Nachkriegsdeutschland Wirtschaftsminister zu werden. Doch dies wurde er ebenso wenig, wie es ihm gelang, durch die Präsidentschaft der *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft* eine Schaltstelle zwischen Berlin und Moskau zu kontrollieren. Bereits 1950 wurde er von diesem Posten abberufen, sehr gegen seinen Willen. Wohl mit Recht vermutete er, dem Stalinschen Antisemitismus müsse auch in der DDR ein Zugeständnis gemacht werden: ein Jude könne unmöglich an der Spitze einer Organisation bleiben, die noch nicht zur reinen Dekoration herabgesunken war, wie in späteren Jahren.

Auch Kuczynskis letzter Versuch, *unmittelbar* politisch wirksam zu werden, diesmal im Bereich der Geschichtspolitik, endete erfolglos: 1957 stellte er in der Diskussion über die Ursachen des Ersten Weltkrieges einige in der DDR gängige Klischees in Frage. Ihm wurde parteifeindliches Verhalten vorgeworfen. Nur knapp entging er dem Ausschluß aus der SED.

Da Jürgen Kuczynski sein Verhalten jener Zeit im Rückblick als innerkommunistische Kritik sah, für die er sich nicht zu schämen brauche, seien diese Kontroversen in gebotener Kürze hier in Erinnerung gerufen. Daran anschließend wird Kuczynski zu einem anderen wichtigen kommunistischen Kritiker der damaligen Zustände in Bezug gesetzt: zu seinem Freund Fritz Behrens. Kuczynski und Behrens suchten in unterschiedlicher Weise die damaligen Geschehnisse zu verarbeiten, obgleich beide mit der DDR nicht brechen wollten.

Der XX. Parteitag der KPdSU schien im Jahre 1956 auch in der DDR eine relative Öffnung gegenüber nichtmarxistischen Gedanken einzuleiten. Jürgen Kuczynski reagierte im folgenden Jahr mit einer Reihe von Zeitschriftenaufsätzen sowie dem Buch *Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie* auf die

Jürgen Kuczynski:
1904 Elberfeld - 1997 Berlin. 1922 - 1925 Studium der Finanzwirtschaft, Philosophie und Geschichte in Berlin, Heidelberg und Erlangen. 1925 Dr. phil., anschließend u.a. Studienaufenthalt in den USA. 1930 Eintritt in die KPD; Wirtschaftsredakteur der »Roten Fahne«. 1933 im Widerstand. 1936 - 1945 Exil in London, dort Arbeit für die britische KP und den sowjetischen Geheimdienst. 1944/45 Statistiker in der US-Armee. 1945 Präsident der Zentralverwaltung für Finanzen in der SBZ. 1946 Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der Berliner Universität. 1947 - 1950 Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 1949 - 1953 Präsident des Deutschen Wirtschaftsinstituts. 1949 - 1958 Mitglied der Volkskammer. 1955 Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, dort 1956 Abteilungsleiter und 1960 Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte. 1969 Emeritierung. Mehrere Ehrendoktorate und Mitgliedschaft in wissenschaftlichen Akademien und Gesellschaften.

1 Jürgen Kuczynski: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel, Berlin 1996, S. 81.

2 Jürgen Kuczynski: Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin/Weimar 1973, S. 198.

3 So Jürgen Kuczynski in einem Gespräch mit dem Verfasser am 18. Dezember 1996.

4 Kuczynski, Memoiren, S. 212.

5 Vgl. ausführlich zum folgenden Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln etc. 2001, S. 91-145, sowie die noch unpublizierte Dissertation von Axel Fair-Schulz: *Loyal Subversion? East Germany and its bildungsbürgerlich Marxist Intellectuals*, Ph.D. Thesis, State University of New York at Buffalo 2004.

6 Jürgen Kuczynski: Meinungsstreit, Dogmatismus und »liberale Kritik«, in: *Einheit*, 1957, Nr. 5, S. 602-611.

7 Jürgen Kuczynski: *Sociologičeskíe zakony*, in: *Voprosy filosofii*, 1957, Nr. 5, S. 95-100. In der DDR konnte der Aufsatz 23 Jahre später, nachdem die Kontroversen lange abgeflaut waren, erscheinen. Vgl. Jürgen Kuczynski: *Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften*, Bd. 10, Berlin 1978, S. 224 ff.

8 Jürgen Kuczynski: *Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse*, Berlin 1957, S. 124-126.

9 Brief Ernst Engelbergs an Jürgen Kuczynski vom 8. Januar 1957. Kopie im Besitz des Verfassers.

10 Ausführlich hierzu Mario Keßler: *Exilerfahrung*, S. 131ff.

11 Diese Vorwürfe hatte der damalige ZK-Mitarbeiter Ernst Diehl erhoben. Vgl. die entsprechende Aktennotiz vom 18. März 1957, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/148, Bl. 13.

scheinbar gewandelte politische Großwetterlage. Er stellte einige bis dahin unangreifbare Dogmen in Frage. Er plädierte für eine Öffnung der DDR-Geschichtswissenschaft gegenüber bürgerlich-humanen Auffassungen und forderte eine breitere Aneignung des Erbes der Vergangenheit, wozu er auch Gegner der Arbeiterklasse zählte. »Der schöpferische Geist sucht beharrlich nach Neuem und stellt Fragen... und dabei läßt er sich nicht »zügeln«! – ebensowenig wie ein beschränkter Beamter von Florenz das wissende Lächeln der Mona Lisa oder ein sich allmächtig dünkender Papst den Lauf der Erde und der Sonne »zügeln« konnte... Natürlich kann man die nach Wahrheit Suchenden foltern, ins Gefängnis werfen, morden. Die Geschichte ist reich an solchen Beispielen... Und noch etwas kann man tun: man kann die Jugend so erziehen, daß sie nie das Denken lernt – eine Aufgabe, die sich die Dogmatiker gestellt haben.«⁶

Ähnlich unorthodox war Kuczynskis Auffassung gegenüber einem bisherigen Leitsatz des parteioffiziellen Marxismus: In der Moskauer Zeitschrift *Voprosy filosofii* publizierte er unter dem Titel »Soziologische Gesetze« einen Aufsatz, in dem er die bis dahin als bürgerliche Pseudolehre verdamnte Soziologie für den Diskurs innerhalb der SED zurückgewinnen wollte. Mehr noch: Er vertrat die Ansicht, es gebe spezielle soziologisch-historische Gesetze, die von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des historischen Materialismus zu unterscheiden seien.⁷

Vor allem aber wies Kuczynski in seinem Werk *Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie* auf kleinbürgerliches und nationalistisches Massenbewußtsein unter den europäischen Arbeitern hin. Nicht nur die Spitze der SPD, sondern die Arbeiterklasse sei mehrheitlich anfällig für die Kriegspropaganda der Herrschenden gewesen. Die Marxisten, darunter auch Lenin, hätten dies völlig unterschätzt.⁸ Die parteioffizielle Zurückweisung trug alle Zeichen einer Kampagne gegen Kuczynski. Zahlreiche Historiker der DDR wurden genötigt, gegen ihn Stellung zu nehmen. Walter Markov gelang es, sich diesem Druck zu verweigern. Auch der damals mit Kuczynski selten übereinstimmende Ernst Engelberg beschränkte sich auf eine private Kritik, ohne diese öffentlich zu machen.⁹ Doch die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* war die Jahre 1957 und 1958 angefüllt mit scharfer, teilweise auch unsachlicher Kritik gegen Kuczynski.¹⁰ Nur die Tatsache, daß sich die ihm unterstellten Vorwürfe, er stünde hinter den häretischen Aktivitäten Wolfgang Harichs, nicht bewahrheiteten, verschonte ihn vor möglichen Repressalien.¹¹ Durch flexibles Verhalten konnte er den Parteiausschluß abwenden, der ihn mindestens marginalisiert, wenn nicht gar seine berufliche Existenz vernichtet hätte: Er forderte seine Schüler auf, unbedingt gegen ihn Stellung zu beziehen, damit ihm keine fraktionelle Tätigkeit unterstellt werden könne.¹²

Damit verhielt sich Kuczynski strategisch geschickt. Ernst Bloch beispielsweise verhinderte nicht eine Solidarisierung seiner Leipziger Schüler mit ihm, die gleichfalls gemäßregelt wurden. Dies hatte Entlassungen, Exmatrikulationen, Verhaftungen und die erzwungene Flucht einiger Schüler Blochs in den Westen zur Folge. Bloch lehnte jede öffentliche Selbstkritik ab.¹³ Hingegen übte Kuczynski zwar Selbstkritik, gab jedoch nur Fehler zweitrangiger Natur zu und um-

ging die ihm vorgehaltenen Anwürfe, er sei von den Lehren von Marx, Engels und Lenin abgewichen.¹⁴ Dies blieb in der Parteileitung des Akademie-Instituts für Geschichte, wo er Abteilungsleiter war, nicht unbemerkt. Die Partei erwarte von ihm, daß Kuczynski sich in das Kollektiv wieder einreihe, hieß es in einem entsprechenden Beschluß.¹⁵ Doch diese relativ moderate Stellungnahme ermöglichte Kuczynski den Verbleib in der Wissenschaft. Seinen Sitz in der Volkskammer verlor er jedoch ebenso wie die Mitgliedschaft in der Historikerkommission DDR-UdSSR.

Kuczynski erklärte daraufhin, er wolle sich mit politischen Äußerungen zurückhalten und künftig seine ganze Kraft der vierzigbändigen *Geschichte der Lage der Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus* widmen. »Mit dem letzteren Vorschlag begeisterte ich die Partei, da sie meinte, daß ich auf diesem Gebiet ja ein erprobter, international anerkannter marxistischer Forscher wäre und sie mich, was andere Bücher betreffe, für den Rest meines Lebens los sein würde. Es war das einzige Mal, daß ich die Partei belog, da ich wußte, daß ich das Werk auf Grund der Vorarbeiten ... in 10 bis 12 Jahren schaffen würde.«¹⁶

Durch seine immense Produktivität, durch seine Kompetenz auf so vielen Forschungsfeldern konnte Kuczynski in den folgenden Jahrzehnten aber die (wenngleich begrenzte) öffentliche Meinung in der DDR mitprägen. Diese Einflußnahme war nunmehr mittelbar, da Kuczynski kein politisches Amt, wohl aber wissenschaftliche Funktionen, innehatte. In seinen Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte wie in seinen autobiographischen Schriften wies er immer wieder auf Autoren hin, die in der DDR kaum rezipiert worden waren und porträtierte sie, wenngleich jede offene Konfrontation sorgsam vermeidend, jenseits der manchmal gängigen Pauschalurteile. Seine Studien zur schönen Literatur Deutschlands, Frankreichs und der angelsächsischen Welt nahmen Städte und Landschaften in den Blick, die für DDR-Bürger meist unerreichbar waren.

Ein auch über die Grenzen der DDR hinaus stark beachtetes Buch wurde 1983 Kuczynskis *Dialog mit meinem Urenkel*, das sechs Jahre auf die Druckgenehmigung hatte warten müssen. Offener als jeder andere in der DDR lebende und dort gedruckte Wissenschaftler sprach Kuczynski darin eine Reihe offenkundiger Mißstände der Politik, Wirtschaft und politischen Kultur der DDR an. Den fiktiven Fragen seines Urenkels Robert ausgesetzt, nahm Kuczynski darin auch zur »Stalinzeit« (der Begriff Stalinismus fehlt) Stellung. Im Rückblick sah er sich »voll und ganz (als) ein Kind der Stalinzeit,... gefangen von der bedeutenden Gestalt Stalins«, aber auch in einer »erschreckenden Naivität oftmals bar jeder kritischen Überlegung, wie sie Marx und Engels und Lenin immer geübt haben, sich selbst gegenüber wie gegenüber der Linie der Partei und der Entwicklung der Theorie des Marxismus. In vielerlei Hinsicht glich ich mehr einem Gläubigen als einem Wissenschaftler, ohne mir das je eingestanden zu haben.«¹⁷ Er, Kuczynski, fühlte sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit damals »nicht bedrückt, erst recht nicht unterdrückt«, obgleich sein Urenkel nicht stolz auf Kuczynskis Verhalten sein könne.¹⁸

An seiner Ansicht, nur in einer und durch eine Partei seien politische Veränderungen zu erreichen, hielt Kuczynski auch nach der

12 Vgl. Jürgen Kuczynski: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.

13 Vgl. hierzu zuletzt Gerhard und Ingrid Zwerenz: Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West, Hamburg/Berlin 2004.

14 Jürgen Kuczynski: Forschung mit Kampf verbinden, in: Neues Deutschland vom 12. März 1958, auch abgedruckt bei Jürgen Kuczynski: Frost nach dem Tauwetter, S. 103-106.

15 Diese Stellungnahme befindet sich in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/148, Bl. 148-152.

16 Jürgen Kuczynski: Ein linientreuer Dissident. Memoiren 1945-1989, (Taschenbuchausgabe) Berlin 1994, S. 115.

17 Jürgen Kuczynski: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, 4. Aufl., Berlin/Weimar 1985, S. 77.

18 Ebenda, S. 83.

19 Jürgen Kuczynski:
Fortgesetzter Dialog,
S. 168.

20 Ebenda, S. 230.

21 Ebenda, S. 234.

Weltenwende von 1989 fest. Im *Fortgesetzten Dialog mit meinem Urenkel* wiederholte er, »daß man nur in einer Partei politisch wirklich und täglich aktiv sein kann.«¹⁹ Seine, »aus falscher, aber ehrlicher ›Partreitreue‹ heraus begangenen Fehler seien »zeitbedingt oder, vielleicht richtiger noch, umständebedingt« gewesen. »Die kann man doch nicht ungeschehen machen wollen, ohne die Umstände ungeschehen machen zu wollen. Und das letztere ist Unsinn. Kein einzelner ist verantwortlich für die Zeit, in der er lebt. Oder meinst Du, ich sollte mir wünschen, um eine ganze Reihe Fehler, die ich gemacht habe, zu vermeiden, nicht in die Partei eingetreten oder statt in die sowjetische Besatzungszone in die amerikanische aus dem Exil zurückgekehrt zu sein? Das würde ich mir wahrlich nicht wünschen!«²⁰ Kuczynski legte sich die Frage vor: »Dogmatiker im Denken? Ja, leider oft, wenn auch weniger oft als die meisten unserer Wissenschaftler. Dogmatiker in der Politik? Leider die gleiche Antwort. Dogmatiker den anderen Menschen gegenüber, in der Beurteilung? Ich glaube: Nein, keinesfalls.«²¹

Nicht aus Karrieregründen, sondern weil dies für sein politisches Selbstverständnis undenkbar war, konnte sich Jürgen Kuczynski ein Leben außerhalb der großen kommunistischen »Familie« nicht vorstellen. So wenig manch kritischer Katholik, in dem die Politik des Vatikan und des lokalen Klerus heftigen Widerspruch hervorruft, aus der Kirche austritt, so wenig dachte Kuczynski je daran, mit der Partei zu brechen. Sein Engagement setzte die Bindung an eine politische Instanz voraus. Diese Instanz, die Partei, kann irren, bleibt aber Hüterin jener Theorie, die alle Probleme der Philosophie, der Geschichte, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften prinzipiell zu lösen beansprucht. Diese Theorie nannte sich Marxismus-Leninismus, hatte aber mit dem Denkansatz von Marx und Engels und sogar von Lenin nur wenig zu tun.

II.

Diese Art des Glaubens, dem Kuczynski so stark anhing, sei mit der Haltung seines Freundes Fritz Behrens (1909-1980) verglichen. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler war gleichzeitig mit Kuczynski gemaßregelt und mit ihm zusammen von Kurt Hager auf der Dritten Hochschulkonferenz der SED 1958 angegriffen sowie zum öffentlichen Schulbekenntnis im *Neuen Deutschland* genötigt worden.²² Behrens entstammte einer antistalinistischen sozialistischen Tradition: In der Weimarer Republik war er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und blieb von dieser Tradition auch nach seinem Übertritt zur KPD 1932 geprägt. Er war einer jener marxistischen Intellektuellen, denen eine verinnerlichte Partreitreue, wie sie Kuczynski eigen war, fremd blieb. Sie begriffen den Sozialismus als Projekt, nicht als eine Art »neuer Kirche«, als die Thomas Mann einmal die kommunistische Bewegung bezeichnet hatte. Der so sehr unvollendete Sozialismus der DDR blieb für sie das, was das sozialistische Projekt nach dem Scheitern 1989 auch für Kuczynski wieder wurde, eine, in Ernst Blochs Worten, unabgegoldene Hoffnung.

»Die Utopie ist ein notwendiger Bestandteil der revolutionären Linken und wie die Parteien des real existierenden Sozialismus auf diesen Bestandteil zugunsten eines reinen Positivismus mit einer

22 Fritz Behrens: Meine Konzeption war revisionistisch, in: *Neues Deutschland* vom 4. März 1958.

pragmatischen, nur ihrer Machterhaltung dienenden Praxis verzichteten, so können sie auch nicht mehr zur Linken gerechnet werden.« So schrieb Fritz Behrens in den siebziger Jahren, inmitten einer stagnierenden DDR.²³ Als seine Tochter das Manuskript im Sommer 1989 gegen alle politischen Restriktionen zum Druck bringen wollte, suchte sie Hilfe bei Jürgen Kuczynski. Dieser gab ihr nach einem Monat die Aufzeichnungen zurück. Er habe sie gelesen und sei beeindruckt, beschied er ihr, aber er werde ihr keine Unterstützung gewähren. Er sei nicht bereit, eine Publikation zu fördern, die der SED derart grundsätzlich die Loyalität aufkündigt.²⁴

Im *Dialog mit meinem Urenkel*, seinem mutigsten und stilistisch mit Abstand bestem Buch, hat Kuczynski die Trauerrede abgedruckt, die er 1980 am Grab von Fritz Behrens gehalten hatte. Er rühmte die Begeisterung für die Arbeit und die Sauberkeit der Atmosphäre, die dieser Zeit seines Lebens um sich herum zu verbreiten wußte. »Fritz war ein starker Charakter, der, wie Engels es forderte, rücksichtslos in der Wissenschaft vorgehen konnte. Fritz war ein einfacher Charakter und konnte darum, wie Engels es forderte, unbefangen in der Wissenschaft wirken. Fritz war ein sensibler Mensch, und das war ein Glück für die, die ihn als Mitstreiter umgaben. Aber es war kein Glück für ihn. Wer rücksichtslos und unbefangen, unbeschwert durch Dogmatismus und autorisierte Dikta die wissenschaftliche Wahrheit verfolgt, muß unter den heutigen Umständen auch stark im Nehmen sein. Dazu war er nicht fähig, und darum hing ein Schatten über dem letzten Teil seines Lebens, den zunehmende Krankheit noch verdunkelte. Vielleicht aber war es auch umgekehrt: so, daß zunehmende Krankheit seine Fähigkeit, rüden Angriffen zu widerstehen, schwächte.«²⁵

»Je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter«, hatte Friedrich Engels 1888 geschrieben.²⁶ Es war genau dieses Vorgehen, das notwendig war, um die unabgeleitete Hoffnung in Realität zu verwandeln. In Kuczynskis riesigem Werk findet man eine Fülle von Anregungen, die ein Weiterdenken – gerade auch im Widerspruch zu seinem Verfasser – möglich und notwendig machen. In diesem Sinn war Kuczynski gewiß »ein nützlicher Wissenschaftler« – so sah er sich selbst.²⁷ Er konnte sich zugute halten, ab 1956 manche dogmatische Auffassung überwunden und dies auch öffentlich bezeugt zu haben.

Doch die von Engels eingeforderte Rücksichtslosigkeit und Unbefangenheit des Vorgehens fand bei Kuczynski dort ihre Grenze, wo er die Interessen der Partei gefährdet sah. Es ging ihm um den Sozialismus, nicht um die Befriedigung seines Ehrgeizes mit Hilfe der Partei. Somit war er mehr, sehr viel mehr als der von Schiller in seiner akademischen Antrittsrede 1789 in Jena beschriebene Brotgelehrte: »Jener, dem es bey seinem Fleiß einzig und allein darum zu thun ist, die Bedingungen zu erfüllen, unter denen er zu einem Amte fähig und der Vortheile desselben theilhaftig werden kann, der nur darum die Kräfte seines Geistes in Bewegung setzt, um dadurch seinen sinnlichen Zustand zu verbessern und eine kleinliche Ruhmsucht zu befriedigen ...«²⁸ Kuczynski war, auch als Parteiintellektueller, nicht nur ein »Parteiarbeiter an der historischen Front«.²⁹

23 Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie, hg. von Hannamaria Loschinski u. a., Berlin 1992, S. 253. Der Akademie-Verlag, in dem das Buch erschien, ließ, entgegen der Absicht der Herausgeber, das Fragezeichen im Titel weg. Zu Behrens vgl. Eva Müller u. a. (Hg.): »ich habe einige Dogmen angetastet«. Werk und Wirken von Fritz Behrens, Leipzig 1999.

24 Mündliche Information von Hannamaria Loschinski, der Tochter Fritz Behrens', am 9. November 1996 an den Verfasser.

25 Jürgen Kuczynski: *Dialog mit meinem Urenkel*, S. 128 f.

26 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, Berlin 1962, S. 307.

27 Vgl. hierzu Jürgen Kuczynski, *Kurze Bilanz eines langen Lebens*, Berlin 1991, S. 83.

28 Friedrich Schiller: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Neudruck der Erstausgabe der Jenaer akademischen Antrittsrede Schillers aus dem Jahre 1789, hg. von Bolko Schweinitz u. a., Jena 1982, S. 3.

29 Dies die (zu pauschale) Wertung bei Ilko-Sascha Kowalczuk: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.

Er wurde und blieb ein *kritischer Gläubiger*, aber kein *linientreuer Dissident*, denn dies ist ein Widerspruch in sich. Dabei ist der Begriff des Glaubens durchaus doppeldeutig: Zum einen verweist er auf eine metaphysische Dimension, eine Hoffnung, die in der Realität beschlossen sein mag, aber nicht notwendigerweise eingelöst werden muß. Zum anderen läßt er Rückschlüsse auf Jürgen Kuczynskis Persönlichkeit zu, die zu vielgestaltig war, als daß sie auf rationales Handeln einzuschränken ist.

Wie Kuczynski, mied auch Fritz Behrens, der keiner Linie mehr folgen wollte, den Bruch mit der Partei und damit den Schritt in die Dissidenz. Ob er aber, wie Kuczynski 1996 zu wissen meinte, »den Massen wesentlich ferner« gewesen war als er selbst, soll hier nicht erörtert werden. Jedenfalls war er kein Gläubiger mehr in irgendeinem Sinne. Doch wurde er ein Denker, der, ungeachtet mancher Affinität zu Schopenhauer, das *Prinzip Hoffnung* dennoch nicht durch das *Prinzip Verzweiflung* ersetzen wollte, wiewohl die Hoffnung unter den real existierenden Verhältnissen der DDR und der Sowjetunion immer wieder zuschanden geritten wurde.

»Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?«, hatte Friedrich Schiller 1789 seine Jenaer Antrittsvorlesung überschrieben, »warum studieren wir deutsche Wirtschaftsgeschichte?«, hatte Kuczynski 1946 zu Beginn seiner Lehrtätigkeit seine Berliner Studenten gefragt und ihnen versichert, den Gang der Ereignisse und ihre Zusammenhänge »so objektiv wie möglich darzustellen.« Als Wegweiser durch den Stoff hatte er damals, wenn gleich »mit Bedauern«, indes »nur Sozialisten« anempfohlen.³⁰ Kuczynski sah nicht oder wollte nicht sehen, daß auch der Sozialismus nicht nur auf Vergangenem, Nichtsozialistischem aufbaut, sich nicht nur dieses anverwandelt, sondern es auch als beständige aktuelle Herausforderung braucht – genau wie der Kapitalismus, wohl bei Strafe seiner *Auflösung in Barbarei*, um Kuczynski zu paraphrasieren, einer sozialistischen Herausforderung bedarf, um menschlich zu werden oder zu bleiben.

Georg Lukács, den Kuczynski verehrte und dem er in taktischem Verhalten oft ähnelte, erscheint in Thomas Manns *Zauberberg* in der Gestalt des Naphta: jener hervorragende Geist, der aber eine Autorität sucht und sich danach selbst aufgibt. Nimmt man den gesamten Lebensweg von Lukács, der 1971 starb, wird man wohl doch zu einem milderen Urteil gelangen als Thomas Mann im Jahre 1924, dem Jahr des *Zauberberg*. Auch Kuczynski gab sich niemals selbst auf und vermochte dennoch der Autorität, einmal gefunden, nicht mehr zu entsagen. Wäre nicht auch seine Gestalt ein schriftstellerisches Porträt wert, gewissermaßen ein *Mixtum compositum* von Naphta und Settembrini? In jedem Fall verkörperte er wie nur wenige andere das Dilemma einer Bewegung, deren Ideologie schließlich zur Antithese statt zur Fortentwicklung der marxistischen Sozialtheorie wurde. Jürgen Kuczynski war ein herausragendes Beispiel des kommunistischen Intellektuellen in einer Zeit, in der sich rationale Analyse der Gesellschaft und der Wille zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten einer Glaubenslehre unterordneten.

30 Jürgen Kuczynski: Warum studieren wir deutsche Wirtschaftsgeschichte?, in: Aufbau, 1946, Nr. 4, S. 356-361. Wiederabdruck bei Jürgen Kuczynski: Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946, 2. Aufl., Meisenheim 1948, S. 5-13.

**Über 4.000 wissenschaftliche und journalistische Publikationen.
Wichtigste Publikationen:**

Zurück zu Marx, 1926
 Der Staatshaushalt, 1927
 Organized Labor's Modern Wage Policy, 1927
 Löhne und Konjunktur in Amerika, 1928
 Der Fabrikarbeiter in der amerikanischen Wirtschaft, mit Marguerite Kuczynski, 1930
 Die Lage des deutschen Industrie-Arbeiters, mit Marguerite Kuczynski, 1930
 Warenproduktion und Welthandel in den letzten 100 Jahren, 1935
 Les antécédents d'une révolution, 1936 (Pseudonym Pierre Olivier)
 Hitler and the Empire, 1937 (Pseudonym James Turner)
 Labour Conditions in Western Europe, 1937
 New Fashions in Wage Theory, 1937
 Wohin steuert die deutsche Wirtschaft?, 1937 (Pseudonym Peter Forster)
 Hunger and Work, 1938
 Germany's Economic Position, 1939
 The Conditions of the Workers in Great Britain, Germany, and the Soviet Union, 1939
 Freedom Calling!, 1939
 Allies Inside Germany?, 1942
 The Economics of Barbarism, mit Grete Witt(kowski), 1942
 300 Millions Slaves and Serfs, 1942
 British workers in the War, 1943
 British Trade Unionism, 1943
 Freie Deutsche damals und heute, 1944
 Über die Unpraktischkeit des deutschen Intellektuellen, 1944
 Germany Under Fascism, 1944
 Germany: Economics and Labour Condition Under Fascism, 1945
 Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen, mit Grete Wittkowski, 1947
 Die Bewegung der deutschen Wirtschaft, 1948
 Die Theorie der Lage der Arbeiter, 1948
 Allgemeine Wirtschaftsgeschichte, 1949
 Fortschrittliche Wissenschaft, 1951
 Über einige Probleme des historischen Materialismus, 1956
 Studien zur Geschichte des Kapitalismus, 1957
 René Kuczynski, 1957
 Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, 1957
 Vom Knüppel zur automatischen Fabrik, 1960
 Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850, 1960
 Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, 40 Bände, 1960-1972
 800 Jahre Leipziger Messe, mit Manfred Unger, 1965
 Das große Geschäft, 1967
 So war es wirklich. Ein Rückblick auf 20 Jahre Bundesrepublik, 1969
 Gestalten und Werke, 2 Bände, 1969-1971
 Memoiren, 1973
 Die Muse und der Historiker, 1974
 Vier Revolutionen der Produktivkräfte, 1975
 Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, 10 Bände, 1975-1978
 Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, 6 Bände, 1980-1983
 Probleme der Autobiographie, 1983
 Dialog mit meinem Urenkel, 1983
 Abraham Lincoln, 1985
 Bemühungen um die Soziologie, 1986
 Zur Philosophie des Huhnes, 1988
 1903. Ein normales Jahr im imperialistischen Deutschland, 1988
 Alte Gelehrte, 1988
 Schwierige Jahre – mit einem besseren Ende?, 1990
 Kurze Bilanz eines langen Lebens, 1991
 Probleme der Selbstkritik, 1991
 Ein linientreuer Dissident, 1992
 »Nicht ohne Einfluß«: Macht und Ohnmacht der Intellektuellen, 1993
 Frost nach dem Tauwetter: mein Historikerstreit, 1993
 Ein Leben in der Wissenschaft der DDR, 1994
 Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus?, 1994
 Letzte Gedanken?, 1995
 Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel, 1996
 Was wird aus unserer Welt?, 1997
 Freunde und gute Bekannte?, 1997
 Ein treuer Rebell, 1998

GÜNTER KRÖBER

Jürgen Kuczynski und der Nobelpreis

Im August 1946 veröffentlichte J. K. in der Zeitung »Tägliche Rundschau« einen Artikel mit einer ungewöhnlichen Überschrift: »Jürgen Kuczynski, der Träger eines 3. Novellenpreises, Hochschullehrer und Wirtschaftswissenschaftler von Weltruf, entwirft von sich folgendes Bild.« Da war er 42 Jahre alt. Es ist mir leider nicht gelungen zu erfahren, welches Bild er damals von sich im Einzelnen entworfen hat. Doch immerhin stellt er sich als »Wirtschaftswissenschaftler von Weltruf« vor. Das war er 1946 auch schon wirklich. Bereits 1932 – mit 28 Jahren – hatte er 616 Publikationen zu verzeichnen, darunter 15 Bücher und Broschüren. Das allein schon ist in der Regel ein Lebenswerk für einen Wissenschaftler.

Was aber ist der »Träger eines Novellenpreises«? Gab es 1946 oder davor einen Preis für besonders gute Novellen, die einer geschrieben hatte? Oder war mit Novelle ein Nachtragsgesetz gemeint, die Neufassung eines Gesetzes? Aber was sollte dann ein Novellenpreis sein?

Wie gesagt: Ich kenne den Inhalt dieses Artikels nicht. Aber vielleicht ist der auch gar nicht so wichtig. Vielleicht kam es wirklich und vor allem auf die Überschrift an, auf J. K. »als Wirtschaftswissenschaftler von Weltruf« und »Novellenpreisträger«, was sprachlich ja so nahe bei »Nobelpreisträger« liegt. Hat J. K. etwa schon 1946 heimlich davon geträumt, den Nobelpreis zugesprochen zu bekommen? Könnten wir ihn danach befragen, würde er das natürlich entschieden verneinen.

Hätte er ihn denn aber verdient? 1946 vielleicht noch nicht, da gab es den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ja auch noch nicht; der wurde erst 1969 von der Schwedischen Reichsbank gestiftet.

Als erster erhielt ihn Jan Tinbergen, ein Freund von J. K., und vier Jahre später – 1973 – Wassilij Leontief, auch ein Freund von ihm. Und da war noch ein Dritter der großen Wirtschaftswissenschaftler, mit dem J. K. 1945 mehrere Monate im United States Strategic Bombing Survey zusammengearbeitet hatte: John Kenneth Galbraith. Über diese drei – und damit auch über sich – schreibt er 1981 einen Artikel in der »Weltbühne«, in dem er seine Hoffnung zum Ausdruck bringt, daß auch Galbraith bald den Nobelpreis erhalten möge¹. Als ich den Artikel damals las, fragte ich mich: »Und warum eigentlich Kuczynski nicht?« Auf diesen Artikel bin ich dann Ende der 80er Jahre in einem Brief an Prof. Walter Goldberg zurückgekommen, der damals als Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Göteborg tätig war und dem Nobelkomitee angehörte.

Günter Kröber – Jg. 1933, Prof. Dr.; 1952 - 1961 Studium der Mathematik und Philosophie in Jena und Leningrad; 1961 - 1969 am Institut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin; 1970 - 1990 Direktor des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR; seit 1992 im verordneten Altersübergang und Ruhestand; Veröffentlichungen zu erkenntnistheoretischen und methodologischen Problemen der Wissenschaft – insbesondere der Naturwissenschaft – und ihrer Geschichte, laufende Forschungen zu Strukturbildung durch Palindromisierung; zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Abschied oder Abstand von der Wissenschaftsforschung? Reminiszenzen, Heft 89 (März 1998)

Mit Walter Goldberg war ich im Juni 1985 bekannt geworden, als unser Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft gemeinsam mit dem IIASA, dem International Institut for Applied Systems Analysis in Laxenburg bei Wien, eine Konferenz zur Innovationsproblematik in Weimar durchführte. Wir sprachen auch über Jürgen Kuczynski und stimmten in der Einschätzung seiner unikalen wissenschaftlichen Leistung völlig überein. Im März 1986 teilte Goldberg in einem Brief an einen Mitarbeiter unseres Instituts mit, daß in einem Gespräch über Nobelpreiskandidaten in Uppsala auch der Name Kuczynski eine Rolle gespielt habe, die Amerikaner jedoch ihre eigenen Kandidaten favorisiert hätten. In einem Telefongespräch, das ich mit Walter Goldberg im April 1986 geführt habe, bedauerte er, daß Kuczynskis wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftshistorischer Ertrag der letzten Jahre im Westen zu wenig bekannt sei.

An dieses Gespräch schloß sich ein Briefwechsel zwischen Goldberg und mir an, der sich bis Mai 1989 hinzog. Ich sandte ihm auch Arbeiten von und über Kuczynski, die er mit den Worten quittierte: »... ein Wissenschaftler von selten zu findendem Format, ein eigenwilliger Mensch, der einer ungemein schweren Zeit ein unwahrscheinlich reiches Leben abgerungen hat, oft mit List, und ein geradliniger Sozialist, in allen Lagen.« Etwas später, es kann im Herbst 1986 gewesen sein, schrieb Goldberg, er habe gemeinsam mit acht Kollegen der Schwedischen Akademie eine Aktion unternommen, ob man aber etwas erreiche, sei eine offene Frage.

Die Initiative, den Vorschlag im Nominierungskomitee einzureichen, kam also einzig und allein von schwedischen Wissenschaftlern. Ich hielt es lediglich für angebracht, diese Initiative dadurch zu unterstützen, daß ich ihnen entsprechendes Material zukommen ließ.

Im Januar 1987 machte ich Prof. Goldberg den Vorschlag, die ganze Aktion vielleicht auf die 40-bändige Ausgabe der »Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus« zu konzentrieren. Weil doch die Leistungen von J. K. sehr breit streuen, und so wäre ein Fixpunkt gesetzt. Die mehr als 3000 Publikationen, die dann noch blieben, würden von der eigentlichen Begründung nicht wegführen, sondern sie nur noch erfreulich ergänzen. Und ich fragte beim Akademie-Verlag an, ob sie die 40 Bände an die Universität Göteborg senden könnten. Das hat der Verlag denn auch in der Tat gemacht. Walter Goldberg teilte am 27. 3. 1987 mit, die Gesamtausgabe der 40 Bände sei eingetroffen und werde an einem hervorragenden Platz im Lesesaal der Universitätsbibliothek aufgestellt. Er fügte hinzu: »Göteborg ist die größte Industriestadt im Norden. Sie hat eine Universität. Der Charakter der Industrie – hauptsächlich metallverarbeitend – hat Göteborg zu einem Zentrum der Arbeiterklasse werden lassen. Ich finde es besonders sinnvoll und angebracht, daß das Hauptwerk von Jürgen Kuczynski gerade hier aufgestellt wird, von hier aus zugänglich gemacht wird.«

J. K. ist dann zum Vorschlagstermin 31. 1. 1988 wiederum für den Nobelpreis vorgeschlagen gewesen, denn die Vorschläge müssen alljährlich erneuert werden. Aber auch 1988 ging der Nobelpreis bekanntlich nicht an ihn, sondern an den französischen Ökonomen Maurice Allais.

1 Vgl. Jürgen Kuczynski: John Kenneth Galbraith, in: Die Weltbühne. Nr. 42, 1981, S. 1316-1317.

In diesem Jahr fiel mir der Artikel von J. K. über Galbraith in der »Weltbühne« wieder in die Hände, und ich fand, daß die Kombination dieser beiden großen J. K. – Jürgen Kuczynski und John Kenneth Galbraith – vielleicht auch eine ganz entzückende Variante sei und schrieb an Goldberg: »Wie schön wäre es, der Welt wieder einmal zwei Ökonomen präsentieren zu können, die wirklich auch jeder, der in der Materie steckt, tatsächlich kennt.« Walter Goldberg hat sich dazu nicht geäußert, teilte aber am 23. 1. 1989 mit, daß er anlässlich der fälligen Nominierung einen persönlichen Brief an den Vorsitzenden des Komitees für Wirtschaftswissenschaften geschrieben habe, um ihn persönlich auf die Verdienste von Jürgen Kuczynski aufmerksam zu machen. Das Ergebnis ist bekannt: 1989 erhielt den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften der norwegische Ökonom Trygve Haavelmo.

Soweit die Geschichte und die Details der dreimaligen Nominierung von J. K. zum Nobelpreis.

Wie sah J. K. selbst die Sache? Er hat sich dazu vor allem in seinen Tagebuchnotizen der Jahre 1987 bis 1989 geäußert.

Dort heißt es unter dem 18. 4. 1987: »Günter Kröber erzählte mir, daß er im Auftrage der Partei Wissenschaftler in Schweden bearbeitet, damit ich den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalte.«² Diese Aussage ist – ich muß das hier sagen – schlichtweg falsch. Als ich das seinerzeit las, bin ich zu Jürgen gegangen und habe ihn ausgeschimpft, wie er so eine Behauptung in die Welt setzen kann. Er war erschrocken und hat sich dann auch kurz darauf in einem Brief vom 20. 9. 1990 entschuldigt. Wie sich herausstellte, waren die Dinge in Wirklichkeit so gelaufen: Karl-Heinz Röder vom Institut für Staat und Recht unserer Akademie hatte bei einem Besuch in den USA, in Harvard, von amerikanischen Kollegen erfahren, daß in Schweden etwas läuft in Sachen Kuczynski, und hatte das nach seiner Rückkehr der Abteilung Wissenschaften des ZK, also Hannes Hörnig, mitgeteilt. Der hat dann mit J. K. darüber gesprochen, so daß dieser glauben mußte, die eigentliche Initiative für seine Nominierung sei von der Abteilung Wissenschaften ausgegangen, was in Wirklichkeit nicht stimmte und unsinnig war. Jürgen hatte damals gleich an Hannes Hörnig geschrieben, daß er die Sache für aussichtslos halte und man lieber versuchen sollte, den Nobelpreis für Literatur für Stephan Hermlin zu erlangen. Doch hatte die Abteilung Wissenschaften weder auf das eine noch auf das andere irgendeinen Einfluß.

Aussichtslos war das Unterfangen ja in der Tat gewesen, wie sich herausgestellt hat. Aber geträumt hat J. K. nachweislich doch von dem Preis, und er hat sich auch dazu geäußert, was er damit anstellen könnte. Ich habe sechs solcher Träume bei ihm gefunden.

1. Am 12. 4. 1987 schreibt er in sein Tagebuch: »Wenn ich heute den Nobelpreis hätte, könnte ich natürlich noch viel stärker bei uns für die Gorbatschow-Linie der Wiedererweckung des Geistes Lenins in Hinsicht auf Offenheit, Vertrauen zum Volk, Kritik eintreten.«³

2. Am 20. 6. 1987 bemerkte er, daß in einer Situation allgemeiner Mittelmäßigkeit, wie sie seinerzeit seiner Meinung nach in der DDR herrschte, »ein Nobelpreis für mich ein Schlag für viele oben und in der Mitte und darum nützlich« sei. Und er fügte hinzu: »Ihn erhalten

2 Jürgen Kuczynski:
Schwierige Jahre. Tage-
buchblätter 1987 - 1989,
Tacheles-Verlag Berlin 1990,
S. 37-38.

3 Ebenda, S. 38.

ein Drittel mit vollem Recht, ein Drittel mit vollem Unrecht aus politischen Gründen und ein Drittel nicht völlig unverdient. Zu letzteren würde ich mich rechnen.«⁴

3. Erika Behm, seiner langjährigen treuen Assistentin gegenüber äußerte er sich am 24. 7. 1988, daß wenn er den Nobelpreis erhalte, »wir unsere Streikuntersuchungen in den USA und in Neuseeland (mit einem kurzen Aufenthalt in Australien, wo ich Känguruhs sehen will) fortsetzen werden.«⁵

4. Am 4. 9. 1988 notierte er: »Wenn ich den Nobelpreis gewinnen sollte, würde ich sofort eine Stiftung von 100 000 DM für ein jährliches Stipendium für das Institut machen.«⁶

5. Und am 19. 11. 1988 heißt es: »Wenn ich den Nobelpreis gewonnen und so genügend Devisen hätte, würde ich meine Parteimitgliedschaft auf die DKP übertragen lassen.«⁷ Ein Eintrag, den der »Tagesspiegel« seinerzeit mit der dümmlichen Anmerkung kommentierte: »Auf seine Weise träumt in dieser kleinen, engen Welt (der DDR – G. K.) aber auch der Wissenschaftler Kuczynski von einem besseren Leben.«⁸

6. Ja, und dann war da noch jener Traum, über den er uns am 20. 8. 1989 berichtet: »Hatte einen Traum, der mir viel Freude machte: Die Amerikaner hatten ihren Widerstand aufgegeben, und ich hatte den Nobelpreis bekommen. Das wurde am Abend bekannt. Gleich morgens kam jemand mit einem Glückwunsch von Erich. Ich dankte ihm höflich, wie es sich gehört, aber bat ihn, Erich zu sagen, er möchte den Glückwunsch nicht wie üblich im ND veröffentlichen lassen; ich würde ihm gleich schreiben, warum. Darauf diktierte ich folgenden Brief:

»Sehr geehrter Genosse Generalsekretär Erich Honecker:

Ich danke Ihnen sehr oftmals für Ihre freundlichen Glückwünsche. Aber ich muß mir noch überlegen, ob ich den Preis annehmen soll. Die Folge einer Annahme wäre nämlich das übliche Hochloben des Genossen J. K. einerseits und Selbstzufriedenheit der Parteiführung mit ihrer Wissenschaftspolitik andererseits. Zur Selbstzufriedenheit aber liegt nicht der mindeste Grund vor, da unsere Wissenschaftspolitik so viele Fehler gemacht hat und noch macht...

Ich werde Ihnen meinen endgültigen Entscheid über Annahme oder Ablehnung übermorgen zukommen lassen.«

Der Eintrag endet mit der Bemerkung: »Nachdem ich aufgewacht war, lag ich noch gegen alle sonstige Gewohnheit eine Viertelstunde voll nachdenklicher Freude im Bett. Aber dann sagte ich mir, wie es stets mein Vater bei solchen Träumen tat: »So gut ist der liebe Gott nun wieder nicht.«⁹

Ich hatte erwähnt, daß J. K. selbst der Meinung war, daß er den Nobelpreis »nicht völlig unverdient« erhalten hätte. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß er ihn völlig verdient hätte. In meinem 2. Nachtrag zur Analyse des Publikationsmassivs von J. K. anlässlich seines 90. Geburtstages 1994 konnte ich ihm 4 105 Veröffentlichungen bescheinigen.¹⁰ Darunter ragen besonders die 40 Bände »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus«, 10 Bände »Geschichte der Gesellschaftswissenschaften« und 6 Bände »Geschichte des Alltags des deutschen Volkes« heraus. In der Wissenschaftsmetrie wird die Produktivität eines Wissenschaftlers ge-

4 Ebenda, S. 47.

5 Ebenda. S. 103; siehe auch Eintrag vom 6. 8. 1989 auf S. 165-166.

6 Ebenda, S. 109.

7 Ebenda, S. 123.

8 Beobachtungen am Hofe Erichs, in: Der Tagesspiegel vom 23. 11. 1990, S. 22.

9 Jürgen Kuczynski: Schwierige Jahre, a. a. O., S.167-168.

10 Günter Kröber: Die dritte Wiedergeburt. Die Publikationen des J. K. Eine vornehmlich quantitative Analyse. Zweiter Nachtrag, in: ZeitGenosse Jürgen Kuczynski, Elefant-Press Berlin 1994, S. 23.

11 Vgl.: Ebenda.

12 Vgl. Ebenda,
S. 23-24.

13 Jürgen Kuczynski:
Schwierige Jahre, a. a. O.,
S. 102.

wöhnlich am Wert des Logarithmus der kumulierten Anzahl seiner Publikationen gemessen. Für J. K. betrug dieser zu seinem 90. Geburtstag $\ln N_{\text{kum}} = 8,32^{11}$; es ist nicht ausgeschlossen, daß er bis heute auf 9 gestiegen ist. Das ist einsame Spitze in der Welt! In der Regel ist $\ln N_{\text{kum}} = 5$ eine Art Schwellenwert für einen Sozialwissenschaftler, ab dem er sich auf seinem Gebiet als allgemein akzeptiert und anerkannt betrachten darf. J. K. hatte diesen Wert schon mit 28 Jahren (1932) überschritten.¹²

Er hätte den Preis also durchaus verdient. Doch leider gibt es keinen Nobelpreisträger Jürgen Kuczynski. Doch warum sollte es eigentlich nicht »Jürgen-Kuczynski-Preisträger« geben?

Wenn es schon keinen Nobelpreis für Jürgen Kuczynski gegeben hat und sein Name nicht in den goldenen Annalen dieser Elite steht, so hat er es aber doch wahrlich verdient, durch einen Preis in der Erinnerung der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu bleiben. Auch in dieser Frage hat er sich als Vordenker erwiesen, natürlich nicht in direkter Weise, sondern eher indirekt, wie es seine Art war. Am 17. Juli 1988 schrieb er in sein Tagebuch: »Besprach mit Marguerite ganz offen, daß wir ... einen Preis für gute Editionen beim Akademie-Verlag stiften wollen, der nach ihrem Tode ihren Namen trägt. Zu meiner freudigen Überraschung ist sie ... mit dem letzteren einverstanden.«¹³

Doch bekanntlich ist es zur Stiftung eines solchen Preises nicht gekommen. Aber was nicht ist, kann ja vielleicht noch werden. Wie wäre es, wenn sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung dieses Vorschlags annähme und darüber befände, ob sie nicht einen »Jürgen-Kuczynski-Preis« oder einen »Marguerite-und-Jürgen-Kuczynski-Preis« für Wirtschaftswissenschaften ins Leben rufen könnte?

Es gibt natürlich den »René-Kuczynski-Preis«, der seit 1976 von Jürgen und Marguerite für hervorragende Arbeiten im »Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte« und seit 2004 in Kooperation mit der ITH – der Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen – vergeben wird. Ein »Marguerite-und-Jürgen-Kuczynski-Preis« hingegen dürfte nicht auf Wirtschaftsgeschichte beschränkt bleiben, auch nicht auf einen bestimmten Verlag oder gar ein bestimmtes Publikationsorgan fokussiert sein. Es müßte ein Preis für exzellente Leistungen auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften in der Welt sein, ein Preis, den zu erringen eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler sich als ebenso große Ehre anrechnen würde wie den Erhalt des Nobelpreises. Dies wäre zugleich eine Ehrung für Marguerite und Jürgen Kuczynski, die beider Leben und Leistung in würdiger Erinnerung halten würde und der Rosa-Luxemburg-Stiftung wahrlich gut anstünde.

ROSA LUXEMBURG

Die Russische Revolution 1905

Rede, nach einem Spitzelbericht

Am 22. Januar 1905, einem Sonntag, zogen in Petersburg 140 000 Arbeiter mit einer Bittschrift um die Verbesserung ihrer Lebenslage vor das Winterpalais des Zaren; sie wurden mit Gewehrsalven empfangen, über tausend Tote und zirka fünftausend Verwundete blieben auf dem Platz. Der Blutsonntag leitete die erste bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland ein. Sie wurde von der internationalen Sozialdemokratie begeistert begrüßt und löste auch in Deutschland ein vielfältiges Echo aus. In vielen Städten fanden im Januar und Februar Sympathiekundgebungen – allein in Berlin 21 – für die Revolution in Rußland statt.

Auch in Deutschland brodelte es seit Beginn des Jahres: Im Januar/Februar streikten rund 100 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Textilarbeiter in Sachsen und Thüringen stritten für ihre sozialen Belange. Während es immer wieder zu Protesten gegen das Dreiklassenwahlrecht in Sachsen und Preußen kam, brachte der Senat in der Hamburger Bürgerschaft am 14. Mai eine Vorlage zur Änderung des Wahlgesetzes ein, wonach praktisch das Dreiklassenwahlrecht eingeführt werden sollte. Im September und Oktober griffen die Unternehmer beim Streik in der Berliner Elektroindustrie zur Massenaussperrung.¹

Rosa Luxemburg gehörte zu jenen, die sich sofort den Erfahrungen der Russischen Revolution zuwandten, um sie für die internationale und vor allem für die – damals führende – deutsche Sozialdemokratie fruchtbar zu machen. In der »Neuen Zeit« und in der »Gleichheit«, in der »Leipziger Volkszeitung« und in der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« sowie im »Vorwärts« analysierte sie den neuartigen Charakter der Revolution und die Rolle des politischen Massenstreiks dabei. (Vgl. ihre Aufsätze in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/2, Berlin 1970, und Bd. 2, Berlin 1972).² Zwischen Ende August und Anfang Dezember 1905 sprach sie in öffentlichen sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen, so in Bromberg, Thorn, Posen, Hamburg, Leipzig, Essen und Berlin.

Besonders ging es ihr um die mobilisierende Rolle der politischen Massenstreiks als neue Erfahrung für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die sich bis dahin gerade in Deutschland ganz auf den parlamentarischen Kampf konzentriert hatte. Die Diskussion darüber erhielt in Deutschland neue Nahrung, nachdem Ende Mai 1905 der 5. Kongreß der Gewerkschaften in Köln eine Resolution angenommen hatte, in der der politische Massenstreik als Kampfmittel der Gewerkschaften abgelehnt und gefordert wurde, selbst die

Die polizeiliche Aufzeichnung der Rede Rosa Luxemburgs in: Staatsarchiv Hamburg, Bestand Politische Polizei/ 331-3; V 328: Sozialdemokratischer Verein für den II. Hamburger Wahlkreis, Bd. 8: April 1905 bis September 1906, Bl. 6-28. Die Presseauschnitte zu dieser Rede ebenda.

Für die Entzifferung der handschriftlichen Aufzeichnungen des Polizeiwachmeisters Zufall gebührt der Dank Evamaria Adolphi, Leuna.

**Das Presseecho.
Nach Presseauschnitten
der Politischen Polizei
in Hamburg**

»Hamburger Neueste
Nachrichten«, Nr. 270,
16. November 1905

Redakteur: v. Briesen:

»Rosa Luxemburg in Ham-
burg ...

Der große Saal des Tütge-
schen Etablissements war
am gestrigen Abend bis auf
den letzten Platz gefüllt. Die
unentwegte, von dem
Jenaer Parteitag her jedem
bekannte Vorkämpferin für
den politischen Mas-
senstreik, Frl. Rosa Luxem-
burg, sprach dort vor einem
gewaltigen Auditorium, das
sich nicht nur aus der orga-
nisierten Arbeiterschaft
Hamburgs, sondern, man
könnte fast sagen, der ge-
samten Einwohnerschaft re-
krutierte. Rosa Luxemburg
hat etwas Fascinierendes in
ihrem Wesen, sie verfügt
über eine zündende Bered-
samkeit, sie versteht es, für
jede ihrer Ausführungen
selbst dem nicht sozialisti-
schen Zuhörer das regste
Interesse einzufloßen, und
gerade gestern wurde es
dem rein objektiven Zuhörer
klar, daß es einer Frau wie
ihr gelingen muß, die Arbei-
termassen mit sich fortzu-
reißen.

Für Rosa Luxemburg heißt
es: »biegen oder brechen«,
und das muß imponieren,
selbst ihren zähesten politi-
schen Gegnern. Zunächst
unterzog sie die Hamburger
Verhältnisse einer scharfen
Kritik, wobei sie die Wahl-
rechtsreform als eine uner-
hörte Anmaßung der herr-
schenden Klassen ins Tref-
fen führte. Die Verhältnisse
in der »berühmten Republik
Hamburg« seien schlimmer
als irgendwo anders. Rosa
Luxemburg hält den politi-
schen Massenstreik, der
nicht, wie aus der Partei

*Diskussion darüber in den Gewerkschaften zu unterlassen. Zwischen
Juni und August gab es aus diesem Anlaß Protestversammlungen
zahlreicher Gewerkschafts- und Parteiorganisationen in Berlin, Bre-
men, Frankfurt/Main, Hamburg, Kiel, Köln, Leipzig und an anderen
Orten. Auf dem Parteitag in Jena Mitte September 1905 äußerte sich
August Bebel kritisch zum Kölner Beschluß: Der politische Mas-
senstreik sei nicht nur eine theoretische, sondern auch eine eminent
praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls an-
gewendet werden solle und müsse. Dafür engagierte sich in der Dis-
kussion leidenschaftlich Rosa Luxemburg. (Vgl. in: Rosa Luxemburg,
a. a. O., Bd. 1/2, S. 595-604) Der Parteitag nahm eine insgesamt zu-
stimmende Resolution an.*

*Damit war die Diskussion um den Massenstreik unter deutschen
Sozialdemokraten aber nicht beendet. Anarchosyndikalisten wie
Rafael Friedeberg stritten für den ökonomischen Generalstreik als
die Befreiungswaffe des Proletariats und verwarfen nicht nur den
parlamentarischen, sondern auch den außerparlamentarischen poli-
tischen Kampf; Eduard Bernstein wollte den politischen Massen-
streik nur als politische Demonstration zur Verteidigung bestimmter
politischer Rechte gelten lassen; Karl Frohme von den »Rechten«,
Redakteur des »Hamburger Echos«, mit ihm Adolf von Elm,
Friedrich Lesche u. a. sowie Gewerkschaftsfunktionäre wandten
sich strikt gegen den politischen Massenstreik, weil er die Organi-
sation und die »ruhige Arbeit« der Partei und der Gewerkschaften,
nicht zuletzt finanziell, gefährden würde.*

*In diese Diskussion griff Rosa Luxemburg als Publizistin und als
Rednerin ein. So auch in Hamburg am 14. November. Nach der Rede
baten die Hamburger Genossen sie, eine Schrift über den politischen
Massenstreik zu verfassen. Rosa Luxemburg kam dieser Bitte nach:
1906 erschien ihre Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaf-
ten«. (Vgl. Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2)*

*Auf die Hamburger Rede reagierten Frohme, von Elm und Lesche
– alle drei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Schles-
wig-Holstein – am 23. November mit der Zuschrift »An die Partei-
genossen!«, veröffentlicht im »Hamburger Echo« und in der »Schles-
wig-Holsteinischen Volks-Zeitung«, in der sie Rosa Luxemburg
(»die neue Richtung« in der Partei) unterstellten, sie würde die
Gewerkschaften »herabsetzen«, den parlamentarischen Kampf ab-
lehnen usw. Sie wandten sich gegen die »für die Partei geradezu ver-
derbliche Revolutionsromantik«, die nach ihrer »Überzeugung un-
vereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterbewegung«
sei. Rosa Luxemburg antwortete postwendend am 26. November im
»Vorwärts«, zu dessen Redaktion sie seit dem 31. Oktober gehörte.³
Unter anderem wandte sich der sozialdemokratische Verein in Kiel
mit einer Resolution sehr entschieden gegen die Erklärung der drei
»Antimassenstreikler« (R. L.), die im »Vorwärts« am 10. Dezember
1905 veröffentlicht wurde.⁴*

*Nachdem am 5. Januar 1906 in Hamburg 17 große, von Zehntau-
senden besuchte Demonstrationsversammlungen stattgefunden hat-
ten, kam es hier am 17. Januar zum halbtägigen ersten politischen
Massenstreik in Deutschland, bei dem es um die Abwehr des vom Se-
nat geplanten Wahlrechtsraubes ging. Darüber berichteten am*

18. Januar 1906 die »Leipziger Volkszeitung« und die »Sächsische Arbeiter-Zeitung«: Dazu in einem massenhaft verbreiteten Flugblatt am Vorabend, dem 16. Januar, aufgerufen, verließen während der Arbeitszeit nachmittags die Hafendarbeiter, denen sich Arbeiter anderer Betriebe anschlossen, die Arbeitsstätten und demonstrierten für das allgemeine gleiche Wahlrecht. (Die Wahlrechtsvorlage wurde trotzdem – allerdings um zwei Wochen verschoben – am 31. Januar 1906 von der Mehrheit der Bürgerschaft angenommen.)

Rosa Luxemburg, zu dieser Zeit illegal in Warschau, um direkt an der Revolution teilzunehmen, schrieb im Januar 1906 an Karl und Luise Kautsky: »Hurra Hamburg!! Ich war stolz und glücklich, das zu lesen. Mag es bloß dabei nicht einschlafen. Wahrscheinlich sind die Väter schon dabei zu »löschen«.« (Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 2, Berlin 1982, S. 245)

Ulla Plener

Das Dokument:⁵

Die polizeiliche Aufzeichnung der Rede

Überwachungsbericht des Wachtm. Zufall über die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins f. d. II. Hambg. Wahlkreis, abgehalten am 14. November 1905 im Lokale von Tütge, eröffnet 9 Uhr abends, geschlossen 10.30 abends. Anwesend 2000 Personen, darunter 3-400 Frauen.

Auszug gefertigt (von) Zufall.

Hamburg, den 16. Nov. 1905

Die Versammlung wurde durch den 1. Vors. Hoffmann eröffnet und geleitet.

Hoffmann: Ich habe heute wiederum die traurige Pflicht, das Ableben eines unserer Genossen bekannt zu geben. Es ist Genosse Bahlberg, der unter dem Sozialistengesetz trotz aller Verfolgungen und Chikanen die Fahne des Sozialismus mit hochgehalten hat.

Das Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt.

Punkt 1: Abrechnung

Einnahmen: M 9962,48

Ausgaben: M 5380,87

Punkt 2: Der Generalstreik

Referentin:

Dr. Rosalie Lübeck, geb. Luxemburg,

geb. am 25. 12. 1870 (richtig ist: 5. 3. 1871)

zu Zamost in Russland (richtig ist: Zamość)

Auf Antrag Hoffmann wurde beschlossen, M 3000 an die Parteikasse in Berlin abzuführen.

Referentin Rosa Luxemburg, Berlin-Friedenau:

Werte Anwesende, Genossinnen und Genossen!

Wir finden in der letzten Zeit eine eigenartige Erscheinung in unserem Parteileben, eine Erscheinung, von der man sagen könnte, sie ist über Nacht, ganz plötzlich gekommen. Es ist eine neue Frage in der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft wach geworden, die bis

vorgeschlagen sei, an einem bestimmten Tage, z.B. am nächsten Bußtage, einzusetzen habe, sondern sich auf einem einschneidenden politischen Ereignis aufbauen müßte, für das einzige Mittel gegenüber der in der letzten Zeit mehrfach benutzten Waffe des Kapitals, der Massenaus-sperrung. Packend waren die Schilderungen der Rednerin von den Lohnkämpfen der Textilarbeiter im sächsisch-thüringischen Industriebezirk, ebenso ergreifend die Demonstration der russischen Revolution, die trotz der Zensur und des Verbotes jeglichen Versammlungsrechts mit aller Macht eingesetzt habe. Bei den Schilderungen der Übergriffe des Absolutismus in Rußland wurde die Rednerin von lebhaften Pfui-Rufen mehrfach unterbrochen. In ihren weiteren Ausführungen forderte Rosa Luxemburg, daß die deutsche Sozialdemokratie sich mit aller Macht dagegen zu wehren habe, daß die »hinterpommerschen Grenadiere« die Kosaken in ihren Greuelthaten unterstützten und, wenns sein müßte, ihr Blut hierfür hingäben. Die Sozialdemokratie teile sich bezüglich des politischen Massenstreiks in zwei Lager, die einen plädierten für ihn, an der Spitze Bernstein und Friedeberg, die anderen beschäftigten sich mit der Frage des Generalstreiks. Rosa Luxemburg ist der Ansicht, daß die Ideen beider Kategorien sich auf einem gemeinsamen Fundament aufbauen, mit einem Worte, die gleichen seien, nur nach außen hin eine andere Form annähmen. Die Arbeiterschaft könne beim politischen Massenstreik nichts verlieren als ihre Ketten, gewinnen könne sie sehr viel dabei.«

»Neue Hamburger Zeitung«, Nr. 538, 15. November 1905
Redakteur: Rempel.

Über das »Massenstreikproblem«

... Frau Luxemburg konstatierte zunächst, daß es eine eigentümliche Erscheinung sei, daß man jetzt der Frage des politischen Massenstreiks das lebhafteste Interesse entgegenbringe, während man doch vor einigen Jahren von dem politischen Massenstreik überhaupt nichts wissen wollte. Das jetzige Interesse der deutschen Arbeiterschaft an dieser Frage beweist, daß wir in Deutschland einem Umschwung der politischen Meinung entgegen gehen. Die Massen beginnen zu fühlen, daß uns ernste politische Kämpfe bevorstehen, zu denen die jetzigen Abwehrmittel nicht mehr ausreichen. Es muß deshalb als eine große Unterschätzung betrachtet werden, wenn man glaubt, über derartige Fragen durch die Annahme irgend einer Resolution hinweggehen zu können, wie dies der Gewerkschaftskongreß in Köln getan hat. Das Interesse, welches die Mitglieder der Gewerkschaften dennoch der Frage des politischen Massenstreiks zuwenden, beweist, daß sie weit klüger sind als ihre Führer. Eine Partei von drei Millionen Anhängern lasse sich überhaupt nicht führen wie Schulbuben. Man will der Sozialdemokratie das allgemeine gleiche Wahlrecht entziehen, in Hamburg will man den Anfang machen, man will den Arbeitern die bestehenden politischen Rechte verkürzen. Jedenfalls hat sich die Republik Hamburg vor der ganzen Welt durch den beabsichtigten Wahlrechtsraub als eine Vogelscheuche der Reaktion hingestellt ... Die letzten Ereignisse,

dato durchaus nicht das Interesse der deutschen Sozialdemokraten erregen konnte. Ich meine damit die Frage, die heute von uns behandelt werden soll.

Die Frage des politischen Massenstreiks ist durchaus nicht neu, denn bereits vor 15 Jahren schon war sie ein Gegenstand lebhafter Erörterung auf dem internationalen Sozialistenkongreß. Desgleichen hat man sich in den romanischen Ländern Frankreich, Spanien, Italien usw. vor einem Jahre mit dieser Frage beschäftigt, und zwar außerordentlich lebhaft beschäftigt, ja sogar noch vor wenigen Jahren in Belgien die praktische Lösung dieser Frage erlebt.⁶ Noch vor wenigen Monaten hat man in Deutschland die Beobachtung machen können, daß man die Frage des politischen Massenstreiks als etwas gänzlich Unhaltbares für die deutsche Sozialdemokratie betrachtete, als etwas, was vielleicht in den romanischen Ländern am Platze sei, aber nicht für Deutschland passe. Die Frage wurde als wesenlos betrachtet und behandelt, nicht einmal eine Erörterung dieser Frage, sei es in historischer oder praktischer Hinsicht, sollte geschehen. Erst vor ganz kurzer Zeit beobachtete man ein lebhaftes Interesse für diese Frage bei den klassenbewußten Arbeitern. In Versammlungen, in der Presse fanden Erörterungen statt, ja diese Frage ist zum Teil Gegenstand einer Beschlußfassung in unserer obersten Parteiinstanz geworden. Eine solche Erscheinung, ein solcher plötzlicher Umschwung in der Bewertung, in der politischen Bewertung, in der historischen und praktischen Lösung dieser Frage ist wohl zu beachten.

In Rußland erleben wir augenblicklich eine andere Lösung der Frage des Kampfes. Das Wort Revolution war vor wenigen Jahren in Rußland, noch vor einem Jahre, trotz der dort herrschenden grauenhaften Zustände, genauso ein wesenloses Faktum, wie vor kurzer Zeit in Deutschland das Wort Massenstreik. Trotzdem in Rußland sich die grauenhaften Zustände auf sozialem und politischem Gebiete furchtbar zuspitzten, war das Wort Revolution für unsere Sozialdemokraten, die dazu berufen und gezwungen sind, das Wort zu predigen und in die Massen zu schleudern, unbekannt, ich will sagen ein hohler Ton. Solche Erscheinungen beweisen, daß in den sozialen Verhältnissen selbst ein plötzlicher gewaltiger Umschwung, eine Verschiebung in Klassenverhältnissen, eine Verschiebung der sozialen Gegensätze stattgefunden haben, und das soll man wohl beachten.

Wenn wir heute in Deutschland eine analoge Erscheinung sehen, wie dieselben Massen, die noch vor wenigen Monaten das Wort politischer Massenstreik an sich vorbeiziehen ließen, sich absolut uninteressiert, passiv verhielten, wenn dieselben Massen jetzt mit Feuer und Flamme sich der Lösung dieser Frage zuwenden, ob für oder gegen die Frage ist gleich, das Interesse selbst für die Diskussion, für die Aufklärung des Wesens dieses Problems ist vorhanden. Die Arbeitermassen fühlen instinktiv den Boden unter ihren Füßen wackeln, sie fühlen eine gewaltige Verschiebung mit einem Ruck vor sich, daß wir großen, kolossalen, neuen Kämpfen, gefährlichen Situationen entgegengehen, und sie suchen, nach neuen gewaltigen Mitteln zu tasten und zu greifen.

Wenn man das alles von verschiedenen Gesichtspunkten beobachtet, so wird ein solcher sozialer Beobachter Ihnen sagen, daß es

nichts als eine lächerliche Vertuschung, eine Selbstüberhebung ist, wenn sich Genossen, sogar große Parteigrößen, auf dem letzten Gewerkschaftskongreß in Köln gefunden haben, die glaubten, durch eine Resolution von zehn Zeilen ein solch gewaltiges neues Problem des politischen Lebens hinweg diktieren zu können. Ist es nicht eine klägliche Überschätzung des sog. Teilwillens, des Verfügungsrechts eines Menschen, auch wenn er Sozialdemokrat ist? Also wenn einer glaubt, durch Annahme einer Resolution ein neu auftauchendes Problem hinwegbringen zu können, der irrt sich gewaltig. Durch eine Resolution den Arbeitern zu verbieten, sich mit solch wichtiger Frage zu befassen, die Köpfe einer Dreimillionen-Partei zu verwirren, wenn sie sich mit neuen Problemen beschäftigen, da muß man ein Bedauern für haben. Aber hier hat sich so viel erwiesen, daß die klassenbewußten Arbeiter in ihrem gesunden Instinkt viel sicherer sind als ihre Führer. (Sehr richtig!) Sie wenden sich doch der Aufklärung dieser Frage zu.⁷

Das Interesse an dieser Frage ist nicht durch künstliche Mittel hervorgerufen, und das beweist, wie notwendig es ist, daß in eine Prüfung und Diskussion eingetreten werden muß. Wir haben augenblicklich Erscheinungen in unserem politischen und öffentlichen Leben, daß jeder, der an der Oberfläche des politischen Lebens steht, diese Erscheinungen fühlen muß. Mit Gewalt wird man mit der Nase darauf gestoßen, daß unsere bisherigen Kampfmittel sich als unzulänglich erweisen werden.

Die deutsche Sozialdemokratie steht heute an der Spitze der internationalen Sozialdemokratie, der internationalen Arbeiterbewegung. Sie ist bis jetzt die Schule, das Muster für das Weltproletariat, das sich aus der Sklaverei des Kapitalismus befreien will. Aber täuschen wir uns nicht, die großen Erfolge, die wir erkämpft haben, die Gediegenheit unserer Arbeiter, die Vortrefflichkeit unserer Organisationen, das alles ist groß geworden auf dem Boden des parlamentarischen Kampfes. Ich sage das nicht als Vorwurf Ihnen gegenüber, daß Sie sich in jeder Weise dem historischen Boden anpaßten, auf den Sie gestellt worden sind. Wir haben bis jetzt in Deutschland eine große Periode des Parlamentarismus gehabt, und die Sozialdemokratie hat vor aller Welt gezeigt, was eine klassenbewußte Arbeiterschaft auf dem Boden des Parlamentarismus erreichen und erzielen kann. Aber was erleben wir in den jüngsten Tagen? Wir erleben, daß hier und da gerade der Parlamentarismus der Bourgeoisie unter den Füßen wie eine große dünne Eisschicht zusammenbricht, und das beweist, daß es eine dünne oberflächliche Schicht war. Nach wie vor finden wir die gewaltigen sozialen Kämpfe, wie sie auf der Erde brodeln und lodern.

Ihnen hier in Hamburg der (unleserlich) Bourgeois, der berühmten Republik brauche ich nicht viel darüber zu sagen, was wir heutigen Tages von dem Wert des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten haben. Als ich jüngst über den Vorwärtssturm der Bourgeoisie in dem Geldsack-Parlament der Hamburgischen Republik hörte, da erinnerte ich mich lebhaft an die Worte des großen deutschen Dichters Börne, wie er die Frage stellte: Wie kommt es, liebe Mitbürger usw., in Deutschland leben wir ja in einer ähnlich verkehrten Welt. Auch ein anderer deutscher Patriot, der Dichter Heinrich Heine, hat über

namentlich die Aussperrungen in Deutschland, beweisen, daß es für die Arbeiterschaft Schranken gibt, die nur dann fallen, wenn auch der Kapitalismus fällt. (Beifall) Allem Anscheine nach gehen wir schweren politischen Kämpfen entgegen, von denen die Ereignisse in Rußland nur ein Vorspiel sind. Die Rednerin erklärte sich deshalb »im gegebenen Moment« für die Proklamierung des Massenstreiks. Der gegebene Moment werde schon von selbst kommen. Unsere politische Entwicklung wird sich sicher auch nicht um die Gründe des Genossen Frohme kümmern. Die Rednerin übt nun an den bekannten Ausführungen Frohmes eine äußerst abfällige Kritik. Möge die deutsche Arbeiterschaft von den Brüdern in Rußland lernen, wie die Massen gerne und willig hungern, wenn es gilt, die vorenthaltenen Rechte zu erkämpfen; solche kalten Berechner wie der Genosse Frohme werden so etwas freilich schwer verstehen. In den Gewerkschaften muß die Idee des Klassenkampfes wach gehalten werden; diesen zu schüren, muß die Aufgabe der Führer sein. – Die Versammlung, die von etwa 2 000 Personen besucht war, spendete lebhaften Beifall. Eine Debatte wurde nicht beliebt.

»Frankenblatt«, Nr. 270,
16. November 1905,
Redakteur: Mensch (?)

Reichstagsabgeordneter Karl Frohme, von dem wir kürzlich berichteten, er hätte sich in einem Vortrage, sowohl in Theorie wie in Praxis, in einer Metallarbeiter-Versammlung gegen den Massenstreik erklärt, hat in seiner Genossin, Dr. Rosa Luxemburg, Mitredakteurin am »Vorwärts«, eine prinzipielle Gegnerin gefunden. Gestern Abend hielt der Sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis bei Oskar Springborn eine Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz von Paul Hoffmann ab. Die Referentin, Dr. Rosa Luxemburg, eine kleine resolute Dame, wies zunächst darauf hin, daß der politische Massenstreik, die Vorenthaltung der Arbeitskraft, das Einstellen jeder Tätigkeit als Kampfmittel gegen die Staatsgewalt, schon wiederholt Gegenstand der Beratung auf internationalen Kongressen gewesen sei.

Durch den Parteitag in Jena ist diese viel umstrittene Frage wieder aktuell geworden. In klarer Weise hat der Parteitag zum Massenstreik Stellung genommen; gewisse organisatorische Vorbedingungen, die erfüllt sein müssen, gelten natürlich als Voraussetzung, um das Wagnis zu unternehmen, einen politischen Massenstreik zu proklamieren. Gefährlich ist diese Waffe, ohne genügende Gründe wird nicht zu ihr gegriffen; es muß sich ein Explosivstoff, welcher keine Ventile finde und sich deshalb einen gewaltsamen Ausweg suche, innerhalb der entrechteten Bevölkerung angesammelt haben. An den Machthabern, an den ge-

die verkehrte Welt geschrieben, indem er sagte, heute leben wir in einer Welt, wo Gäule auf Menschen reiten. In Hamburg erleben wir schon die Rückwärts-Revision des Parlamentarismus, und andere Staaten werden nachfolgen; ich erinnere an das demokratische Lübeck. Wir Preußen sind so stolz, das einmal den Hamburgern nachzumachen, wir sind schon längst so weit.

Schon die jüngsten Erscheinungen, die jedem einfachen Beobachter sich gewaltsam aufdrängen, führten uns darauf, daß unsere ganzen Berechnungen und Spekulationen auf den Parlamentarismus einfach auf einem Sandhaufen errichtet sind. Wir haben nicht nur im politischen Leben, sondern auch im sozialökonomischen Leben in den jüngsten Tagen Ereignisse erlebt, die uns darauf hinweisen, daß man geradezu mit Blindheit geschlagen sein muß, um nicht zu fühlen, daß der Boden unter den Füßen nicht mehr feststeht, sondern zu wackeln beginnt. Im Ruhrgebiet und in der Textilindustrie im Vogtland hören die sozialen Kämpfe nicht mehr auf. Wir stehen auf dem Boden des Konflikts, und dieser Konflikt kann nicht durch das Mittel des Parlamentarismus, noch durch die Gewerkschaftskämpfe ausgeglichen werden. Gewaltige Kämpfe im Ruhrgebiet und anderswo werden beginnen, und diese unüberbrückbaren Schranken werden wir durch unsere Organisationen nicht fallen lassen können. Unsere Gewerkschaftsblätter sind es, die ihrer Pflicht folgend in der letzten Zeit die deutsche Arbeiterschaft mit Gewalt aufrütteln, ihnen die neuen Praktiken der Unternehmer betr. der Aussperrungen vor Augen führen. Die Aussperrungen sollen dazu angetan sein, die Gewerkschaften zu sprengen. Die Aussperrung ist ein gewaltiges Mittel, die Gewerkschaften niederzuschlagen, und dieses Mittel wenden die Herren nicht nur im eigenen Hause, sondern auch im Staate an. Da könne es kein anderes Mittel geben, sich gegen diese Herren zu wehren, als sie mitsamt dem Staate und Kapitalismus zum Teufel zu jagen.

Bernstein predigt ja die Tarifverträge. Rednerin erläutert die Tarifverträge in der Textilindustrie und ist auch damit nicht einverstanden. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich nach neuen Kampfsmitteln umsehen und diesen sich zuwenden.

Wir gehen somit zu der Erörterung des politischen Massenstreiks über. Hier wie bei jeder Frage eines neuen Problems ist es wohl wichtig, wenn man sie wissenschaftlich behandelt. Es sind hier in der glorreichen Republik Hamburg ebenfalls schon Vorträge über Massenstreik gehalten worden.

Es sind zwei Strömungen vorhanden: die eine für den Generalstreik (Friedeberg) und die andere Strömung sagt, Generalstreik sei Generalunsinn. Die berufenen Vertreter dieser letzten Auffassung werden Sie wohl auch kennen. Die Strömung für den Generalstreik glaubt, durch ihre Predigten die Arbeiterschaft von der Nützlichkeit und Notwendigkeit des Massenstreiks soweit zu überzeugen, daß die Arbeiterschaft erklärt, am nächsten Bußtag machen wir den Generalstreik und es ist fertig. Die andere Strömung glaubt, wenn sie heute in einer gut besuchten Versammlung erklären, Generalstreik ist Generalunsinn, dann ist die Frage verschwunden. Wieder andere stehen auf demselben Boden, sie sagen, die Beschlußfassung über die Anwendung des Generalstreiks soll von dem freien Willen der

Arbeiterschaft abhängen. Die Breslauer Genossen machten den Vorschlag, am nächsten Bußtag auf die Straße zu gehen. Ob sie da hingehen, hängt von dem Beschluß der betr. Genossen ab, ob aber die Massen wirklich auf die Beine gebracht werden können, das wissen sie nicht. Unsere Grundprinzipien sind historisch abgeleitet, sie müssen heilig gehalten werden, aber unsere Taktik, die lautet, nicht nur danach zu fragen, was wir für gut und nützlich halten.

Der Massenstreik ist eine ebensolche Entwicklung wie der Parlamentarismus. Der Parlamentarismus widersprach erst auch unserem Prinzip. Aber wir stecken unsere Nase in alle Spalten des sozialen Lebens, deshalb sind wir auch ins Parlament eingetreten, und wir sind dadurch zu einer so großen Partei in Deutschland geworden. Wenn der Parlamentarismus uns bis zu einem gewissen Zeitpunkt dazu gedient hat, uns groß und stark zu machen, so versagt er nun immer mehr und mehr, und die historische Entwicklung wird neue Formen schaffen, die darauf gerichtet sind, daß die Massen selbst anfangen werden zu versuchen, direkt mit dem Feinde von Angesicht zu Angesicht zu kämpfen.

Wie Sie merken, ist schon die erste prinzipielle Frage bei dem Massenstreik eine ganz andere, d. h. wenn Sie sich auf den historischen Boden stellen.

Weiter müssen wir einen Blick auf die innere und auswärtige Politik werfen. Das ist eine große Frage, die wir zu berücksichtigen haben, und wir springen vom ersten Augenblick an mit beiden Füßen bei dieser Frage, wie bei allen anderen Fragen des Prinzips und der Taktik, auf den historischen Boden der Entwicklung. Tun wir also einen kurzen Blick auf den Gang der historischen Entwicklung in der letzten Zeit, und zwar die auswärtige Politik, die Weltpolitik.

Rednerin ging zunächst kurz auf den russisch-japanischen Krieg ein. Er sei nur ein Glied in der Kette von den Ereignissen der letzten 10 Jahre. Seit 1895 hätten wir im fernen Osten eine Reihe von blutigen Kriegen erlebt, sie erinnere an den Krieg mit China, wo Deutschland mit dem Stab in der Hand vorausgegangen sei. Seit den 90er Jahren drehe sich das Interesse um den Bosphorus, Konstantinopel, China und Japan. Daß man ja nicht denke, uns in Deutschland gingen diese Dinge vorläufig noch nichts an; der irre sich, denn sie erinnere an die Pachtung in China. Wir seien nicht mehr nur Zuschauer. Aus allen diesen Dingen ergebe sich nichts anderes, als neue Flottenvorlagen, verbunden mit neuen Steuern und Abgaben, eine Mehrbelastung für die Arbeiterklasse. Die wirtschaftlichen Kämpfe würden nicht verringert, sondern vermehrt werden.

Rednerin kommt sodann auf die Revolution in Rußland zu sprechen. Es ist eine ständige und beliebte Redensart, leider Gottes auch in unseren Reihen, Rußland sei der Sarg der Revolution. Die russische Revolution ist als Fleisch von unserem Fleische zu betrachten, und ich vermisse in unserem Parteiverhältnis das Mitfühlen, das Mitdenken. Rednerin geht kurz auf die früheren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands ein und vergleicht die ganze Bewegung immer mit der historischen Entwicklung. Gar mancher Genosse denkt sich, daß die Revolution als Sieger davon geht und, wie wir es in Deutschland erlebt haben, sie sich wie in Deutschland einen bürgerlichen Parlamentarismus schafft, an dem sie wohl teil-

setzgebenden Faktoren liege es, solche Explosionen und damit einen Massenstreik zu verhindern.

Dürfen wir uns, wenn wir in die Zukunft blicken, der Hoffnung hingeben, daß sich alles, auf politischem sowohl wie auf wirtschaftlichem Gebiete, in friedlicher, harmonischer Weise entwickeln wird? Diese Frage müssen wir, und zwar ohne jede Bedenken, mit einem entschiedenen »Nein« beantworten; dazu sind keine Aussichten vorhanden.

Überall im Vaterlande, auch im Auslande, brodelt es wie in einem Hexenkessel. Die Gegensätze zwischen den besitzenden und nichtbesitzenden Klassen, zwischen Reich und Arm, spitzen sich immer mehr zu. In Bezug auf den Parlamentarismus, die Berechtigung der Bevölkerung, an den Wahlen von Abgeordneten zum Reichstag sowohl wie zu den kommunalen Körperschaften teilzunehmen, hat eine gewaltige Verschiebung zu Ungunsten der weniger Bemittelten stattgefunden. Die deutsche Sozialdemokratie steht an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung. Wir haben Siege auf Siege errungen, auch einige Niederlagen erlitten, unsere jetzige Position, die sich immer günstiger gestaltet, ist namentlich auf parlamentarischem Gebiete erkämpft worden. Wir leben in einer verkehrten Welt. (Rufe: Det stimmt!)

Den unteren Bevölkerungsschichten, die von der Hand in den Mund leben, die fortwährend mit Not und Entbehrungen kämpfen, werden die wenigen Rechte, die sie noch als Staatsbürger besitzen, von gewisser Seite immer mehr beschnitten, den oberen Zehntausend, einer verhältnismäßig kleinen Gruppe, werden sie

dagegen in einem immer größeren Umfange zugesprochen. Wohin wir auch blicken, überall macht man krampfhaftige Versuche, den Zensus zu den kommunalen Wahlen zu erhöhen, resp. das Wahlrecht zu verhutzen, um die minderbemittelte Bevölkerung, die alle Werte schaffe, von einer Mitberatung an den städtischen Angelegenheiten auszuschließen. Beweis: die sogenannten freien Städte Lübeck und Hamburg. Ob man darauf abziele, auch das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag abzuschaffen, niemand kann dies mit Bestimmtheit sagen, wir können es aber vermuten. Den erzreaktionären Politikern, die heute die Staatsmaschine bedienen, sei nicht nur dies, sondern noch weit Schlimmeres zuzutrauen. Sollte man wirklich versuchen, das Volk noch mehr zu entrechteten, was dann? Diese Frage sei schwer, sehr schwer zu beantworten. Sollte sich das Volk, ohne zu murren, noch mehr knechten und knebeln, sich das Wahlrecht, das bereits verkümmerte, ganz rauben lassen? Nein und nochmals nein, muß die Antwort lauten. Pflicht aller schwer Bedrückten, der politisch Entrechteten wäre es vielmehr, im äußersten Falle alle Machtmittel anzuwenden, um den Gegner mit vereinten Kräften zurückzudrängen. Ein solches Machtmittel ist der Massenstreik, über dessen Nutzenanwendung die Meinungen, besonders in Parteikreisen, wesentlich von einander abweichen. Auf der einen Seite stehen Bernstein-Friedeberg, die dem Massenstreik, natürlich nur in dringenden Notfällen, das Wort reden, auf der anderen Seite, in der gemäßigeren Gruppe, wird

nehmen, weil sie müssen, ohne zu vergessen, daß damit eine historische Tretmühle geschaffen wird. Nein, in Rußland kommt bereits die politische Freiheit zum Vorschein, allerdings heute oder morgen ist die Revolution noch nicht beendet, sie wird wohl noch recht lange dauern. Sie hat aber schon die Lehre gebracht, in welche Richtung wir gehen müssen, und die russische Revolution hat bereits ihren Feuerschein auf andere Länder geworfen.

Blicken wir zunächst auf Österreich, wie elektrisierend die bloße Kunde von politischen Reformen auf die Österreicher gewirkt hat, wie es dieses morsche alte Gebäude, diese baufällige Baracke des österreichischen Kaisers förmlich erschüttert hat.⁸

Alle diese Momente der künftigen Entwicklung zusammenfassend wird es so kommen, daß wir einer Periode von mehr oder weniger revolutionären Kämpfen entgegengehen, worin die russische Revolution nur ein Prolog sein wird. Wir müssen nach alledem, was uns in den letzten Tagen beschert worden ist, was in der auswärtigen Politik vor sich geht, zu der Erkenntnis gelangen, daß es mit dem alten Schlendrian, mit dem Ruhebedürfnis ein für allemal vorbei ist. Wir gehen einer Zeit entgegen, wo der historische Klepper einmal in einen frischen, fröhlichen Galopp übergeht. Wir sind die letzten, die dabei etwas zu verlieren haben; je frischer der Gang, um so schneller werden wir unser Ziel erreichen. Es bleibt bittere Wahrheit, was Marx und Engels im Jahre 1848 sagten: Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, nur zu gewinnen hat es die ganze Welt.

Ein politischer Beobachter muß sich umschauen, um die kommende Entwicklung kennenzulernen, er muß sie kennen, damit er den Faden in der Hand hat, wonach er sich zu richten hat. In welcher Form, nach welcher Veranlassung der Generalstreik anzuwenden ist, kann man vorher nicht sagen. Ich könnte den Massenstreik als Abwehrmittel gegen die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstag prophezeien. Ich stehe auch hier wieder auf dem historischen Boden, wenn ich sage, die allgemeine revolutionäre Situation kann dazu beitragen, den Generalstreik als Abwehrmittel zu gebrauchen. Ob die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts zu einem solchen Massenstreik Anlaß geben wird, das kann ich nicht, das vermag niemand zu sagen.

Aber auch durch andere Anlässe kann man den Volkszorn hervorrufen. Wenn man, wie in ausländischen Blättern zu lesen ist, von einer gewissen Stelle die Plötzlichkeit bis zu einer solchen Unverantwortlichkeit steigern sollte, das Volk zum Äußersten zu provozieren, indem man hinterpommersche Grenadiere gebraucht, um die russische Revolution niederzuschlagen, dann glaube ich wohl, daß die Genossen mit einem Massenstreik antworten müssen, daß wir unser Blut verspritzen, um unsere russischen und polnischen Brüder zu schützen.

Ich habe diese Beispiele extra angeführt, damit Sie sich klar darüber werden können, in welchem Zusammenhang man den Generalstreik anwenden könnte. Wenn wir immer mehr verschärften politischen Kämpfen entgegengehen, so müssen wir bedenken – ich verweise jetzt wieder nach Rußland –, daß die Industriearbeiter, überhaupt die Arbeiterklasse, bisher in keinem direkten revolutionären Kampf eine Rolle gespielt haben. Wären ein Bernstein und

ein Friedeberg zur rechten Zeit in Rußland gewesen, dann würden die russischen Arbeiter eine andere Rolle spielen. Ich kenne die russischen Parteiverhältnisse sehr genau. Niemals vordem hat man über den Generalstreik diskutiert. Dort existiert kein Koalitionsrecht, kein Streikrecht, und die bewußten Führer der Bewegung haben nie daran gedacht. Wenn wir aber den Massenstreik als ein gewaltiges Kampfmittel in Rußland gesehen und erlebt haben, bringt uns die Situation dazu, daß es eine historische Notwendigkeit war, den Kampf in dieser Form auszufechten. Noch in keiner Revolution war die Arbeiterklasse so ausschlaggebend wie jetzt in Rußland, wo der ganze Handel und die Industrie lahmgelegt werden. Damals in der Revolution (1848) stand das Kleinbürgertum an der Spitze, heute in Rußland steht das Industrieproletariat an der Spitze der Revolution, aus all den Gründen, die ich bereits angeführt habe. Und wenn wir uns auf den Boden der Notwendigkeiten stellen, so haben wir darin ohne weiteres die Antwort auf alles.⁹

Tausend und drei Bedenken bei denjenigen, die heute Gegner des Massenstreiks sind. Sie werden gewiß die Ausführungen des Genossen Frohme im »Hamburger Echo« gelesen haben, sehr schwerwiegende Worte hat der Genosse dort in seinem Referat ausgesprochen. Er sagte, ihr habt drei Millionen Stimmen bei der Reichstagswahl erhalten, aber gehen diese drei Millionen Menschen alle mit in den Massenstreik? Nur 1 1/2 Millionen Arbeiter sind politisch und gewerkschaftlich organisiert, verbleiben die weiteren 9 Millionen, die nicht organisiert sind. Eine solche Frage und Berechnung kann nur jemand anstellen, der von den Vorgängen in Rußland nicht einen blauen Dunst versteht.

In Rußland gab es vor der Revolution keine Gewerkschaftsorganisation. Man hat eben keinen Schimmer von der direkten Denkweise, wie Engels sagt, was hier und da Ursache ist usw. Die gewerkschaftlichen Organisationen können die Wirkung des Massenstreiks sein und umgekehrt. Wie stehen die englischen Gewerkschaften da? Nicht als Organisationen zum frischen fröhlichen Kampfe bereit, nein sie können die Massen nicht so leicht in Bewegung setzen. (Sehr richtig!) Diejenigen Gewerkschaftsführer, die in Köln der Arbeiterschaft zugerufen haben, sie könnte sich nicht auf den Massenstreik einlassen des Kostenpunktes wegen, und die Arbeiterorganisationen hätten vor allem Ruhe nötig, um sich weiter ausbauen zu lassen, diese Führer fahren auf sehr bedenklichem Wege, die deutsche Arbeiterschaft in allen ihren Hoffnungen niederzudrücken und in die Versumpfung zu bringen. (Sehr richtig!)

Man fragt, werden uns auch die unorganisierten Massen folgen? Ja, wenn Sie sich auf den Boden stellen, daß eine Massenstreikbewegung von heute in 14 Tagen ohne ... (unleserlich) vor sich gehen kann, wie aus der Pistole geschossen, daß man einen Bußtag dazu bestimmt, – ich bin sicher, daß die Massen uns auslachen würden. Aber andererseits werden Sie sich mit mir auf den Boden stellen, daß bei einer revolutionären Bewegung diese Massen uns folgen werden, weil wir die Veranlassung, die Situation zu der Revolution nicht schaffen; wir müssen diese Situation verstehen und ausnutzen.¹⁰ Dann wird gefragt, wie wollen wir diese Massen ernähren und wie wollen wir sie im Zügel halten? Diesen Explosivstoff hat der

dies Machtmittel einfach über Bord geworfen. Der politische Massenstreik, sagte Karl Frohme vor kurzem in einer Versammlung, ist nicht mit Erfolg durchzuführen; es fehlten die Vorbedingungen: von rund 12 000 000 industriellen Arbeitern sind bei den Reichstagswahlen nur 3000 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, diese Wähler wären noch lange nicht überzeugte Sozialdemokraten; nur 1 250 000 Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, politisch noch viel weniger; auf die übrigen 9 000 000 Arbeiter sei kein Verlaß, diese würden den Massenstreik nicht mitmachen. So und in ähnlicher Weise stellte Genosse Frohme in jener Versammlung längere Betrachtungen an. Lasse man sich darauf ein, allerlei Rechenaufgaben zu lösen, um je nach dem Fazit in eine Aktion zu treten oder nicht, dann sei es vielleicht besser, seine Hand bei jeder schwierigen Aufgabe aus dem Spiele zu lassen. Auf solche Kalkulationen, womit sich Genosse Frohme befasse, komme es aber keineswegs an. Es entstehe vielmehr nur die Frage, was überhaupt geschehen solle, wenn die reaktionären Staatsgewalten versuchen, der minderbemittelten Bevölkerung ihre staatsbürgerlichen Rechte, das Wahlrecht usw., immer mehr zu schmälern oder ganz zu rauben. Sollte man die Hände ruhig hinhalten, um sie in Fesseln legen zu lassen, oder sollte man sie dazu gebrauchen, wozu sie uns von der Natur verliehen wurden?

In Rußland ringe das Volk nach Freiheit, es kämpfe um seine staatsbürgerlichen Rechte, es habe im höchsten Falle seine Ketten zu

verlieren. Und wie ist es in Deutschland bestellt? Immer düsterer wird es am politischen Horizont, immer neue Flottenvorlagen, immer neue Zölle und Steuern, wobei die schwächeren Schultern bedeutend mehr als die stärkeren belastet werden. Das Staatsschiff laviere hin und her, steuere man dasselbe nicht rechtzeitig, so werde es noch ins Uferlose hineinsegeln. Fassen wir alles zusammen, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß wir mehr oder minder schweren Kämpfen in der politischen Arena entgegengehen. Daraus resultiere wieder die Frage: Wie heißen die Waffen, zu denen wir eventuell greifen müssen, um uns in Verteidigungszustand zu setzen? Sollte es zum Äußersten kommen, nun dann wohl, wir dürfen selbst vor den schärfsten Machtmitteln nicht zurückschrecken. Mit den Worten: »Bereit sein, ist alles!« schloß die Referentin unter stürmischem Beifall ihre Ausführungen.

Genosse Frohme gegen den Massenstreik in die Wagschale geworfen. Genossen, der Genosse, der Bedenken hegt, ob man bei einem Massenstreik die Massen im Zügel halten kann, der begeht eine Majestätsbeleidigung an der Arbeitermasse. In Frankreich, in Deutschland, in Russland, wo die Massen ... (unleserlich) auf dem Platze des politischen Lebens stritten, da hebt sich das moralische Niveau der Bevölkerung in erster Linie, da wird erst die wahre Sittlichkeit zur Wahrheit. Der Gedanke, den Frohme da ausgesprochen hat, das ist der richtige Gedankengang eines Staatsanwalts: Wer werde dafür sorgen, daß die Massen nicht verhungern bei einem Massenstreik? Ich muß wiederholt nach Russland verweisen, um beweisen zu können, wie die Massen zu hungern verstehen, wenn es sich darum handelt, Menschenrechte zu erringen. Ich hatte oft Gelegenheit, gerade das Schicksal der Arbeiterklasse meines engeren Vaterlandes in Russisch-Polen zu betrachten. Durch meine Zusammengehörigkeit mit der polnischen Sozialdemokratie erhielt ich Berichte aus Rußland, die, mit Blut und Tränen geschrieben, vom Kampfplatz stammen. Bereits im November 1904 herrschte in Warschau(?) Hungersnot. Hunderttausende von Menschen hatten nichts zu beißen. Das Proletariat will hungern, es will seine Ziele erreichen. Ein Heine¹¹, ein Frohme, sie werden es nicht begreifen, sie haben keine Ahnung von den sozialen Kämpfen. Sie haben die Geschichte vergessen, sie haben vergessen die mit Blut und Tränen geschriebenen Revolutionen in Frankreich und Deutschland.

Die politischen und sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse in moderner Form sind keine Zivilprozesse, wo alle Kosten vom Rechtsanwalt vorgeschlagen werden. Nein, die revolutionäre Situation trägt ihre Ziele in sich. Man muß die Situation verstehen, die uns die Geschichte entgegenführt, wo die Massen berufen sein werden, ihre ganze politische Reife, ihre ganze Kraft, auch ihre ganzen Heldentaten wieder einmal der Welt in Erinnerung zu rufen. Was wir zu tun haben, welchen Kämpfen, welchen Aufgaben uns der allgemeine Gang entgegenführt, ist, daß wir in uns selbst und in der Masse den lebendigen Geist der Kampfesfreudigkeit wach halten, um ihn immer schüren zu können, groß und mächtig die Flamme emporsteigen zu lassen. Was wir weiter zu tun haben, besteht darin, daß wir den Massen das sagen, was wir selber wissen. Unsere Kampfweise besteht darin, daß wir die Geschichte der historischen Bewegung klar machen und daß die geschichtliche Entwicklung uns Momente entgegenführt, wo die Massen selbst das Heft in Händen haben. Dazu die Massen zu erziehen, muß unsere Aufgabe besonders sein. Mit offenen Augen in die Situation schauen. Hier heißt es, nichts Künstliches zu machen, nichts Künstliches herbeizuführen.

Genossen und Genossinnen, auch hier heißt es: »Bereit sein, ist alles!«

Bravo!!!

Paul Hoffmann:

Sie haben durch ihr zahlreiches Erscheinen gezeigt, daß Sie für die Frage, die wir heute abend behandeln, ein reges Interesse zeigen. Aber, das wird von Ihnen jeder zugeben müssen, damit ist es nicht

genüge getan. Es bedarf bei dieser Frage nicht des Aufflatterns des einmaligen Interesses, weil eine Erscheinung heute abend hier war, die Sie aus der Parteiliteratur kennen, von der wir wissen, daß sie eine Verteidigerin des Gedankens ist, daß das Proletariat sich sein Schicksal selbst schaffen muß. Wir müssen, und Sie mit, selbst dafür sorgen, daß auch zu anderen Zeiten, wenn wir unsere Versammlungen haben, wenn wir zusammentreten und über den Gedanken der Kämpfe beraten und beschließen werden, auch dann soll ein solches Interesse vorhanden sein.

Es bedarf der fortgesetzten Erkenntnis des Gedankens, der uns zum Siege führt, daß nicht nur das einmalige Erscheinen nützt, sondern zum Siegen gehört auch Handeln. Und, Parteigenossen, ich rufe Ihnen die traurige Erscheinung ins Gedächtnis zurück, die wir in Hamburg erlebt haben angesichts des Versuchs, das Bürgerschaftswahlrecht zu beschränken; und das in ganz kurzer Zeit, vielleicht schon in wenigen Wochen. Dann wird die bürgerliche Kamarilla in Hamburg von diesem Versuch zur Tatsache übergegangen sein. Die Bevölkerung Hamburgs /war/ im Jahre 1892, als die Cholera in Hamburgs Mauern wütete, bereits in zwei Klassen geteilt: in die Klasse derjenigen, die damals den Staub Hamburgs von ihren Pantoffeln schüttelten, aber gute Profitpatrioten waren, und in die Klasse derjenigen, die damals in die Höhlen der Proletarier hineingingen, um dort das Erdenklichste zu leisten, das Elend, die Seuche zu beseitigen. Das wird man jetzt wieder zur Tatsache machen. Wenn nichts trügt, wird man die Hamburger Bevölkerung wieder in zwei Klassen teilen, und zwar die, die kein Einkommen von M 2 500 haben, werden nicht in die obere Klasse kommen, sondern nur denen, die über M 2 500 Einkommen haben, trägt man erst Rechnung. Parteigenossen, das wird die Folge sein, und da heißt es jetzt – aufpassen: Alle Mann am Platz sein, um die Macht der ganzen Arbeiterschaft zu zeigen. Heute ist die Situation so, wie sie meiner Auffassung nach uns der bekannte Dichter Freiligrath im Jahre 1848 in seinem Gedicht: Sei gedacht der Toten usw. schildert.

Parteigenossen, sorgen Sie dafür, daß wir nicht die Sklaven der Bourgeoisie werden!

Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Versammlung.
Schluß 10.45 Uhr

Aus dem Hauptblatte der periodischen Druckschrift *Corresp.* (ondenz), Nr. 585, 16. November 1905
Redakteur: Diez.

Über den politischen Massenstreik sprach in einer zahlreich besuchten Versammlung des zweiten Hamburger Wahlkreises des sozialdemokratischen Vereins bei Tütge die Genossin Dr. Rosa Luxemburg. Sie wandte sich mit ihren revolutionären Ausführungen insbesondere gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Frohme, der in einer Altonaer Versammlung vor dem politischen Massenstreik gewarnt hatte. Nachdem sie Hamburg als das nach ihrer Meinung rückständigste Staatswesen hingestellt hatte, erklärte sie, daß es schließlich kein anderes Mittel zur Abhilfe gäbe, als mitsamt den Kapitalmagnaten, die sich heute bei Lohnkämpfen durch Anwendung des »tückischen Mittels der Aussperrung« in der Offensive befänden, »den Staat zum Teufel zu jagen«. (Lebhafte Bravorufe) Die jüngsten großen Lohnkämpfe lehrten, daß man mit den bisherigen Kampfmitteln zu Ende sei und daß der Instinkt der Massen sich nach neuen Mitteln umsehe. Ob ein Massenstreik nützlich sei, hänge von der Entwicklung der Dinge ab. »Wir müssen mit der russischen Revolution empfinden und aus ihr lernen. Wir müssen erkennen, daß wir einer Reihe revolutionär-sozialistischer Kämpfe entgegengehen, von denen die russischen nur ein schwacher Abglanz sein werden. Wenn dann zum Galopp übergegangen wird, um so schneller werden wir das Elend los. Das Proletariat hat nichts zu verlieren,

1 Die Ereignisse und Kämpfe in Deutschland des Jahres 1905 sind ausführlich dokumentiert in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe I, Bd. 5: Januar 1905 - Juli 1914, Berlin 1962.

2 Formal ist die russische Revolution, wie gesagt, der letzte Ausläufer der Periode der bürgerlichen Revolutionen in Europa. Allein ... diese formal bürgerliche Revolution wird in Rußland nicht mehr durch die Bourgeoisie, sondern durch die Arbeiterklasse vollzogen. ... Dadurch wird die heutige russische Revolution zu einer so widerspruchsvollen Erscheinung wie keine der früheren Revolutionen. Die politischen Formen der modernen bürgerlichen Klassenherrschaft werden hier nicht durch die Bourgeoisie, sondern durch die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie erkämpft. ... Das Proletariat in Rußland stellt sich heute nicht zur Aufgabe, den Sozialismus zu verwirklichen, sondern erst die kapitalistisch-bürgerlichen Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen. ... Das Proletariat in Rußland führt vielmehr gleichzeitig und in einer Aktion den Kampf sowohl gegen den Absolutismus wie gegen den Kapitalismus. Es will nur die Formen der bürgerlichen Demokratie, aber es will sie für sich, für die Zwecke des proletarischen Klassenkampfes ... So geht die heutige Revolution in Rußland in ihrem Inhalt über die bisherigen Revolutionen weit hinaus ... Sie hat eine neue Kampfmethodik geschaffen, die ihrem proletarischen Charakter wie der Verbindung des Kampfes um die Demokratie mit dem Kampfe gegen das Kapital entspricht – den revolutionären Massenstreik.

Rosa Luxemburg: *Die russische Revolution*, in: *Gesammelte Werke*, Berlin 1972, S. 7, 8/9.

aber gewinnen kann es die ganze Welt!« Wenn zum Schutze der Reste des Absolutismus nicht nur die Knute der Kosaken, sondern auch pommersche Grenadiere aufgeboten würden, »ja dann müßten wir unser Blut verspritzen«. (Tosender Beifall!)

Die einzige Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, den lebendigen Geist der Kampfesfreudigkeit in den Massen wach zu halten und zu fördern, statt ihn im Sumpfe des Parlamentarismus zu ersticken. »Die Massen müssen wir erziehen, ihnen sagen, was wir wissen, und sie reif machen! Wir müssen uns der politischen Entwicklung bewußt bleiben, die in die politische Formel zusammenzufassen ist: »Bereit sein, ist alles!« – Eine so offenkundige Darlegung des sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses kann nur willkommen geheißen werden, weil sie allen Zweifeln über die letzten Ziele der Sozialdemokratie ein Ende macht und den bürgerlichen Parteien immer wieder zeigt, wohin wir kommen, wenn man der revolutionären Partei freien Lauf läßt.

- 3 Die obige Philippika richtet sich ... gegen den von der Genossin Luxemburg im zweiten Hamburger Wahlkreis am 14. dieses Monats gehaltenen Vortrag über den politischen Massenstreik. Es ist sehr merkwürdig, daß die drei Genossen, die sämtlich in Hamburg wohnhaft sind, es nicht mehr für angebracht hielten, in jener Versammlung zu erscheinen und die »verderbliche Revolutionsromantik« da, wo sie sich ihren tödlichen Streichen aus nächster Nähe aussetzte, einmal energisch in den Sand zu strecken. Bei der öffentlichen Diskussion über die staatsgefährliche Auffassung des Massenstreiks im parteigenössischen Kreise zog die »realistische Denkweise« vor, realistisch wie sie ist, sich nicht zum Wort zu melden ... Eines ist lediglich bei dieser harmlosen Beschäftigung, was Beachtung verdient: Es ist dies die Tendenz, aus dem unliebsamen Jenaer Beschluß über den Massenstreik, trotz des ganzen Geistes der Diskussion, die mit ihm verbunden war, jetzt hinterdrein jede revolutionäre Bedeutung hinwegzuinterpretieren, ihn zu einer Phrase mit so viel Wenn und Aber umzudeuten, daß er überhaupt aufhört, irgend etwas auszudrücken. ...
Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/2, S. 617.
- 4 Der sozialdemokratische Verein in Kiel erklärt sich in seiner am 7. Dezember abgehaltenen, gutbesuchten Mitgliederversammlung mit den Ausführungen des Referenten über den Massenstreik einverstanden und konstatiert mit Befriedigung, daß der Standpunkt des Genossen Hoffmann sich mit dem Massenstreikbeschluß des Parteitag in Jena vollständig deckt. Die Versammlung erblickt eine glänzende Bestätigung der politischen Aktualität und Zweckmäßigkeit des Jenaer Beschlusses in der heroischen Erhebung des russischen Proletariats und in den Wahlrechtskämpfen in Sachsen und Österreich. Die Versammelten, fast durchweg gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, verurteilten entschieden die Taktik derjenigen Gewerkschaftsführer, welche die Arbeiterbewegung zu einer bloßen Unterstützungsgenossenschaft herabdrücken möchten und die Frage des Massenstreiks lediglich aus finanziellen Gesichtspunkten beurteilen. Mit gleicher Entschiedenheit wendet sich die Versammlung gegen die in der »Schlesw.-Holst. Volksztg.« und im »Hamburger Echo« veröffentlichte Erklärung der drei schleswig-holsteinischen Reichstagsabgeordneten, der Genossen von Elm, Frohme und Lesche, da diese Erklärung gegenstandslos und in der heutigen politischen Situation doppelt deplaziert ist und keine andere Wirkung hatte, als das Kopfschütteln der Parteigenossen zu erregen und den Gegnern der Sozialdemokratie Veranlassung zu hämischen Angriffen auf die Partei zu geben.
Dokumente und Materialien, a. a. O., S. 144.
- 5 Über den politischen Massenstreik sprach Rosa Luxemburg am 6. Dezember 1905 in Berlin. Diese Rede war in Inhalt und Aufbau der Hamburger Rede ähnlich. Ein Bericht darüber erschien am 8. Dezember im »Vorwärts«, abgedruckt in: Dokumente und Materialien ..., S. 139-143.
- 6 Generalstreik der belgischen Arbeiter im April 1902 für ein demokratisches Wahlrecht. Rosa Luxemburg wertete die Lehren des Streiks in der »Leipziger Volkszeitung« und in der »Neuen Zeit« aus.
Vgl. Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/2, S. 192-219.
- 7 Zur hohen Ehre des deutschen bewußten Proletariats muß anerkannt werden, daß, obwohl bislang der äußerste Gegner des Generalstreiks, es jetzt als erstes auf die anschaulichen Lehren der russischen Befreiungsbewegung reagierte und sich mit Feuer, begeistert an die Seite der Idee stellte, die es mehr als 25 Jahre verspottet hatte. Die deutschen Arbeitermassen zeigten eine solche Flexibilität des Denkens, so viel revolutionären Spürsinn und politische Reife, daß sie sich einmal mehr auf eine höhere Stufe emporhoben als viele ihrer Führer.
Rosa Luxemburg: Vorwort zur russischen Ausgabe von »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2002/III, September 2002, S. 141.
- 8 Inzwischen kamen die Oktobertage in Rußland heran. Deren gewaltiger Einfluß zeigte sich sogleich in der stürmischen Bewegung des österreichischen Proletariats für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Demonstrationen und Massenstreiks in Wien, Prag, Graz beeinflussten ihrerseits die deutschen Arbeiter, vor allem im mit Österreich benachbarten Sachsen, wo gerade das Jahrzehnt nach dem reaktionären Umsturz zu Ende ging, der der Arbeiterklasse den Zugang zum hiesigen Landtag versperrt hatte.
Rosa Luxemburg: Vorwort ..., in: Jahrbuch ..., S. 143. (In den Oktobertagen 1905 kam es zu politischen Massenstreiks in allen Industriezentren Rußlands unter der Losung: Sturz der Selbstherrschaft, Errichtung der demokratischen Republik. – d. Red.)
- 9 So rückte das Massenstreikproblem nach und nach ins Zentrum des geistigen Lebens und des geistigen Interesses der deutschen Sozialdemokratie, und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach diesen Platz noch eine längere Zeit einnehmen. In ihm kreuzen sich wie im Fokus alle strittigen Fragen der deutschen Arbeiterbewegung: über den Parlamentarismus und die unmittelbare Rolle der Massen; über den politischen und den ökonomischen Kampf des Proletariats; über Bedeutung und Rolle der Organisation; über die Planmäßigkeit und Spontaneität der Arbeiterbewegung; über friedliche Taktik und Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht der herrschenden Klassen; über allmähliches »Hineinwachsen« in eine sozialdemokratische Ordnung und revolutionäre »Sprünge« in der Entwicklung des Klassenkampfes ... Mit einem Wort, die Frage nach dem Massenstreik wurde zum Symbol einer ganzen Weltanschauung in der deutschen Arbeiterbewegung.
Rosa Luxemburg: Vorwort ..., in: Jahrbuch ..., S. 145.
- 10 Die Sozialdemokratie vermag weder in Rußland noch sonst in der Welt historische Momente und Situationen künstlich zu schaffen, wie sich jugendliches Maulheldentum vielleicht einbilden mag. Aber was sie kann und muß, ist, die jeweilige Situation auszunutzen, indem sie ihren historischen Sinn und ihre Konsequenzen dem Proletariat zum Bewußtsein bringt und es so zu weiteren Momenten des Kampfes hinüberleitet.«
Rosa Luxemburg: Nach dem ersten Akt (Artikel vom 1. Februar 1905 in der »Neuen Zeit«), in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/2, S. 489/490.
- 11 Wolfgang Heine, Mitarbeiter der rechtsgerichteten »Sozialistischen Monatshefte«, Mitglied des Reichstags.

GÖTZ DIECKMANN

Ermordet vor 60 Jahren: Albert Kuntz

In der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1945 wurde Albert Kuntz beim Verhör im KZ Mittelbau-Dora zu Tode geprügelt. Er stand im Verdacht, an der Spitze einer internationalen Organisation im Lager zu stehen, die sich das Ziel gestellt hatte, die Produktion der »V-Waffen« zu sabotieren, und die sich darauf vorbereitete, der möglichen Ermordung der Lagerinsassen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Die Nazis hatten Kuntz, seit er im März 1933 in ihre Hände gefallen war, durch Untersuchungshaftanstalten, Zuchthaus und die Konzentrationslager Lichtenburg, Buchenwald und Mittelbau-Dora geschleift und malträtirt. Vor seinem Tod haben sie ihn wochenlang gefoltert. Sie konnten ihn nicht brechen.

Wie nah kann man einem Menschen kommen, den man nie gesehen hat? Mir ist Albert Kuntz so vertraut, dass ich manchmal das Gefühl habe, ich spräche mit ihm. Seine Briefe aus den zwölf Haftjahren liegen vor mir. Sie sagen viel aus über diesen starken und feinfühligem Menschen, über die Klarheit seines Denkens, die innige Liebe zu seiner Frau Ellen, zu seinem Sohn und zu allen, die er als die Seinen betrachtete.

Ich kenne den Sohn *Leo*, meinen Freund und Kameraden in der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, und unsere Kameraden *Benno Biebel* und *Reinhold Lochmann*. Benno Biebel war Kuntz schon aus dem Berliner Roten Wedding bekannt. Sie wohnten nicht weit voneinander und trafen sich im KZ wieder. Und Reinhold Lochmann vom Elektrikerkommando in Buchenwald war derjenige, der Albert Kuntz regelmäßig über die Meldungen des Rundfunks informierte. Auch andere, die im Kampf an seiner Seite standen, haben mir von ihm berichtet. Sie sind nicht mehr unter uns:

Walter Bartel, mit dem er gemeinsam an der Internationalen Lenin-Schule der Komintern in Moskau studiert hatte, war sein Nachfolger an der Spitze des Parteiaktivs in Buchenwald und wurde Vorsitzender des Internationalen Lagerkomitees, dem es schließlich gelang, am 11. April 1945 das Lager zu befreien und es zwei Tage später, unter Waffen, an die US-Streitkräfte zu übergeben.

Mithäftling *Willy Schmidt* berichtete, wie unter Leitung von Albert Kuntz, Theodor Neubauer und Walter Stoecker im KZ Lichtenburg jene absolut »spitzelfreie« Organisation geschaffen wurde, die dann mit den ersten Transporten nach Buchenwald gelangte und ohne die jene außerordentliche Widerstandsarbeit in diesem Lager unmöglich gewesen wäre.

Robert Siewert hat mir erzählt, dass es Albert Kuntz war, der ihn nach dem Eintreffen der ersten »Polentransporte« anwies, bei der SS

Götz Dieckmann – Jg. 1941, Prof. Dr. sc. phil., Historiker; 1967/68 Assistent in der Kanzlei von Rechtsanwalt Prof. Friedrich Karl Kaul, 1968 - 1989 Lehrer an der Parteihochschule der SED, im November 1989 dort zum Rektor gewählt, der kurz darauf die Auflösung der Einrichtung zu vollziehen hatte; 1987 Buchveröffentlichung »Die sozialistische Revolution – Theoriegeschichtlicher Abriss«.

zu versuchen, die 200 Kinder aus diesen Transporten geschlossen im Baukommando I, dessen Kapo Siewert war, einzusetzen. Es gelang, und Robert Siewert konnte sogar eine Art Bauschule für diese Kinder einrichten, in der sie zu Maurern ausgebildet wurden. Dank Albert Kuntz, Robert Siewert und ihren Genossen haben die meisten dieser Kinder Buchenwald überlebt. Auch das muss den Verleumdern ins Stammbuch geschrieben werden, die heute behaupten, die Kommunisten hätten sich nur um ihresgleichen gesorgt.

August Kroneberg, als Sozialdemokrat ins KZ geworfen, war als Kapo des Zimmereikommandos in Mittelbau-Dora einer der engsten Mitarbeiter des als Lagertechniker eingesetzten Albert Kuntz. Von ihm weiß ich, wie sie gemeinsam hartnäckig und trickreich um den Aufbau des Barackenlagers gekämpft haben, damit die Häftlinge aus der Hölle der »Unterkünfte« in den unterirdischen Stollen herausgeholt werden konnten.

Und nicht zuletzt war es der polnische Rechtsanwalt und Offizier der Armija Krajowa *Wincenty Hein*, der mir Kuntz' Persönlichkeit nahegebracht hat. Hein hatte in Auschwitz die »grünen« Kapos erlebt, gemeine Kriminelle und brutale Mörder. Nach seiner Ankunft in Mittelbau-Dora sah er einen kräftigen, relativ gut gekleideten Häftling auf dem Appellplatz im Gespräch mit dem Lagerkommandanten und einem weiteren SS-Mann. Er befürchtete, es könne sich ebenfalls um so einen deutschen Banditen handeln. Vorsichtig erkundigte er sich, wer das sei. »Einer von uns«, wurde ihm versichert. Wincenty Hein hat dann in der von Albert Kuntz geleiteten Widerstandsorganisation gemeinsam mit anderen seiner Landsleute gekämpft. Er war ein strenggläubiger Katholik, in Kraków gut bekannt mit dem jetzigen Papst und kein Kommunist. Langen Gesprächen mit ihm verdanke ich viele Einsichten in die Verhältnisse gnadenloser Härte des KZ-Lebens und die außerordentlichen Bedingungen des Widerstands mitten in der Hölle. Von ihm stammt das Zeugnis, es habe angesichts des ständig drohenden Todes drei Gruppen von »Unsterblichen« gegeben: deutsche Kommunisten, die schon seit vielen Jahren im KZ saßen und die Umstände am besten kannten, Kommissare der Roten Armee und französische katholische Priester. Und er hat dies auch begründet: Nur wer im KZ »aus der Zukunft lebte«, hatte die Kraft, sich nicht aufzugeben. Nur Menschen mit Zukunftsgewissheit, die sowohl im Politischen wie im Religiösen ihre Wurzeln haben konnte, waren fähig, aktiven Widerstand zu leisten. Und eben solch ein Mensch sei Albert Kuntz gewesen. So hat Hein mir Nähe zu ihm vermittelt, und ich bin froh darüber.

Ich habe aber auch zwei der Mörder von Albert Kuntz kennenlernen müssen. Am 17. November 1967 wurde vor dem Schwurgericht beim Landgericht Essen ein Prozess wegen der Tötung von Häftlingen des KZ Mittelbau-Dora eröffnet. Angeklagt waren SS-Obersturmbannführer *Helmut Bischoff*, Abwehrbeauftragter für die Fertigung und Erprobung der »V-Waffen«, SS-Oberscharführer *Ernst Sander*, Gestapo-Verantwortlicher für das KZ Mittelbau-Dora, und der SS-Hauptscharführer Erwin Busta von der Wachmannschaft. An diesem Prozess habe ich als Assistent des Nebenklagevertreters, Professor Dr. *Friedrich Karl Kaul*, teilgenommen. Auch Kaul kannte

Albert Kuntz aus Monaten gemeinsamer Haft im KZ Lichtenburg und hat mir von ihm erzählt.

Wir saßen vor der Staatsanwaltschaft, Auge in Auge mit den Angeklagten und ihren Verteidigern. Während der Monate des Prozesses konnte man sich in den Pausen kaum aus dem Weg gehen. Mit den Angeklagten habe ich nie ein Wort gewechselt. Aber ich kannte sie schließlich ziemlich genau anhand ihrer Einlassungen, ihrer Körpersprache und Gesten.

Busta, ein unter den Häftlingen als »Pferdegesicht« verschriener brutaler Totschläger, war an der Ermordung von Albert Kuntz unmittelbar nicht beteiligt. Bischoff und Sander dagegen waren direkt dafür verantwortlich. Bischoff gehörte zu den intellektuellen Massenmördern des Reichssicherheitshauptamtes und war schon zu Kriegsbeginn Stellvertreter des Kommandeurs einer der berüchtigten »SS-Einsatzgruppen« in Polen gewesen. In seinen Berichten hat er sich gerühmt, in Bromberg (Bydgoszcz) und Umgebung eigenhändig Dutzende Polen erschossen zu haben. *Himmler* hatte im Verlauf des Krieges die Befugnis an sich gezogen, Todesurteile ohne Anklage und Urteil zu fällen, und er hatte diese 1944 an den SS-General *Kammler*, seinen »Sonderbevollmächtigten« für die V-Waffen und die unterirdische Verlagerung ihrer Produktionsstätten, »weitergereicht«. *Kammler* wiederum gab diese Vollmacht für eine »Aktion« zur Sabotageabschreckung im KZ Dora und im »Sperrkreis Mittelbau« an Bischoff weiter.

Der 2. Lagerarzt des KZ, SS-Oberstandartenjunker Dr. *Alfred Kurzke*, hat im Prozess in Essen ausgesagt: »Ich habe gehört und gesehen, wie Sander dem Bischoff die Akten vorgelegt hat und sagte, daß die ›Aktion‹ abgeschlossen werden sollte. Das war im Führerheim. Ich saß am gleichen Tisch. Sander brachte die Akten. Am darauffolgenden Mittwoch wurden die Häftlinge auf dem Appellplatz erhängt.«¹

Zum Zeitpunkt dieser Massenerhängung war Albert Kuntz schon tot. Er gehörte zu den frühen Opfern der »Aktion«. Bischoff war Herr über Leben und Tod, Sander verantwortlich für die Verhöre, deren Grausamkeit die mittelalterliche Tortur übertraf. Unter den Schlägen Sanders und seiner Folterkumpane war Albert Kuntz umgekommen.

Alle drei Angeklagten im Essener Prozess waren vielfach des Mordes schuldig. Bischoff, dem verantwortlichen Kopf, war es nun sichtlich peinlich, mit so niedrigrangigen und ungebildeten SS-Charren auf der gleichen Anklagebank sitzen zu müssen. Bischoff war in den letzten Kriegswochen noch zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Magdeburg ernannt worden. Als solcher wurde er von den zuständigen Organen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland entsprechend den Festlegungen des Alliierten Kontrollrates über die Internierung von Nazi- und Kriegsverbrechern inhaftiert und in das sowjetische »Speziallager Nr. 2« im ehemaligen KZ Buchenwald gebracht, von dem heute so viel die Rede ist. Dort saß er ein – wie seine »Kollegen« bei den Amerikanern in Dachau oder bei den Engländern in Neuengamme bei Hamburg.

Ein Militärtribunal der SMAD hat Bischoff schließlich wegen seiner Verbrechen in Magdeburg zu 25 Jahren Zwangsarbeit in einem

1 Zit. nach: Peter Hochmuth: Der illegale Widerstand der Häftlinge des KZ Mittelbau-Dora. Dokumentation, GNN-Verlag Schkeuditz 2000, S. 93.

Lager in der Sowjetunion verurteilt. Nach dem Adenauer-Besuch in Moskau 1955 ist er als »Spätheimkehrer« zurückgekommen. Hätte er zu jenen gehört, die die sowjetische Besatzungsmacht mit der Auflage strenger Bestrafung 1950 an die Justiz der eben gegründeten DDR übergab, so hätte ihn in den »Waldheim-Prozessen« wahrscheinlich das Todesurteil erwartet. So überlebte er und brachte nun, kurz vor Ende des Dora-Prozesses in Essen, ein medizinisches Gutachten bei, das ihm eine Herzschwäche attestierte.

Was nun folgte, gehört zu den prägenden Erlebnissen meines Lebens. Das Gericht stellte das Verfahren gegen Bischoff mit folgender Begründung ein: Die lange Beweisaufnahme habe so erdrückende Fakten ergeben, dass bei ihrer Verdichtung in den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der Nebenklage zu befürchten sei, der Angeklagte werde sich so heftig erregen, dass er in Todesgefahr käme. Da aber jeder Angeklagte bis zum Urteilsspruch als Unschuldiger zu behandeln sei, müsse dies ausgeschlossen werden. Das zuständige Oberlandesgericht ist, nach den Einsprüchen der Staatsanwaltschaft und der Nebenklagevertretung, dieser »Begründung« gefolgt.

Sander und Busta wurden zu sieben Jahren und sechs Monaten bzw. acht Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt, jeweils unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Sie mussten ihre Strafen nicht absitzen. Alle drei sind in Freiheit verstorben, Bischoff übrigens später als die beiden anderen, was Rückschlüsse auf seinen Gesundheitszustand zum Zeitpunkt der Einstellung seines Verfahrens zulässt. Seitdem bedarf ich keiner Belehrung über den Rechtsstaat.

Albert Kuntz gehörte bei den Nazis zu den Meistgehassten. Nachdem zwei Prozesse gegen ihn wegen der allzu offensichtlich konstruierten Anklagen ins Leere gelaufen waren, haben sie ihn schließlich in einem dritten Verfahren wegen Hochverrats verurteilt. Es war eine Farce, denn ihm wurde angekreidet, dass er noch vor dem Machtantritt der Nazis auf einer legalen Veranstaltung der KPD zur Abwehr der faschistischen Gefahr aufgerufen hatte. In Wahrheit, und das sprach der Staatsanwalt offen aus, ging es um seine Gesinnung und das große Ansehen, das er sich vor allem unter den Arbeitern Berlins und Frankfurts erworben hatte. Die Absicht, ihn im zweiten Prozess zum Tode zu verurteilen, entsprang zudem dem Kalkül, damit einem Verfahren gegen *Thälmann* den Weg zu bahnen. Es war dem mutigen und klugen Auftreten von Albert Kuntz in diesem Verfahren zu verdanken, dass dies nicht gelungen ist. Auf einen Thälmann-Prozess ließen sich die Feinde nach dem Desaster des Reichstagsbrandprozesses und ihren Fehlschlägen gegen Kuntz nicht mehr ein. Sie brachten beide schließlich um, als ihre Niederlage schon zum Greifen nahe war. Männer wie Thälmann und Kuntz – das war ihr Vorsatz – durften nicht zu Führungspersönlichkeiten in einem Deutschland nach *Hitler* werden.

Albert Kuntz hat einen Lebensweg durchschritten, der in vieler Hinsicht typisch war für leitende Genossen der KPD. In Bennewitz bei Wurzen am 4. Dezember 1896 geboren, wuchs er in ärmlichen Verhältnissen auf. Nach der Schule und der Lehre als Kupferschmied wurde er im Ersten Weltkrieg als Soldat in das Gemetzel vor Verdun geworfen. Schwer verwundet erlebte er das Kriegsende im Lazarett. 1919 Mitbegründer der KPD in Wurzen, ging er – im-

mer in den vordersten Reihen – durch die politischen und ökonomischen Kämpfe der Weimarer Republik. Er war Kandidat des ZK der KPD und Abgeordneter des Preußischen Landtags. Besonders als Organisationssekretär der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark hatte er sich als beeindruckender Redner ausgezeichnet und sich durch große Menschenkenntnis sowie seine überragenden organisatorischen Fähigkeiten hervorgetan. Er galt als ein Widersacher des NS-Gauleiters *Joseph Goebbels* in der Schlacht um das »rote Berlin« in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise.

Es ist eine bittere Tatsache, dass die große Mehrheit der Deutschen nach 1933 Hitler zujubelte und sich damit schuldhaft in die größte Katastrophe der Neuzeit verstrickte. Gerade deshalb schulden wir all denen Dank, die sich unter Einsatz ihres Lebens der Barbarei entgegengestellt haben. Ihretwegen können wir heute gleichberechtigt unter den Völkern der Welt leben. Das betrifft ausdrücklich alle, die Widerstand leisteten, aus welchem politischen Lager sie auch immer kamen und welchen oft komplizierten Weg sie bis zur Widerstandstata zurückgelegt haben. Es gilt für die Hingerichteten vom 20. Juli 1944, für Christen beider Konfessionen, für Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die aufs Schaffott gebracht, erschlagen und zu Tode geschunden wurden.

Anlässlich des 60. Jahrestages des 20. Juli 1944 wurde in Presse, Funk und Fernsehen vermerkt, dass die meisten der Verschwörer wohl keine Demokraten gewesen seien, weil sie nicht zu den Weimarer Verhältnissen zurückkehren wollten. Das ist wahr und es ist auch legitim, darüber zu debattieren. Aber entscheidend ist und bleibt, dass sie das Inferno beenden und unser Volk retten wollten. Es ist auch nicht falsch, darauf zu verweisen, dass manche von ihnen nur mit den Westmächten Frieden machen wollten, um dann gemeinsam den Krieg im Osten fortzusetzen. Aber selbst diese zu verurteilende Absicht stellt ihre Tat und ihr Opfer nicht in Frage.

Auch Albert Kuntz und die Seinen waren keine Anhänger der Weimarer Republik. Dieser Staat hatte ihn schon 1923/24 monatelang – ohne Prozess und Urteil – in »Schutzhaft« genommen. Die Nazis waren also nicht die Ersten, wenn man auch keineswegs die Bedingungen der Haft gleichsetzen darf.

Zehntausende Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Adlige und Konservative und selbst ehemalige Anhänger der Nazipartei sind gestorben, damit das deutsche Volk lebe. Sie kamen aus allen sozialen Klassen und Schichten. Doch die übergroße Mehrheit von ihnen kam aus den Fabriken und Werkstätten, aus Proletarierwohnungen und Landarbeiterkaten. Das will mancher heute nicht wahrhaben. Namenlose und Namhafte wie Albert Kuntz – dieser endlose Zug aller Tapferen muss unsere Herzen anrühren. Sie und die Kämpfer der anderen Völker, die den Faschismus besiegten, vermitteln uns die Zuversicht, dass die Menschheit nicht in einer Sackgasse enden wird. Sie wird die Zukunft erringen und eine menschenwürdige Welt gestalten.

ALBERT KUNTZ

Briefe aus Nazihaft

Berlin NW 40, den 31. Januar 1934
Alt-Moabit 12a

Liebste Ellen!

Du siehst, daß ich diesmal rechtzeitig an Deinen Geburtstag denke und Dir dazu alles Gute wünsche. Früher war sicher mein, wahrscheinlich nicht sehr großes, Gehirn sehr überlastet und deshalb unterblieb wohl manche selbstverständliche Aufmerksamkeit auch für Dich persönlich. Jetzt möchte ich Dir gegenüber so vieles nachholen und jetzt ists leider am wenigsten möglich.

Was ich Dir zum Geburtstag wünsche? Ja, was gibts wohl Gutes im Leben, was ich Dir nicht wünschen würde? Wenn es nur auf meine Wünsche ankäme, dann wärest Du, meine liebe Ellen, bei größter Lebensfreude und sicher auch der glücklichste Mensch von der Welt. Jetzt hast Du wohl, ebenso wie ich, ungefähr die Hälfte Deines Lebens hinter Dir. Wars von Erfolg? Darüber denkst Du sicher kurz mal nach ... bist zufrieden!? Es könnte wohl 100 % besser sein, aber klagen hilft nicht. Was bringt die nächste »Hälfte«? Sie wird hoffentlich besser als ihr trauriger Anfang und soll viel schöner werden als die erste Lebenshälfte. Eigentlich gibt es für Dich keinen Grund, der nicht zu den kühnsten Hoffnungen berechtigt. Ich denke dabei an Deine liebe Mutter. Abgesehen von den grauen Alltagssorgen, die uns alle wohl nie verlassen werden, lebt Deine liebe Mutter in der sogenannten 2. Hälfte sicher nicht unglücklicher als in der ersten. Frage sie bitte, sie weiß es sicher besser, als ich es wissen kann. Ich will Dich nicht mit billigen Argumenten trösten und dabei gewaltsam die Augen schließen vor der durchlebten und nie wiederkehrenden Kinder- und Jugendzeit, aber wir müssen ehrlich sein und sagen: Wohl jede Periode hat ihre guten und schlechten Seiten und es kommt wohl auch viel darauf an, was ein Mensch selber aus dieser Periode macht. Es ist natürlich alles sehr relativ zu nehmen und ich weiß, auf den guten Willen allein kommt es nicht an.

Ich wünsche Dir von ganzem Herzen die Kraft und Energie auch in der Zukunft, jeder Situation die besten Seiten abzugewinnen. Ich wünsche Dir beste Gesundheit, starken Lebenswillen und gute Nerven als notwendige Voraussetzung für ein frohes und zufriedenes Leben in Gegenwart und Zukunft. Ich wünsche Dir viel Kraft und Geduld in der liebevollen Erziehung unseres Leo, damit er Dir und anderen Menschen noch viel Freude macht, und wenn Dir meine Freiheit große Freude macht, woran ich nie zweifelte, so wünsche

Albert Kuntz (1896 - 1945)

ich sie auch in Deinem Interesse. Sollte ich wider Erwarten noch lange Gefangener bleiben müssen, so wäre mein sehnlichster Wunsch, Dich recht bald in wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu wissen. Du bist jetzt auf treue Freundschaft angewiesen und so sehr ich auch wünsche, daß Du sie pflegst, so sehr weiß ich doch auch, wie Almosen schmecken. Nichts geht über die persönliche Selbständigkeit. Es bleibt Dir sicher auch kein anderer Weg, als alles zu versuchen, auf eigenen Füßen zu stehen. Ich wünsche Dir dazu alle nur denkbaren günstigen Möglichkeiten, selbst, wenn Du diese ohne jede persönliche Rücksichten auf mich ergreifen müßtest. Um andere Menschen glücklich zu machen, ist sich wohl erst jeder selbst der Nächste. Ich hab Dich so sehr gern, daß ich Dir nur das Beste wünschen kann. Versage Dir, wenn nur irgend möglich, keinen Wunsch und keine Freude. Warte nicht auf bessere Zeiten, sondern nutze jede Zeit aufs Beste. Wartezeiten sind verlorene Zeiten. Behalte mich nur ein wenig lieb, damit wir später auch noch frohe Tage haben können. Wenn es nach meinem Willen geht, werde ich in den kommenden Jahren nicht weniger Schönes und Interessantes erleben und das wünsche ich auch Dir von ganzem Herzen. Die Zukunft liegt zwar sehr dunkel vor uns, aber wann war das je anders? Vielleicht liegt gerade darin ein Stück Lebensweisheit oder Reiz zum neuen Leben. Jedenfalls möchte ich Dich an Deinem Geburtstage recht froh und heiter wissen. Hätte ich Geld, so würde ich Dir eine Flasche Wein spendieren, so aber muß es eine gute Tasse Kaffee bei Deinen Lieben daheim auch tun. Ich drücke in Gedanken mein liebstes Geburtstagskind.

Ich hoffe, daß Du diese wenigen Zeilen am 2. 2. zu Deinem Geburtstag erhältst und dabei ein wenig an die herrlichen Tage und Stunden denkst, die wir gemeinsam verbummelt haben.

Bei mir sonst nichts Neues. Viel Langeweile bei bester Gesundheit und bei besten Hoffnungen auf Übles gefaßt.

Viel Sehnsucht nach freiem Leben und nach Dir.

Dein Albert

Beste Grüße allseits.

Kassel, den 20. Juli 1936

Liebste Ellen, meine Lieben!

Endlich kann ich Euer schmerzliches Warten abkürzen. Ich sitze im Kasseler Polizeigefängnis¹ in Schutzhaft und warte auf Weitertransport nach Lichtenburg, der wahrscheinlich morgen sein wird. Am Freitagmittag wurde ich in Wehlheiden von der Polizei abgeholt und am Sonnabend wurde mir ein neuer Schutzhaftbefehl von »Staatspolizeistelle für den Reg.-Bez. Wiesbaden in Frankfurt a/M, Aktenzeichen: I H 2791/36« ausgehändigt. Gründe: »Kuntz wird als ehemaliger Komm. Funktionär in Schutzhaft genommen, weil er in Freiheit eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedeutet.« Das ist alles, also nur knapp und allgemein gehalten, keine Angabe, wie lange noch die Haft sein wird usw. Ich habe Dir das Aktenzeichen usw. genau angegeben für eventuell notwendige Eingaben später.

1 Anm. Götz Dieckmann:
Im Zuchthaus Kassel-Wehlheiden saß Albert Kuntz
16 Monate in Einzelhaft.

Ein schöner und nicht ganz unberechtigter Traum, daß wir bald uns froh wiedersehen und gemeinsam leben und sorgen können, ist also vernichtet, trotz 3 $\frac{1}{2}$ jähriger Trennung. Es war nur ein banges Hoffen, aber eben doch ein Hoffen. Ich fürchte, liebste Ellen, daß nun Dein Schmerz und der unserer anderen Lieben größer ist als erträglich. Mich schmerzt am meisten, daß ich Dir Deine harte Fabrikarbeit nicht endlich abnehmen kann, und hoffe, daß Dein Wechsel in eine leichtere Abteilung geglückt ist. Die Sorge unserer lieben Mütter drückt mich sehr. An die Kinder darf ich gar nicht denken. Meine Zukunft ist weiterhin völlig ungewiß und wir alle daheim brauchen viel Mut, um nicht zu verzweifeln. Doch eben hab ich wie zum Trost einige Reime gemacht:

1. Zerbrochen ist mein Hoffen
auf langersehntes Glück.
Vom Schmerz ist tief betroffen
mein Herz und Deines mit.
2. So klein und nur bescheiden
auch unser Hoffen war,
es ward zum größten Leiden
als es zerbrochen war.
3. Doch aus den Trümmern steigt
ein neues Hoffen auf.
Denn erst wo dieses schweiget,
hört alles Leben auf.

Hoffen wir also, daß die Zukunft sich besser gestaltet, als wir jetzt bei schwerer Enttäuschung sehen können. Vielleicht brauch ich doch nicht mehr lange in Haft zu bleiben.

Liebe Ellen, verständige bitte unsere lieben Bennewitzer und laßt Euch alle herzlich bitten nicht so sehr traurig zu sein. Hoffentlich kann ich bald bessere Nachricht geben. Bis dahin recht herzliche Grüße von Eurem Albert.

Konzentrationslager, 22. Juni 1941
Weimar-Buchenwald

Meine Lieben daheim!

Besten Dank für Euren gemeinsamen Brief. Ich billige durchaus Karls Standpunkt. Er muß ja doch selber wissen, was mit Mutter notwendig ist. Von hier aus ist das schwer zu beurteilen. Mit der Suche nach einer kleinen Wohnung für Mutter scheint es völlig aussichtslos zu sein und wenn Mutter mit Liesbeth entgegen jeder Vernunft doch nicht einig werden sollte, so bleibt leider kein anderer Weg als die Unterbringung in ein Altersheim, so leid es uns allen auch tut. Aber wir wollen alle nur das Beste für Mutter. Auch Deine Sorgen um Rudolf teile ich, meine liebe Ellen. Da er Euch lange nicht schrieb, sind Eure Sorgen begründet. Ich sehe ihn noch gesund und voller Hoffnung und weiß, er wird auch in schwieriger Lage seine Pflicht bis zuletzt tun. Muß man denn immer gleich das Schlimmste annehmen? Natürlich, wer an der Front steht, kann zu Schaden kom-

2 Anm. Götz Dieckmann: Der Brief wurde am Tag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion geschrieben. Albert Kuntz benutzt, wie bereits in anderen Briefen, den Namen seines Schwagers Rudolf Geißler, der bereits zur Wehrmacht eingezogen war, als Synonym, um sich mit Ellen über den Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion (Russland) zu verständigen.

men und wir alle hängen an unseren Lieben. Ich hoffe also mit Euch, daß wir Rudolf wohlauf wiedersehen und daß er alle Strapazen gut übersteht, und wenn es todernst werden sollte, wir kennen ihn und wissen, seine Haltung ist immer: »Das Banner wird stehen, wenn der Mann auch fällt.«² So sagte er doch immer? Sobald also Rudolf wieder geschrieben hat, laßt mich teilnehmen an Eurer Freude, daß er noch lebt. Deine Gartenfreuden sind auch mir eine Freude, daß unser Leo jetzt lieber mit seinen Freunden abtrudelt, kann ich verstehen. Ich bin sehr froh, daß er sich einem gleichaltrigen Menschen angeschlossen hat. Wie stets denn diesmal mit Eurer Beerenernte besonders Erdbeeren? Freilich, Ihr werdet denken: Albert sieht nur die Früchte, aber wir haben die Arbeit. Ganz so einfach mache ichs mir nicht, aber ernten ist natürlich leichter als säen. Daß Deine Arbeitszeit, liebe Ellen, nicht mehr so lang wie ehemals ist, beruhigt mich. Im heißen Sommer kannst Du schon etwas Ruhe gebrauchen und Du wirst sie benutzen, um in aufgeregter Zeit Deine Nerven etwas zu beruhigen. Ich bin noch wohlauf und hoffe es zu bleiben bis wir uns wiedersehen. Möchte es nur recht bald sein. Herzliche Grüße an alle Euer Albert.

1. Oktober 1944

Meine liebste Ellen!

Wieder sind Wochen vergangen und ich möchte nicht zögern, Dir, Oma und Ruth und all unseren Lieben meine besten Grüße zu senden. Deinen lieben Brief vom 8. 9. hab ich Dir wohl zum Teil beantwortet und Leo hat meine Post wohl inzwischen auch erhalten. Dein Obstpaket mit Gebäck war eine Freude und soeben erhielt ich Deine Zeilen vom 25. 9. und freue mich, daß wir im Urteil über Hans übereinstimmen. Euer kürzlicher Besuch in Niederfinow war also eine kleine Erholung und für die treue Wirtsfrau und Kätchen eine nette Abwechslung. So ist es richtig. Daß Rosel Schramm Sehnsucht nach Frankfurt hat, verstehe ich vollkommen. Ein Großstadtkind findet sich nur schwer in der Dorfeinsamkeit zurecht. Dort ist es ewig nur Gast, solange es da keine großen Aufgaben zu erfüllen hat ... Du möchtest mich gern mal sehen? Das beruht ganz auf Gegenseitigkeit. Gegenwärtig gibts wohl, wies im Krieg nun einmal ist, überhaupt mehr Getrennte als Vereinte und mehr sehnsüchtiges Hoffen als inniges Erleben und damit wohl auch mehr Schmerz als Freude, und die Gemüter dieser Menschen sind auch danach. Vielerlei Depressionen lasten auf ihnen und alles stöhnt und ersehnt Erleichterung und friedliche Ruhe. Wie könnte es anders sein? Unbefriedigte suchen zwar Ersatz auf Schleichwegen, aber glücklich sind sie dennoch nicht. Außerdem besteht dabei die Gefahr, daß in der Not die Verkommenheit zur Tugend wird. Die Begriffe von Moral und Unmoral verwischen und verwandeln sich. Nicht nur Bomben und Gewalt wirken zerstörend, es ist zeitbedingt, daß auch ein großer Umbruch menschlicher und gesellschaftlicher Werte stattfindet. Alles ist kriegsbedingt. Alles fällt ganz. Manches davon nur vorübergehend und Neues setzt sich durch und verschafft sich durch alle Wirren und Widerstände hindurch Anerkennung und nimmt Gestalt an. Die jet-

zige Epoche will mit vollem Bewußtsein durchlebt werden. Apathische Menschen werden willenlos in den Strudel der Zeit gezogen und gehen in ihr unter wie im Sumpf. Starke, selbstbewußte Menschen richten sich auf und finden Anschluß ans neue Zeitgeschehen, um in ihm positiv zu leben. Ganz Mutige und Kühne sind dabei die Pioniere der neuen Zeit. Jedem das Seine! Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß jeder Mensch nun lebt, wie er möchte. Die Verhältnisse bedingen seinen Platz und seine Rolle und stehen oft im Widerspruch zu seinem Wollen, aber alle leben wir in einer großen Zeit, die ganze Kerle erfordert.

Also, liebste Ellen, hab Geduld und verliere die Hoffnung auf ein frohes Wiedersehen und schöne Tage nicht. Ich weiß, daß Du wie die meisten Frauen mit manchem Unbill und Widrigkeiten kämpfen mußt. Nur in guter Kameradschaft und gegenseitiger Hilfe läßt sich diese harte Kriegszeit überwinden. Ich bin deshalb froh, daß Du unsere liebe Oma und Deine Schwägerinnen um Dich hast. Daß Walter und Leo sich noch in Eurer Nähe befinden, ist ein Trost. Um mich mache Dir keinen Kummer, ich bin noch wohlauf und habe in einem drolligen jungen Foxterrier noch einen Kameraden bekommen, der stets einen Spielgefährten braucht und viel Freude macht. Aber er ist wachsam und das ist seine Aufgabe und er paßt ins Milieu. Wie es nicht anders sein kann, haben es Haustiere bei Gefangenen immer gut, denn irgendwo müssen sie ihre Liebe verschwenden. Oft kann man da die rührendsten Beobachtungen machen. Ihr wart daheim ja auch schon mal »auf den Hund gekommen«, aber das ist wohl schon lange her. Damit will ich schließen und hoffe, daß Euch meine Zeilen nach den letzten Bombenangriffen auf Berlin wieder gesund antreffen. Hoffentlich bleibt unser Junge noch einige Zeit in seiner schönen blühenden Heide. Ich denke oft an ihn.
Innigste Grüße Dein Albert.

Die hier versammelten vier Briefe von Albert Kuntz an seine Frau Ellen sind ein Vorabdruck aus einem Buch, das im Karl Dietz Verlag Berlin für das Frühjahr 2005 vorbereitet wird.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Das hat uns noch gefehlt: Jetzt also soll in Deutschland wieder einmal über Patriotismus nachgedacht und diskutiert werden. Das jedenfalls wünschen sich CDU und CSU. Was allerdings insofern verwundert, als dieser Anstoß eigentlich hätte von den Regierungsfractionen kommen müssen. Denn die Geschichte lehrt (das macht sie natürlich nicht; aber wir behaupten es immer wieder gern, weil es so schön einfach ist): Klemmt es im Lande, wird der »Patriotismus« aus der Kiste geholt. Propagandistisch wird seit jeher zwischen »Patriotismus pur« und »gesunden Patriotismus« unterschieden. Der gesunde P. kommt üblicherweise etwas freundlicher daher und kann in der Regel ohne Gefahr für Leib und Seele genossen oder praktiziert werden. Was beide Spielarten eint, ist die Unbeantwortbarkeit der Frage, warum man ein Land, einen Staat lieben können sollte. Gewiß, es gibt genug Menschen, die dessen bedürfen, indes: Eine halbwegs einleuchtende Antwort, eine Antwort ohne weihevollen Gewaber und ohne politisches Gelaber und ohne völkisches Getue war noch nie zu erfahren gewesen – Patriotismus war und ist immer etwas Bedeutsam-Ungewisses. Selbst solche, die früher behaupteten, über eine wissenschaftliche Weltanschauung zu verfügen (woran sie nicht mehr so sehr gern erinnert werden möchten ...), ließen sich einst, allerdings kurzfristig, sogar mal einen Verein einfallen, den sie »Dienst für Deutschland« nannten; nahezu vergessen, aber wahr.

Doch eigentlich ist es nicht allzu schwer, sich patriotischen Gesängen zu entziehen, auch wenn – alle Jahrzehnte immer mal wieder – selbst links von CDU/CSU und SPD »über die Nation« reflektiert wird (wo »Nation« ist, ist »Patriotismus« nicht weit): Man liest ein Stückchen Tucholsky, und schon ist der Patriotismus dort, wo ihn un-

sereins gerne sähe. Die Texte des Abgeordneten Josef Filser (von Ludwig Thoma) sind auch sehr geeignet, obwohl es Bayern inzwischen vermutlich aufgegeben haben wird zu missionieren. Wenn es um Patriotismus geht, geht es eigentlich immer nur um den Bierpreis. Bei Josef Filser liest sich die Patriotismus-Debatte folgendermaßen:

An Hern Sepastian Hartl

Oegonohm in Felgeding – Bosd Dachau

Liber Freind.

*dadurch das das bir teirer wierd bin ich auch ferzweifeld und habe in-
sern hochwierningen Härn bfahrer ieber disses befragt, indem er doch
seine kristkadollische Zeidung had wo es zum läsen stet warum das in-
serne geischlinge Offazier das bir teirer machen. Und er had zu mier
gesagt liber Jozef sagd er, disses ist fon der Zändrumbardei eine ieber-
aus weise Handlungsweise sagd er, indem sie durch disses wider das
Regament krigen und auch di Breißen kadollisch machen had er gesagd
und bald man zum Beischpiel Geld obfert das man die Heuden in Aff-
rika zu Kristen machd und fier die Misionen sein Gäld hergibt sagd er,
mus mahh hald in Gotes Nahmen auch fier die Mas bir mer zallen, da-
mid das dadurch die lutterischen Breißen kadollisch wern und das ahl-
ein sälig machende Regament des Zendrums erhalden sagd er.*

Im Magazin *Cicero* beklagte der Schweizer Kolumnist Frank A. Meyer letzgens das miese Bild, das die deutsche Presse von deutschen Politikern produziere, und fragt aufgebracht: »Schelte oder schon Hetze?« Da die Presse die Politiker und die demokratischen Institutionen ständig herabsetze, sei sie mitverantwortlich für die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Er schreibt unter anderem: »Wer in der Demokratie die Politik systematisch herabsetzt und lächerlich macht, der setzt die Demokratie herab, der macht die Demokratie lächerlich.« Nicht oft wird ein Pferd so brutal vom Schwanz her aufgezümt.

In Frank A. Meyers Artikel wird auch die Weimarer Republik erwähnt – wollten wir der Logik seines Artikels folgen, kämen wir wahrscheinlich zu der Schlußfolgerung (die sicher durchaus auch heute wieder oder immer noch ihre Anhänger hat), daß »eigentlich« die Tucholsky & Co. für das Scheitern von Weimar verantwortlich gewesen sind. Nein, für ihren Ruf sind Politiker zuvorderst selbst zuständig. Vor allem auch, weil bei vielen von ihnen die Diskrepanz zwischen hehrem Wort und schnödem Tun besonders auffällig ist. Geschäftsleute stehen in der Regel – so sie sich nicht gerade veranlaßt sehen, vor Gericht zu lügen – zu ihren Schweinereien, ihren Durchstechereien, ihren Steuerhinterziehungen, ja, gelegentlich brüsten sie sich sogar damit, wie sie sich zu behaupten wissen. Politiker hingegen kommen uns ständig damit, sie trügen unsertwegen die schwere Last der Verantwortung, selbstlos bis zum Exzeß. Und dabei vergeht nicht ein Tag, an dem ich nicht in jedweder Zeitung Land rauf, Land runter von großen oder kleinen Politikerschweinereien lese. Gut, dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen, »der alte Adam« würde Günter Gaus gesagt haben. Das Problem aber ist, daß wir uns daran zu gewöhnen scheinen. In Brandenburg/Havel hatte sich der stellv. OB (SPD) von einem stadtbekanntem Kriminellen Wahlkampfhilfe leisten lassen – was lese ich: Sein SPD-Landesverband stehe hinter ihm. Keine Spur von Schimpf und Schande. Und nun können wir ja gerne darüber diskutieren, wer der Demokratie ...

Jan Rehmann:
Postmoderner Links-Nietzschea-
nismus. Deleuze & Foucault.
Eine Dekonstruktion, Argument-
Sonderband 298, Hamburg 2004,
227 S. (16,50 €)

Im vorliegenden Buch, der dritten Monographie des Autors (nach »Kirchen im NS-Staat« und »Max Weber: Modernisierung als passive Revolution«), geht es um die ideologie- und hegemonietheoretische Entzifferung eines für die geistige Situation der Zeit wichtigen Stücks Gegenwartsphilosophie. Das postmoderne Projekt, den Marxismus mit Hilfe eines links-gewendeten Nietzsche zu überwinden, so die These, kann mit Gramsci als »passive Revolution« bezeichnet werden, die die Besonderheit aufweist, unmittelbar an den Kulturen eines gescheiterten und enttäuschten Linksradikalismus anzusetzen (S. 9).

Die Einleitung macht deutlich, dass es sich nicht um eine Gesamtkritik »der« Postmoderne handeln kann, da die dieser »zugrundeliegenden gesellschaftlichen Transformationen« eine »Explosion widerstreitender Tendenzen« (David Harvey) hervorgerufen haben (S. 16). Was sich dagegen philologisch genau untersuchen und theoretisch analysieren lässt, sind die im postmodernen Rahmen vollzogenen »Umformungen und Einpassungen des Nietzsche-Bildes« (S. 17), um die es am Beispiel von Deleuze und Foucault geht. Untersucht wird, wie die französischen Philosophen – Deleuze z. T. zusammen mit Guattari – im Rückgriff auf Heidegger das Nietzschebild so transformiert haben, dass es mit dem Protestmilieu vor allem der französischen Nach-Acht-und-sechziger kompatibel wurde. Rehmanns Analysen zur Konstitution eines »Linksnietzscheanismus« machen schlagend deutlich, dass mit dieser Akzentsetzung der Hauptnerv einer außerordentlich einflussreichen Strömung getroffen ist. Die »Foucault-Industrie« hat sich ja nicht nur in den angelsächsischen Ländern zu einer akademischen Großmacht entwickelt. In den Geistes- und Kulturwissenschaften besetzt und verwaltet sie, was sich zuvor als Ideologiekritik und kritische Gesellschaftstheorie verstand. Dies drückt sich auch in ei-

ner mengenmäßig kaum mehr überschaubaren Literatur aus. Rehmanns Frage stößt in eine Reflexionslücke, die für die Rezeptionsliteratur symptomatisch sein dürfte: Eine philologische Untersuchung der postmodernen Nietzsche-Lektüre, die sich der Mühe unterzieht, diese mit dem Argumentationszusammenhang der nietzscheschen Schriften zu konfrontieren, fehlte bislang. Da dies nicht nur für die an Foucault orientierte Literatur (z. B. Dreyfus/Rabinow oder Wilhelm Schmid), sondern überraschenderweise auch für die meisten Postmoderne-Kritiker einschließlich derjenigen des theoretischen Marxismus gilt, stellt sich Rehmanns Ansatz quer zu den bisherigen Frontstellungen in der Foucault-Rezeption. Selbst wo z. B. Habermas oder Ferry/Renaut Foucault aufgrund seines »Nietzscheanismus« angreifen, wird nicht versucht, die Nietzsche-Lektüre selbst als eine eigene postmoderne Konstruktionsleistung in den Blick zu nehmen (vgl. zur Kritik S. 70 ff.). Rehmanns Blickwinkel, den man als Anwendung einer dekonstruktivistischen Methode auf die Postmoderne selbst beschreiben könnte, räumt seinem Buch eine Ausnahmestellung ein. Sie leistet eine Neu-Verknüpfung von Forschungsansätzen, die aufgrund unterschiedlicher, sei es nationaler oder universitärer Grenzziehungen bislang weit auseinander lagen. Dies gilt z. B. für die Konfrontation des postmodernen Nietzscheanismus mit einer kritischen Theorie (mit kleinem k und somit im weiten Sinn), die so verschiedene Ansätze wie die von Walther Benjamin, Günther Anders, Nicos Poulantzas und Pierre Bourdieu umfasst.

Im ersten Teil geht es um die »spinozistische Verkleidung« Nietzsches durch Deleuze, seine Umwidmung zum nomadischen Rebellen. Nachgezeichnet wird eine Lektüre, die Freud und Marx einem übermalten Nietzschebild einfügt (und unterwirft) und ohne die etwa ein Diskurs wie der von Hardt/Negri in »Empire« weder möglich noch verständlich wäre. Wie Rehmann zeigt, bildet die Verwechslung zwischen Nietzsche und dem »von ihm absorbierten und überwältigten Spinoza« die Grundlage dafür, dass sich unter dem Eindruck der 68er Bewegung und ihres Scheiterns das Nietzsche-Bild nach »links« verschiebt. (S. 60) Gegen Deleuze, dem er die »Verwechslung von Handlungsmacht und

Herrschaftsmacht« vorhält, arbeitet er die Unterschiede zwischen Spinozas »potentia agendi« und Nietzsches »Willen zur Macht« heraus, den er eher in der Linie von Hobbes verortet (S. 52 ff.). »Spinozas Vernunft ist eine, die auf den Affekten zu ›surfen‹ versucht, statt sie in nietzschescher Manier zu befehligen; sie ist ein ›intuitives Wissen‹ (II P40 SII, 209), nicht ein Herrenwort.« (S. 59)

Die eingesprengte kritische Relektüre Nietzsches, die ein Buch im Buch darstellt, schafft zum einen die Voraussetzung für eine Rettung Nietzsches aus der Deleuzeschen Vereinnahmung, die, wie Rehmann spürt, einer Philosophie der »Spaßgesellschaft« entgegenkommt (S. 38). Freigelegt wird, »was alles in Deleuzes Differenz-Übersetzung auf der Strecke geblieben ist: sowohl das sozialgeschichtliche Material der antiken Herrschaftsverhältnisse, das Nietzsche zu bearbeiten beansprucht, als auch die Unangemessenheit seiner Bearbeitung« (S. 42). Zum anderen funktioniert sie vorzüglich als Sonde ins Konstitutionsgefüge der deleuzeschen Theorie. Die Erkenntnis, die sie zurückbringt, ist beunruhigend: Es ist die Einsicht in die innere Instabilität eines ›Links-Nietzscheanismus‹, dessen Nietzsche aus dem Denken eine ›Kriegsmaschine‹ macht und damit ein Diskursfeld konstruiert, »in dem Linksradikalismus und neue Rechte sich grundsätzlich überschneiden können« (S. 66). Dieser »Links-nietzscheanismus« nimmt von Nietzsche vor allem die von diesem absorbierten und umgewendeten »spinozischen« Artikulationen einer ›moralinfreien‹ Lebenszugehörigkeit auf. »Da er nicht in der Lage ist, sie analytisch von Nietzsches Herrenstandpunkt zu unterscheiden, schleppt er in der Sprache radikalster Befreiung unerkannt den entgegengesetzten Standpunkt naturalisierter Herrschaft mit.« (S. 67)

Der zweite Teil konzentriert sich darauf, wie der frühe Foucault sich einer Rezeptionslinie einschreibt, »bei der sowohl die herrenmenschlichen als auch die neu-religiösen Dimensionen der nietzscheschen Philosophie ausgeblendet bzw. einführend und entschärft nacherzählt werden« (S. 21). In den Gesichtskreis der Untersuchung rückt zunächst der ›Antihumanismus‹ des späten Heidegger, der u. a. auch Foucaults Kritik des ›anthropologischen Zeitalters‹ in der Ordnung der Dinge

maßgeblich beeinflusst hat. An Foucaults Rezeption problematisiert Rehmann die »unkritische Übernahme, die den Umsprung der heideggerischen Metaphysikkritik in das Jenseits einer neuen Metaphysik ausblendet« (S. 80). Ebenso unkritisch verhalten sich Foucault, Klossowski und Deleuze zur ›ewigen Wiederkehr‹, die Nietzsche als eine ›Religion der Religionen‹ konzipiert hat, um gegen die christliche Religion wie auch gegen die atheistische Religionskritik den Ewigkeitswert des Religiösen besser zum Tragen zu bringen (S. 89). Rehmann schlägt vor, die Wiederkunftslehre selbst mit den Kategorien der marxischen Religionskritik zu analysieren: ihre Schwankungen zwischen vitalistischem Dezisionismus und Fatalismus seien nicht ohne Berücksichtigung von Nietzsches Krankheitsgeschichte zu verstehen und wären insofern durchaus auch Manifestationen einer Religion im marxischen Sinne eines ›Seufzers der bedrängten Kreatur‹, freilich mit der Besonderheit, diesen Impuls direkt und mit aller Gewalt gegen die Bedrängten und Leidenden zurückzuwenden – eine Rückwendung, die »aufs engste mit der ideologischen Dynamik entfremdeter Vergesellschaftung verkreuzt ist« (S. 93). In der postmodernen Rezeption ist dagegen, wie Rehmann zeigen kann, »die Krankengeschichte der ›ewigen Wiederkehr‹ ausgeblendet, ihr entfremdeter Charakter übersehen, der zwanghafte Schub der Verherrlichung ignoriert, die exterministische Wendung des Leidens gegen die Leidenden verdrängt« (S. 94).

Im dritten Teil untersucht Rehmann, wie Foucault in der Periode seines linksradikalen Engagements (1969-72) einen neo-nietzscheanischen Machtbegriff einführt, der den der Episteme sukzessive ersetzt. Schritt für Schritt wird sichtbar, wie er sich von einem frühen Ideologiebegriff Althusserns abstößt, indem er ihn zunächst in die Kategorie des ›Wissens‹ auflöst und dann über die nietzschesche Verbindung von Wahrheit und Macht-Willen in die Kategorie der Macht übergehen lässt. Die Althusser-Schule hatte dieser Entwendung wenig entgegenzusetzen, weil Foucault mit dem Instrumentarium eines »halbseitigen und parasitären Althusserianismus« operierte (S. 110). Rehmanns Kritik konzentriert sich auf zwei theoretische Weichenstellungen: zum einen zeigt er, wie Foucault gestützt auf Nietzsche

die umkämpfte Problematik der »Wahrheit« in einen Fiktionalismus auflöst, der die Möglichkeit von unterscheidender Kritik zerstört und, wie Ernst Bloch schon 1935 bemerkte, die wissenschaftlichen Begriffe »höchst nützlich in Aktienpapiere« verwandelte, »welche je nach der gegebenen Lage schwanken« (zit. nach S. 117); zum anderen wird die Macht nicht als gesellschaftsanalytischer Begriff entwickelt, sondern »als diffuse Eigenschaft einem »Willen zur Wahrheit« (egal zu welcher) bzw. einem Diskurs-»Wuchern« (egal wohin) zugeschrieben« (S. 119). Obwohl Foucault die wirksame Rhetorik einer vielfältigen »Mikrophysik« der Macht entfaltet, praktiziert er in Wirklichkeit ein essenzialistisches Verfahren, mit dem die Macht hinter den gesellschaftlichen Produktions- und Herrschaftsverhältnissen in Stellung gebracht wird, wo sie wie eine »Fresszelle« (Poulantzas) alle Widerstände kontaminiert (S. 139, 178).

Eingefügt ist ein philologischer Exkurs zu Foucaults Aufsatz »Nietzsche, die Genealogie, die Historie«, in dem präzise nachgewiesen wird, dass es den von Foucault behaupteten Gegensatz von »Ursprung« und »Herkunft« bei Nietzsche überhaupt nicht gibt. Die hineinprojizierte Entgegensetzung verdeckt einen anderen Gegensatz, nämlich den zwischen Nietzsches mittlerer »ideologiekritischer« Phase und seiner Spätphase: »Dazwischen liegt ein spezifischer Vertikalisierungsschub, der in Foucaults Zuschneidung eines Alternativ-Nietzsche ausgelöscht ist.« (S. 131) Gerade Foucault, der an Nietzsches »Genealogie« die Durchbrechung jeder linearen Geschichtsauffassung hervorhebt, praktiziert eine Homogenisierung, die Nietzsches Wendung zu einem radikal herrschaftsbehahenden Ideologiekritiker unkenntlich macht. Wie schon bei Deleuzes Einebnung der Brüche zwischen Spinoza und Nietzsche wird auch hier eine neo-nietzscheanische Einheitslinie konstruiert, »die vom leeren Pathos eines immer gleichen Diskontinuierlichen, Vielfältigen und Fragmentarischen zusammengehalten wird« (S. 132). Das Selbstwidersprechen postmoderner Denkfiguren zeigt sich hier in der fiktiven Kontinuität des Diskontinuierlichen und im paradoxen Mythos der Einheit des Fragmentarischen. Der abschließende vierte Teil konfrontiert Foucaults Überwachen und Strafen mit Ru-

sche/Kirchheimers klassischer Studie *Punishment and Social Structure* (1939) und macht im besten Sinne »dekonstruktiv« sichtbar, was die neo-nietzscheanische Darstellung ins »Unsichtbare« verbannt hat: die Bedeutung der Zwangsarbeit (S. 154 ff.), die Verbindungen zwischen Gefängnisfunktionen und Arbeitsmarkt (S. 144 ff., 158 ff.), die ökonomischen Funktionen des Gefängnisses, die Foucault gerade an den von ihm herangezogenen Panoptikon-Schriften Benthams aufzeigen hätte können (S. 168 ff.), die Unterschiede zwischen demokratischer Strafrechtsreform und faschistischer Gefangenen-Verelendung (S. 162 f.). In diesem Zusammenhang wird eine vielfältige sozialgeschichtliche Literatur zur Entwicklung der Strafsysteme und zur »Sozialdisziplinierung« einbezogen, die in der hiesigen philosophischen Foucault-Rezeption nahezu vollständig ausgeblendet war: aus Deutschland (z. B. Steinert/Treiber, Sachße/Tennstedt, Peukert), aus Italien (Melossi/Pavarini), der angelsächsischen Welt (z. B. Sullivan, Angela Davis, Ignatieff, Semple, Parenti) und nicht zuletzt aus Frankreich selbst (Petit, Zysberg, Faugeron, Michelle Perrot, Wacquant). Der Vergleich macht deutlich, dass Foucaults Konzept einer »im Selbstlauf ausschwärmenden« Disziplinarmacht die Verbindungen der Strafsysteme mit den Regulationsweisen des Kapitalismus ausblendet und damit auch den gegenwärtigen Zusammenhang zwischen disziplinärem Neoliberalismus und »Prison Industrial Complex« verfehlen muss (S. 180).

Wäre das Ethos wissenschaftlicher Redlichkeit bestimmend, müsste Rehmanns Arbeit die Foucault-Literatur das Fürchten lehren. Unnachsichtig konfrontiert er Interpretationen mit dem interpretierten Text, sekundär übernommene und weitertradierte Interpretationen mit den Untiefen ihrer jeweiligen Matrix. Indem er die »Philosophien des Marktes« den Standards theoretischer und historisch-kritischer Reflexion aussetzt, bricht er einen lähmenden Zauber, ohne die fruchtbaren Impulse des kritisierten Denkens preiszugeben. Die Untersuchung richtet sich ausdrücklich nicht gegen das Anliegen, sich vom Scharfsinn der nietzscheschen Intuitionen anregen zu lassen, »sondern gegen den Konformismus, ihn als symbolisches Kapital einzusetzen, ohne seine »hierarchische Obsession« aufzudecken« (S. 18),

also dagegen, Nietzsches Herrschaftspathos zum bloß »differenziellen Element« zu verniedlichen. – Insgesamt wird im Laufe der Lektüre immer deutlicher, dass sich gerade über den Zugang einer kritischen Philologie neue und überraschende Einsichten in die theoretische Produktionsweise der poststrukturalistischen Philosophen gewinnen lassen.

WOLFGANG FRITZ HAUG

**Martin Jänicke, Philip Kunig,
Michael Stritzel:**
Lern- und Arbeitsbuch Umwelt-
politik. Politik, Recht und
Management des Umweltschutzes
in Staat und Unternehmen,
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Bonn
2003, (2. überarbeitete Auflage).
453 S. (15,20 €)

Das hier zur Rede stehende Lern- und Arbeitsbuch Umweltpolitik ist ein Buch aus einer ganzen Reihe von Lern- und Arbeitsbüchern, um deren Herausgabe sich der Bonner Dietz-Verlag seit Jahren verdient macht. Wie auch bei den Lern- und Arbeitsbüchern zur »Dritten Welt« oder zur Ökonomie wendet sich das Lern- und Arbeitsbuch Umweltpolitik nicht vorrangig an einen mehr oder weniger kleinen Kreis von Experten, sondern an jene große Gruppe von Lernenden, aber auch von Berufstätigen, die sich über Grundlagen der Umweltpolitik, des Umweltrechts und des betrieblichen Umweltmanagements informieren wollen oder auch müssen.

Ein besonderer Vorzug des vorliegenden Bandes besteht in der Tat darin, daß in ihm drei auf ihren jeweiligen Gebieten ausgewiesene Hochschullehrer von der Freien Universität Berlin versuchen, umweltspezifische Aspekte in den Bereichen Politik, Recht und Unternehmensmanagement nicht nur übersichtlich darzustellen, sondern auch aufeinander zu beziehen. Dies geschieht in vier Teilen. In der Einleitung (Teil I) wird ein gedrängter Überblick vermittelt und das Beziehungsgeflecht zwischen den später detailliert behandelten Bereichen dargestellt. Der Teil II – aus

der Feder von Martin Jänicke – befaßt sich mit der Umweltpolitik in Deutschland, ihrer Geschichte, ihrer Prägung durch internationale Entwicklungen und vor allem ihrer Veränderung im Rahmen des Voranschreitens der europäischen Integration. Er bietet eine Einführung in die Grundbegriffe der Politikanalyse, diskutiert Veränderungen in der umweltpolitischen Steuerung und verweist auf die politischen Spielräume, die gerade bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien bestehen. Allerdings hat die Überarbeitung und Aktualisierung des Materials (aus Anlaß der 2. Auflage) in diesem Teil offenbar mit der Jahrtausendwende ihr (erstaunlich frühzeitiges) Ende gefunden. Auch die zwei Seiten Bemerkungen »zur Umweltpolitik der DDR« (S. 46 ff.) sind wenig hilfreich – für den, der am Thema ernsthaft interessiert ist, sind sie viel zu nichtssagend und vor allem voller (bedenklicher) Pauschalurteile; und für jenen Leser, den die DDR-Umweltpolitik nicht interessiert, sind die »Bemerkungen« ohnehin verzichtbar. Der Teil III zum Umweltrecht ist – im Gegensatz zu Teil II – bis in die unmittelbare Vergangenheit hinein aktualisiert und der Autor, Philip Kunig, ist konsequent bemüht, grundlegende rechtliche Sachverhalte für den Leser verständlich aufzubereiten, der nicht über »juristische Fachkenntnis« verfügt. Er gibt einen sehr brauchbaren Überblick über die Instrumente umweltrechtlicher Gestaltung, über die Teilgebiete des Umweltrechts und über neuere Entwicklungen im Umweltvölkerrecht. Das Umweltmanagement des Unternehmens steht im Zentrum des Teils IV. Hier geht es dem Autor, Michael Stritzel, vor allem um eine »realistische Perspektive«, wenn es um umweltpolitische Belange in Unternehmen geht. Denn gegen eine »Öko-Controlling Euphorie« (S. 360) steht unverrückbar die »Dominanz der ökonomischen Ziele im Unternehmen« (S. 359), so daß angesichts der relativ geringen Sanktionen und der staatlichen Verfolgungsdefizite »in der Mehrzahl der Fälle der Umweltverstoß die ökonomisch günstigere Alternative darstellt« (S. 399). Demgegenüber versucht Stritzel unermüdlich, Zusammenhänge und auch Zwänge aufzuzeigen, die Umweltmanagement für Unternehmen dennoch (unter bestimmten Bedingungen) interessant und annehmbar machen.

Das mit zahlreichen Tabellen, Darstellungen und Grafiken didaktisch gestaltete Lern- und Arbeitsbuch wird durch ein umfangreiches »umweltpolitische Glossar« und ein »Sachverzeichnis« sowie eine Fülle von weiterführenden Literaturangaben vervollständigt.

ARNDT HOPFMANN

Albrecht Müller:
Die Reform-Lüge. 40 Denkfehler,
Mythen und Legenden,
mit denen Politik und Wirtschaft
Deutschland ruinieren,
Droemer Verlag München 2004,
416 S. (19,80 €)

Die Mitgliederzeitschrift der SPD trägt den traditionsreichen Namen »vorwärts«. Leider wird das Blatt, das vor allem die vorherrschende Parteivorstandslinie propagiert, der aufklärerischen Tradition der von Wilhelm Liebknecht mitbegründeten Zeitung nur noch selten gerecht. Für eine wesentliche Ausnahme steht der Name Albrecht Müller, der regelmäßig in ganzseitigen Kolumnen über Manipulationsversuche von Medien oder etwa Initiativen wie der »Neuen sozialen Marktwirtschaft« aufklärt. So lange Albrecht Müller im »vorwärts« schreibt, besteht Hoffnung, dass die SPD für die soziale Demokratie noch nicht ganz verloren ist.

Nun legt Müller ein Buch vor, das sich eben der Aufklärung im Sinne sozialer Demokratie verpflichtet fühlt. Dabei kommt das sozialdemokratische Führungs- und Regierungspersonal so schlecht weg, dass der Rezensent für die Müllerschen »vorwärts«-Kolumnen fürchtet. Wir können nur hoffen, dass dies durch eine möglichst breite Rezeption des Buches wettgemacht wird. Gute Voraussetzungen dafür sind gegeben. Albrecht Müller, studierter Volkswirt, war unter anderem (etwa Planungschef bei den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt) Redenschreiber von SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller, und das war er ganz offenbar geworden, weil er flott schreiben kann. Diese Schreibe setzt er ein, um der Bücherflut neoliberaler Apologeten (»von

Meinhard Miegel und Oswald Metzger, von Hans-Werner Sinn und Gabor Steingart, von Arnulf Baring und Frank Schirmacher«, S. 9) etwas entgegenzusetzen. Denn Müller hält die neoliberale Walze für ruinös für »unser Land«. Er fragt sich, wie eine seit zwei Jahrzehnten betriebene, offenbar erfolglose Politik sich dennoch so ungestraft als alternativlos darstellen könne.

Bei der Antwort kommt er zwangsläufig auf die Medienlandschaft und die dahinterstehenden Interessen zu sprechen. Wie ein anderer sehr lesenswerter Aufklärer, Walter van Rossum, bedauert Müller die »Sabine-Christiansierung« der deutschen Demokratie.

Den Propagandisten des Neoliberalismus zollt Müller »vom rein fachlichen Standpunkt aus« hohe Achtung. Zwar sieht er keine Verschwörung am Werk, er kann solche Vermutungen angesichts der erfolgreichen Manipulationsstrategien aber verstehen. »Professionell ist vor allem, wie Glaubenssätze, Lügen und Legenden, die im Widerspruch zur Realität und Erfahrung der Menschen stehen, in den Köpfen vieler Menschen verankert wurden.« (S. 374) Diese dermaßen ernst genommenen Gegner will Müller mit seinen Waffen schlagen: der vorzüglich recherchierten, begründeten, kurzen, lesbaren und damit überzeugenden Argumentation. Zugute ist ihm dabei zu halten, dass er mit mindestens neunzig Prozent seiner Argumente die Realität trifft.

Eine Warnung an die vielen streng wissenschaftlich orientierten Leser von Utopie kreativ: Gelegentlich scheut der Autor auch vor Polemik nicht zurück. Zudem sind viele Aspekte nur angerissen. Dass Müller sich etwa hinsichtlich der Globalisierung voll auf der Höhe der Diskussion befindet, kann auch nicht uneingeschränkt gesagt werden.

Aber an Wissenschaftler richtet sich der Text auch nicht in erster Linie. Er will »massenwirksam« sein. Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Zunächst klärt Müller über die Ideologie auf, die der »Reform« zugrundeliegt. Frappierend, wie durchschaubar die »Reformen« werden, wenn kurz, knapp und überzeugend die dahinterstehenden Interessen bloßgelegt werden.

Den Kern des Buches bildet der zweite Teil: »40 Denkfehler, Mythen und Legenden«. Mythenbildung sieht Müller beispielsweise

bei der Demographiedebatte am Werk. Zur Begründung werden gegenwärtige und prognostizierte Bevölkerungszahlen mit solchen aus der deutschen Geschichte sowie mit denen anderer Länder verglichen. Der Hysterie um den »Generationenvertrag«, die umlagefinanzierte Rentenversicherung setzt Müller die zweifellos vorhandenen Risiken der Kapitaldeckung entgegen. Hierzu verweist er an anderer Stelle auf die Aktivitäten eines chilenischen Juntopolitikers. José Piñera, der 1980 die Privatvorsorge in Chile einführte, ist heute Propagandist der Kapitaldeckung in der Altersvorsorge. »Der Arbeitsminister Pinochets als Ghostwriter einer rotgrünen Koalition in Deutschland«, das hat sich Müller in seinen schlechtesten Träumen nicht vorstellen können. (S. 382)

Hinsichtlich Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Löhnen, Arbeitsmarkt – kurz »der Wirtschaft« entlarvt Müller 22 Lügen und Mythen, weitere elf Argumentationen setzen sich mit der Staatsquote, den Schulden des Staates und dem Sozialstaat auseinander.

Für einen Redenschreiber des Keynesianers Karl Schiller nicht unerwartet setzt sich Müller mit der herrschenden Angebotsideologie und ihren Fehlentwicklungen auseinander.

Teil III ist überschrieben »Die Reformpleite – Helfer und Helfershelfer«. Dass und warum Intellektuelle sich dem mainstream unterwerfen (»Die Koalition der Willigen«), wird ebenso dargestellt wie das Versagen der »Eliten« und der politischen Parteien (»Der Fisch stinkt vom Kopf her.«)

Wie auch der Rezensent leidet der Autor besonders an der eigenen Partei. Ob die »Reformpleite« den Ruin der SPD als mehrheitsfähige Partei bedeute, wird gefragt. Da Müller ein optimistischer Mensch ist, beantwortet er die Frage lieber nicht eindeutig. Aber doch so viel: »SPD und Grüne haben den Konservativen mit ihrer Politik ... den Weg dafür bereitet, nach einer Machtübernahme spätestens im Jahr 2006 ungestört und ohne Widerstand von politischer Seite die Revolution von oben durchzuführen und den Abbau sozialstaatlicher Regelungen zu realisieren.« (S. 390) Gegen diese Perspektive soll auch die »Reformlüge« wirken. Die Empfehlung am Schluss, wohl kaum überraschend: Kaufen. Lesen. Verschenken. Verbreiten. Empfehlen.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

Nietzscheforschung. Jahrbuch der Nietzsche-Gesellschaft, Bd. 10, hrsg. von Volker Gerhardt und Renate Reschke, Akademie Verlag Berlin 2003, 364 S. (64 €)

Den Hauptteil des Bandes bilden fünf Beiträge, die auf der Jahrestagung der Nietzsche-Gesellschaft im August 2002 in Naumburg gehalten worden sind. Das Thema dieser Tagung lautete »Ethik nach Nietzsche«. Besonders hervorzuheben ist das Referat von Volker Gerhardt, worin der Platz des Philosophen in der biopolitischen Debatte der Gegenwart bestimmt wird. Gerhardt rechnet Nietzsche zu den »großen Anregern des 20. Jahrhunderts«. Für James, Simmel, Max Weber, Bergson, Heidegger, Jaspers, Löwith, Gehlen, Adorno, Bloch und andere hat er die entscheidenden Stichworte geliefert. Ebenso aber auch für Husserl, Russell, Wittgenstein, Cassirer und Popper, wo dies weniger offenkundig ist. Aber erst nach 1968 wurde es üblich, sich auf Nietzsche wie auf einen Klassiker zu berufen. Maßgeblich dazu beigetragen hat die von der DDR ermöglichte, dort selbst aber nicht erschienene Kritische Gesamtausgabe der Werke und Briefe Friedrich Nietzsches. Denn erst auf dieser Grundlage war es möglich, den »ganzen« und den »wahren« Nietzsche kennen zu lernen und die vielen Mißverständnisse und Fehlinterpretationen, die das Nietzsche-Archiv unter Leitung seiner Schwester zu verantworten hat, zu korrigieren.

Dies gilt auch für die Tagung in Naumburg, die ohne ein revidiertes Bild der Programmbegriffe Nietzsches, von denen die »Umwertung der Werte«, der »Wille zur Macht«, die »Vernunft des Leibes«, der »Tod Gottes« und der »Übermensch« die problematischsten sind, nicht auskommt. Gerhardt legt dar, wie Nietzsche stets die »prometheische Erziehung des Menschengeschlechts proklamiert« hat und daß es ihm dabei vor allem um die »Intensivierung des Erlebens und um die Potenzierung der produktiven Gestaltung« ging (S. 58). Deshalb setzte er dem Menschen ein Ziel, das über ihn hinauswies, er sollte sich in »Selbstüberwindung« einer höhern Entwicklungs-

stufe nähern, wofür er den Begriff »Übermensch« wählte (vgl. UTOPIE kreativ, Heft 161, S. 460ff.). Damit wird die eigentliche Bedeutung dieses umstrittenen Programmbeegriffs deutlich: »Er dient der Sicherung einer in heiliger Nüchternheit ergriffenen Zukunft des Menschen, nicht aber dessen Preisgabe. Pathos der Menschwerdung und Distanz zu seiner anthropozentrischen Überheblichkeit sind die widerstreitenden Motive in diesem Begriff ... Er meint nicht die nach oder neben dem Menschen historisch auftretende Spezies, die ihn entweder verdrängt, vernichtet oder für sich arbeiten läßt. Der Ausdruck ist vielmehr nur eine Metapher für den in allem über sich hinaus strebenden Menschen.« (S. 61)

Daran an schließt sich ein hervorragender Beitrag von Pirmin Stekeler-Weithofer, welcher Nietzsches Ethik des Überstiegs vom Bedürfniswesen zur authentischen Person behandelt. Auch dieser Text ist mit Blick auf die aktuelle Kontroverse geschrieben. Der Autor referiert Nietzsches Ausführungen zum Typus des »letzten Menschen«, womit er seiner Zeit den Spiegel vorhielt, um dann zu zeigen, was dem entgegengesetzt werden kann. Zwangsläufig führt auch diese Betrachtung zum Übermensch – als dem »Idealbild einer selbstständigen Person«. »Der Übermensch heißt Übermensch, weil er ein kontrafaktisches Ideal ist. Der reale Mensch der Gegenwart ... orientiert sich entweder an den Schemata der Tradition ... oder an seinen eigenen Empfindungen und Sorgen im Blick auf eine kleine Zukunft, auf nahe liegende Präferenz erfüllungen und Schmerzvermeidungen. Dabei fällt das Ganze des Lebens ... aus dem Blickfeld ... Der Mensch, der sich am Ideal des Übermenschlichen orientiert, lebt jenseits der Abhängigkeit von Vaterfiguren und dem Urteil der Masse, aber auch frei von Larmoyanz oder Lebensangst ...« (S. 75 f.).

Im zweiten Teil des Buches finden sich Beiträge des 10. Nietzsche-Workshops, welcher der Schrift »Menschliches, Allzumenschliches« gewidmet war. Der Aufsatz von Oliver Kloss (»Politische Ökonomie in kosmoästhetischer Absicht«) verdient besondere Erwähnung. Der Autor versteht es, anhand klug ausgewählter Zitate Nietzsches Bedürfnis-Konzept anschaulich darzulegen. Dabei wird deutlich, daß Nietzsche, obwohl sich gern an ältere

Autoren orientierend (hier: Buffon, Galiani), wissenschaftlich doch auf der Höhe seiner Zeit war. So verwendete er einen recht modern anmutenden subjektiven Wertbegriff und argumentierte grenznutzentheoretisch (S. 165f.).

Der dritte Teil besteht aus diversen Aufsätzen. Besonders erwähnenswert unter diesen ist ein Essay von Steffen Dietzsch »Ein Nomade in der Landschaft Zarathustras«, welcher Oscar Levy und dem in der Rezeptionsgeschichte häufig verdrängten jüdischen Nietzscheanismus gewidmet ist. Unglaublich spannend zu lesen und reich an bisher wenig bekannten Details. Ebenfalls lesenswert, schon wegen des exzellenten Stils, ist der Aufsatz von Renate Reschke »Die verlorene Geliebte und ihr neues Domizil«, worin sie sich mit Nietzsches Verhältnis zu Religion und Kunst und dessen Bedeutung für die Moderne auseinandersetzt.

ULRICH BUSCH

Marvin Chlada:
Der Wille zur Utopie,
 Alibri Verlag Aschaffenburg 2004,
 253 S. (16 €)

Das Verhältnis der »Linken« zur Utopie ist ambivalenter Natur. Einerseits steht die These von Marx und Engels im Raum, dass utopisches Denken abzulehnen sei, da der wissenschaftlich begründete Sozialismus diese naive Vorform der Antizipation zukünftiger Ordnung aufhebe bzw. absorbiere. Andererseits ist aber dennoch eine Tradition der Aneignung Utopias innerhalb der »linken« Publizistik zu erkennen. So war es bereits Lenin, der A. Bogdanow (d. i. Malinowski) den Auftrag gab, eine Utopie zu schreiben, die den Massen vor Augen führe, wie der vollendete Kommunismus aussehen werde. Und in Deutschland sind Ernst Bloch und Martin Buber zu nennen, deren Werke um den Begriff der Utopie kreisen und von diesem aus zu interpretieren sind. Als 1989 die Probleme der sozialistischen Staaten offenbar wurden, gingen immer mehr Autoren dazu über, die eigene Standortbestimmung ebenso wie die Vermessung der Geschichte mit einer Analyse des utopischen Denkens zu verbinden. Gegen die konservativen Versuche (z. B. Ernst Nolte, Joachim Fest, Lothar

Bossle) der Diskreditierung der Utopien setzten immer mehr Autoren den Versuch einer Reaktivierung utopischer Potenziale und einer Verteidigung der Utopie als notwendigen Baustein menschlichen Seins. Verwiesen sei an dieser Stelle auf Hermann Klenner, Rolf Schwendter oder Joachim Petzold.

Angesichts dieser kurzen Bemerkungen überrascht es nicht, dass dabei oftmals der Rückgriff auf Ernst Bloch gesucht wurde. Und auch Marvin Chlada steht mit seinem Buch »Der Wille zur Utopie« in dieser Tradition. Seine Anlehnung an Bloch verdeutlicht die Definition des Utopischen, die er der Studie zu Grunde legte: »Stärker als im Tagtraum der Gegenwart, kommt die Utopie in den Bildern der Vergangenheit, in Mythen und Märchen zum Vor-Schein. Das Goldene Zeitalter oder das Schlaraffenland erzählen von einer verkehrten Welt, einer Welt ohne Religion und Arbeit. Diese Traumlandschaften eröffnen ein Universum von kulinarischen und erotischen Genüssen aller Art, niemand leidet Not, es gibt weder Polizei noch Henker. Solche lustvollen Bilderwelten schimmern durch alle Utopien und finden ihren Ausdruck selbst im Alltag noch, wenn jemand nach all der Plackerei wieder ›reif für die Insel‹ ist« (S. 19).

Doch Chlada geht auch an entscheidenden Stellen über Bloch hinaus. So hat er weitaus stärker vor allem visualisierbare Quellen berücksichtigt, d. h. Bücher, Reden, Filme etc. Und es ist anzumerken, dass Chlada mit seiner Arbeit der Utopieforschung neue Quellen erschlossen und weitere Themenbereiche geöffnet hat, gerade weil ihm kein marxistischer Dogmatismus den Blick versperrte. Die von ihm dargebotene Materialfülle reicht über viele der neueren Arbeiten zu den Utopien hinaus. So erwähnt er die zahlreichen Frauenutopien (z. B. S. 144 ff.) ebenso wie ökologische Utopien (z. B. S. 152 f.) oder Computerspiele (S. 181 ff.). Innovativ ist nicht nur der Zugriff auf die utopischen Potenziale in Filmen und anderen Medien, sondern auch der breite Platz, den Chlada den sexuell-utopischen Visionen einräumt, die von Charles Fouriers Liebeswelt bis hin zur »Geschichte der O« reichen (S. 159 ff.). Abgerundet wird die Darstellung utopischen Denkens durch sieben Interviews (u. a. mit Elmar Schenkel, Lars

Aretz, Andrea zur Nieden), die Chlada mit verschiedenen Personen geführt hat und in sein Werk integrierte.

Chladas Studie ist eine gut lesbare Einführung in die Möglichkeiten und Chancen des utopischen Denkens. Darum ist es umso bedauerlicher, dass er seine eigene Meinung zur Zukunftsfähigkeit des utopischen Denkens nicht offen ausspricht, sondern die Antworten anderen überlässt. Hier muss vor allem das Interview mit Christoph Spehr genannt werden, in welchem sich beide Diskussionspartner über die Utopien und ihre gesellschaftlich-politische Rolle unterhalten (S. 217 ff.). Es kann allerdings kein Zweifel daran bestehen, dass Chlada Utopien für notwendig hält, um ein besseres Leben der Menschen zu gewährleisten und immer auch zu antizipieren bzw. träumend auszugestalten.

ANDREAS HEYER

**Ergötzliche Briefe
des Dessauer Malers Carl Marx
an Wolfgang Hütt. Eingeleitet und
kommentiert von Wolfgang Hütt,
Stekovics Verlag Halle 2003,
135 S. (19,80 €)**

Carl Marx (1911-1991) war ein echter »Haggestolz« (W. Hütt) und Eigenbrötler, der weder verlobt noch verheiratet gewesen ist und dessen familiäre Fürsorge seinem Vater galt, der 1979 im Alter von 93 Jahren starb. Die charakterliche Eigenart des introvertierten und gegenüber Fremden unnahbaren Malers äußerte sich in mancher (edlen) Attitüde. Geld, das er durch den Verkauf von Bildern (von ihm kurz »Öler« genannt) verdiente, aber nicht zum Bestreiten des Lebensunterhalts brauchte, spendete er oft und gern sozialen Zwecken; wohlwissend, dass es auch in der DDR Menschen gab, denen es noch schlechter ging als ihm, dem künstlerischen Außenseiter. Dass etwa die Schützlinge eines »Heim(s) in Dessau für geschädigte Kinder« zum Weihnachtsfest 1982 einen Fernseher erhielten, war einer großzügigen Marxschen Spende in Höhe von 3 000 DDR-Mark (damals ein kleines Vermögen!) zu verdanken, die er im Dezember

Lehrjahre am Dessauer und Berliner Bauhaus ungeschrieben geblieben. Aber er hat sie fixiert und sukzessive Wolfgang Hütt mitgeteilt. Die hier gebotenen inneren Einsichten sind wertvolle Ergänzungen zu der äußeren Geschichte dieser wegweisenden Kunstschule. Schön auch die Marginalie, dass, nachdem Carl Marx in das Wohnheim des Bauhauses umgezogen war, sein Zimmer im elterlichen Haus an Martin Hesse, den Sohn Hermann Hesses, vermietet wurde, der zeitgleich mit Marx eine Ausbildung am Bauhaus absolvierte. Sein Engagement für die Rückkehr des Bauhauses ins kollektive Bewusstsein der DDR wurde dem Künstler von seinem Land freilich schlecht vergolten: Zu einer Bauhaus-Ausstellung 1987 in Brüssel, zu der man ihn als einen letzten Zeitzeugen eingeladen hatte, durfte er nicht reisen. Wie so oft, so kanalisiert Carl Marx seine Wut über die Verbohrtheit der Staatsorgane, indem er ein Bild malte: von Brüssel, ohne es gesehen zu haben. Nach diesem Kraftakt, so notierte er für Wolfgang Hütt, habe er sich wieder gut gefühlt. Schon 1978 ließ er, der bisweilen salopp formulierte, den Briefpartner in Halle wissen: »Wenn ich ›Arschlöcher‹ schimpfen kann, dann flutscht die Arbeit, schon immer.«

Dennoch hing er an dem Staat, der ihm so viele Jahrzehnte das Leben (und das Leben von der Kunst) vergällte. Von dem Land DDR lassen, das wollte Marx – den die »Euphorie des Absahnens«, die er bei seinen Landsleuten nach der politischen Wende ausmachte, abstieß – auch im Jahre 1990 nicht. Wenn Marx in einem Brief vom 9. Februar 1990, gut ein Jahr vor seinem Tod, notiert, »Wir bekommen eine üble, armselige Zeit«, dann wird man unwillkürlich an ähnlich müde gestimmte Auskünfte erinnert, die Hanns Cibulka (1920–2004) in seinem letzten, wenige Wochen vor seinem Tod erschienenen Buch, den Tagbuchaufzeichnungen »Späte Jahre« (Leipzig 2004), hinterlassen hat.

Eine späte Offenbarung war Marx die Lektüre des Buches »Mein Leben« von Marc Chagall, die er 1987 von einem Bekannten aus Österreich erhalten hatte. Wie passend, dass ihn ein Kunsthistoriker aus der Bundesrepublik nur ein Jahr später, 1988, überschwänglich als »Chagall der DDR« feierte. Wesentlich nüchterner sah der Künstler sich selbst und

sein Tun: »Solange früh die Sonne aufgeht, solange werden auch Bilder gemalt werden.« (27. Juli 1987)

Eine kleine, zwanzig Jahre zurückreichende Freude teilte der Autor dieser Zeilen, damals 14 Jahre alt, mit Carl Marx: Asterix und Obelix. Voll kindlicher Freude äußerte sich der Maler über den ersten, Ende 1984 in der DDR angelaufenen Trickfilm mit den französischen Comic-Helden. Über die positive Nachwirkung des Animationsfilms »Asterix erobert Rom« schrieb er nach Halle: »Für Monate ist man wieder gestärkt, um herausfordernde, fröhlich skurrile Bilder zu malen (...).« Kürzer ist da nur ein früherer Ausruf Marxscher Schaffensfreude, der vom 18. August 1978 datiert: »Nun also frech weiter.«

Wirklich tragisch ist, dass seit der Retrospektive, die ihm anlässlich seines 75. Geburtstages im Jahre 1986 ausgerichtet wurde, keine Ausstellung mit Werken von Marx zu sehen war. Der Grund dafür ist nicht fehlendes Engagement der Kunsthistoriker, sondern, wie Wolfgang Hütt am Schluss seines Vorworts konstatieren muss, der »Einspruch von Erben«, die auch hier – man wird es so formulieren müssen – als ignorante Verhinderer, denn als Bewahrer eines künstlerischen Oeuvres in Erscheinung treten. So bleiben uns vorerst nur die ergötzlichen Briefe des Carl Marx. Die aber in einer vorbildlichen Edition, die neben Anmerkungen und einem Literaturverzeichnis auch ein Personenregister enthält. Ein den Briefen vorangestellter Lebenslauf, den Carl Marx ursprünglich 1987 für einen Katalog zu einer Ausstellung der Leipziger Galerie am Sachsenplatz fixierte, erinnert in seiner Komposition (Zeilensprünge, Verwendung von Satzfragmenten und wiederholter Gebrauch von den drei vieldeutigen Auslassungspunkten) fast an ein prosanahes Gedicht Brechts. Und die Gestaltung des Bandes (mit Schutzumschlag und Lesebändchen) besticht unverkennbar durch die Stekovics-Ästhetik.

So viel man auch von Carl Marx gelesen hat, man möchte – auch und gerade nach der Lektüre dieser Briefe – seine »Öler« betrachten. Nicht als stichige Reproduktionen in vergilbten Zeitschriften, sondern in einer dem Rang des Künstlers entsprechenden Schau!

KAI AGTHE

Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Wohlfeile Keule und geistige Selbstverstümmelung. Zwei neue Bücher mit »linkem« Antiamerikanismus-Vorwurf (Heft 165/166)
- BIRKE, PETER: Sozialistisk Venstreparti – eine linkssozialistische Partei in Norwegen (Heft 163)
- BREITENBACH, ELKE; Schubert, Katina: Opposition und Regierung – Partei und Bewegung – Widersprüche? Überlegungen zur PDS-Strategie(debatte) (Heft 165/166)
- BRIE, ANDRÉ: Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004 (Heft 170)
- BRIE, MICHAEL: Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai – Parteinahme für einen demokratischen Sozialismus (Heft 162)
- BRIE, MICHAEL: Welcher Marxismus und welche Politik? Uwe-Jens Heuers Buch »Marxismus und Politik« kritisch gelesen (Heft 165/166)
- BRYM, MAX: Die serbischen Četniks einst und jetzt (Heft 165/166)
- BUSCH, ULRICH: Alternative Geldtheorien und linker Geldfetischismus (Heft 160)
- BUSCH, ULRICH: Geiz ist geil! Wieso auf einmal? (Heft 163)
- CANDEIAS, MARIO: Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen Workfare-Staat (Heft 165/166)
- CLOVIS DE AZEVEDO, JOSÉ: Projekt »Bürgerschule« gegen Vermarktung des Lebens (Heft 159)
- DE SOUSA SANTOS, BOAVENTURA: Das Weltsozialforum: Für eine gegenhegemoniale Globalisierung (Heft 169)
- DIETZEL, HORST: Mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten. Ein Vergleich der Grundsatzprogramme von PDS und Bündnis 90/Die Grünen (Heft 161)
- EHRLER, KLAUS: Das Münchener »Abkommen« – die völkerrechtswidrige Ermächtigung zur Okkupation (Heft 167)
- EICHHOLTZ, DIETRICH: »Generalplan Ost« zur Versklavung osteuropäischer Völker (Heft 167)
- ERSIL, WILHELM: Kerneuropa: Drohungen und Tendenzen (Heft 162)
- Es sollte kein Armer unter Euch sein. Anfragen zur Agenda 2010 der Bundesregierung – und eine Antwort (Heft 159)
- ESCOBAR, ARTURO: Andere Welten sind (schon) möglich: Selbstorganisation, Komplexität und postkapitalistische Kulturen (Heft 169)
- FALKNER, THOMAS: Herausforderungen für sozialistische Politik (Heft 165/166)
- FILIPEC, JINDŘICH: Die »Beneš-Dekrete« – Zusammenhänge und Bedeutung (Heft 167)
- FREY, RUTH; Wiesenthal, Helmut: Die politische Partei als lernende Organisation (Heft 168)
- Fühmann, Franz zum 20. Todestag. Wandlung und Wahrhaftigkeit (Heft 165/166)
- Für eine friedensfähige EU-Verfassung (Heft 159)
- GODWIN, WILLIAM: Konkrete Utopie (Heft 170)
- GOHDE, CLAUDIA: Den Tiger reiten. Vom Umgang mit den Organisationsdilemmata in der PDS (Heft 170)
- GRÄFE, KARL-HEINZ: Die Wiedergeburt des Kapitalismus in Rußland (Heft 161)
- GRÄFE, KARL-HEINZ: Von der Asternrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19 (Heft 168)
- HAUG, WOLFGANG FRITZ: Gedanken zum 2. Juni 1967 (Heft 164)
- HAUG, WOLFGANG FRITZ: Was tun? Die verwandelte Wiederkehr einer Gründungsfrage (Heft 161)
- HARTMANN, WOLFGANG: MfS: Selbstbilder und Fremdbilder (Heft 168)
- HAVEMANN, FLORIAN: 68er Ost (Heft 164)
- HEYER, ANDREAS: Plädoyer für politische Utopien (Heft 168)
- HIRSCH, JOACHIM: Kommentar zum VorSatz 168 (Heft 170)
- JACOB, WILLIBALD: Neoliberale Lebensweise und christlicher Glaube sind unvereinbar. Ein Wort zu Bischof Dr. Wolfgang Huber (Heft 170)
- KANT, IMMANUEL: Was ist Aufklärung? (Heft 159)
- KATHEDER, DORIS: Sexy Konkurrenz. Die Versprechen der Warenwerbung in Mädchenzeitschriften (Heft 170)
- KÄTHER, MATTHIAS: Über Marxens Rezeptionsmethoden (Heft 162)
- KELLER, ANDREAS: Die Universität als Unternehmen? (Heft 168)
- KENDLER, VICTORIA; Ullrich, Peter: Report Back: European Identity Forum, Paris 2003 (Heft 163)
- KESSLER, MARIO: Aufstieg und Fall des Staatssozialismus. Helmut Bocks Dokumentation (Heft 170)
- KOCH, MAX: Der nordirische Friedensprozess vor dem Hintergrund der Theorie der sozialen Schließung (Heft 160)
- KÖPP, ULRIKE: Der fremde und der vertraute Blick (Heft 161)
- KRYSMANSKI, HANS JÜRGEN: Die Privatisierung der Macht stabilisiert sich. Überlegungen zur Monetarisierung des Politischen (Heft 167)
- LACIS, OTTO: Woran ist die KPdSU gescheitert? (Heft 162)
- LANGER, JENS: Der Klopstocker. Kirche und kulturelle Identität der Stadt (Heft 159)
- LANGER, JENS: Europa in Siebenbürgen. Eginald Schlattner, Dichter in Europa (Heft 169)
- LEIBIGER, JÜRGEN: Arbeitszeitverkürzung und Perspektiven der Freizeit (Heft 160)
- LÖTZSCH, GESINE: Zukunft konkreter Politik (Heft 170)
- LÖWY, MICHAEL: Eine neue Internationale? (Heft 169)
- MATTERN, JOCHEN: Gerechte Ungleichheit? Über

- nachholende Modernisierung im Bildungswesen (Heft 159)
- MEHLS, ECKART: Die Beneš-Dekrete im historischen und aktuellen Kontext (Heft 167)
- MEIER, JÜRGEN: Wissenschaft ist fortschrittlich! Und die Kunst? (Heft 163)
- METHLING, WOLFGANG: Umweltpolitik – Impulse für technologische Innovation und Regionalentwicklung (Heft 162)
- NAKATH, DETLEF; Stephan, Gerd-Rüdiger: Vor 15 Jahren: Bruch mit dem »Stalinismus als System« Kollektiver Rücktritt der SED-Führung – Zeitweiliger Arbeitsausschuss – Sonderparteitag (Heft 170)
- OSTROWSKI, CHRISTINE: PDS und Bürgernähe (Heft 170)
- PÄTZOLD, KURT: Paris in den Zeiten der Erbfeindschaft (Heft 169)
- PLENER, ULLA: »Sozialdemokratismus« – Instrument der SED-Führung im Kalten Krieg gegen Teile der Arbeiterbewegung (1948-1953) (Heft 161)
- PLÖGER, ANDREA; Riedmann, Erwin: Transnational und fragend voran?! Anmerkungen zum Stand der Bewegung angesichts des zweiten Europäischen Sozialforums (Heft 163)
- RATAI, LOTHAR: Gedanken zu Otto Laci: »Woran ist die KPdSU gescheitert?« (Heft 164)
- RILLING, RAINER: Über starke Ökonomie und starke Politik (Heft 169)
- ROESLER, JÖRG: DDR – Bundesrepublik: Der verweigerte Vergleich (Heft 164)
- ROESLER, JÖRG: Die New Economy – ein Wiederholungsfall? Überlegungen zu ihrer Einordnung in die Wirtschaftsgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts (Heft 161)
- ROMAN-ŻUKOWICZ, EVA: Eine polnische Sicht: Die Aussiedlung der Deutschen (Heft 167)
- RÜDIGER, AXEL: Globalisierung: Ist Politik noch möglich? (Heft 164)
- RUPP, KLAUS-RAINER: Das TAMARA-Projekt (Heft 169)
- SAAGE, RICHARD: Wie zukunftsfähig ist der klassische Utopiebegriff? (Heft 165/166)
- SABATH, WOLFGANG: Festplatte. Die Wochen im Rückstau (Heft 159-170)
- SAÑA, HELENO: Ist der Mensch heute frei? (Heft 168)
- SAUERZAPF, RUDOLF: Die Vertreibung des Leo Kofler (Heft 168)
- SCHELER, WOLFGANG: Welt ohne Krieg? Vom Gewaltfrieden zum gerechten Frieden (Heft 167)
- SCHERRER, CHRISTOPH: Bildungswesen unter Globalisierungsdruck. Die Kernbestimmungen des GATS und deren Folgen (Heft 159)
- SCHIRMER, GREGOR: Völkerrecht als Friedensinstrument (Heft 167)
- SCHÖLER, ULI: Der unbekannte Paul Levi? (Heft 165/166)
- SCHRÖTER, LOTHAR: Die militärische Machtentfaltung der Europäischen Union (Heft 164)
- SCHUMANN, MICHAEL: Gegen Rechtsextremismus. Eine Parlamentsrede (Heft 170)
- SIXEL, FRIEDRICH W.: Die PDS und die Krise der heutigen Gesellschaft (Heft 165/166)
- STIEHLER, GOTTFRIED: Was wäre wenn? (Heft 163)
- SÜSSNER, HENNING: Parlamentarische Erfolge – organisatorische Krise. Die Erfahrungen der Linkspartei Schwedens (Heft 163)
- SWEEZY, PAUL M.: (Interview) »Ich mußte mich einfach dem Marxismus zuwenden« (Heft 163)
- TEODOSSIEVA, ASSIA: Bulgarien zwischen Jahrtausendgeschichte und Globalisierung (Heft 162)
- TRUNTSCHKE, ANDREAS: Bürgerhaushalt im Land Brandenburg. Ideen und Projekte (Heft 159)
- ULLRICH, PETER: Die Genuamobilisierung und Lernmöglichkeiten für das Verhältnis der Linken zu sozialen Bewegungen (Heft 160)
- VOGELER, JAN; FINK, HEINRICH: Heinrich Vogeler und die Utopie vom neuen Menschen (Heft 165/166)
- VON DER LIPPE, MONIKA: Die PDS in der überregionalen Tagespresse. Eine Analyse im Kontext der Bundestagswahl 2002 und mit Blick auf die Europawahlen 2004 (Heft 161)
- WAGNER, GERHARD: »Ich weiß, daß wir diesmal gewinnen«. Hollywood, Casablanca und die Befreiung von Paris (Heft 165/166)
- WAHL, JOACHIM: Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr (Heft 167)
- WAINWRIGHT, HILARY: Das Forum als Jazz (Heft 169)
- WANG LIYONG: Chinas Außenpolitik im 21. Jahrhundert – wohin? (Heft 164)
- WEBER, KLAUS: Strafe und Ausgrenzung statt Hilfe und Integration? Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven der Sozialen Arbeit in der Resozialisierung (Heft 160)
- WEICHOLD, JOCHEN: Umweltpolitik in den Zeiten des Neoliberalismus (Heft 164)
- WEISS, WOLFGANG: Tragfähigkeit – ein Begriff der Regional-Demographie mit politischen Implikationen (Heft 165/166)
- WEISS, WOLFGANG: Zwischen Marx und Malthus. Die Scheu der Linken vor der Demographie (Heft 159)
- WIRTH, GÜNTER: »Der Todesgang des armenischen Volkes« (Heft 169)
- WITTICH, DIETMAR: Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Eine empirisch-soziologische Annäherung (Heft 160)
- WITTICH, DIETMAR: In welcher Gesellschaft leben wir? (Heft 165/166)
- WITTICH, EVELIN: Debatte um ein Denkmal für Rosa Luxemburg. Reproduktion von Vorurteilen oder Beginn einer differenzierten Ge-

schichtsaneignung? (Heft 162)

ZHANG MINJIE: Arbeitsmigration in China (Heft 164)

Konferenzen & Veranstaltungen

ALLESSANDRA PELLONI: Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke (Heft 159)

Aufruf der sozialen Bewegungen und Massenorganisationen Mumbai, Indien, Januar 2004 (Heft 161)

BUSCH, ULRICH: Perspektiven kapitalistischer Ökonomie (Heft 161)

PAHL, HANNO; Engemann, Christoph: Gesellschaft im Widerspruch. Konferenz zum 100. Geburtstag Theodor W. Adornos (Heft 164)

Bücher & Zeitschriften

Abelshauer, Werner: Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung (JÖRG ROESLER – Heft 167)

Adolphi, Wolfram (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000 (WERNER ABEL – Heft 167)

AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2003 (ULRICH BUSCH – Heft 160)

Andretta, Massimiliano; della Porta, Donatella; Mosca, Lorenzo; Reiter, Herbert: No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung (ARNDT HOPFMANN – Heft 165/166)

Bähz, Dieter; Betz, Manfred; Rittig, Roland: »Dem freien Geiste freien Flug«. Beiträge zur deutschen Literatur für Thomas Höhle (KAI AGTHE – Heft 161)

Beck, Stefan; Çağlar, Gülay; Scherrer, Christoph u. a.: Nach der New Economy (ULRICH BUSCH – Heft 159)

Bender, Peter: Weltmacht Amerika. Das Neue Rom (JÖRG ROESLER – Heft 162)

Bergmann, Theodor: Gegen den Strom (MARIO KESSLER – Heft 168)

Bewernitz, Torsten: Global X. Kritik, Stand und Perspektiven der Antiglobalisierungsbewegung (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 162)

Bischoff, Joachim; Steinitz, Klaus (Hrsg.): Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven (GÜNTER KRAUSE – Heft 160)

Bleiber, Helmut; Schmidt, Walter; Schötz, Susanne (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 (HELMUT BOCK – Heft 159)

Bockelmann, Eske: Im Takt des Geldes. Zur Genese modernen Denkens (THOMAS TETZNER – Heft 170)

Böhlke, Rudolf; Spill, Joachim; Stürz, Gerd W.: Das entfesselte Wirtschaftswunder. Ein Gedankenspiel zur Zukunft Deutschlands (ARNDT HOPFMANN – Heft 161)

Busse, Tanja; Dürr, Tobias (Hg.): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance (ULRICH BUSCH – Heft 165/166)

Çağlar, Gazi: Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons Kampf der Kulturen (ERNESTO KIZA – Heft 169)

Claussen, Detlev; Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie (JÜRGEN MEIER – Heft 169)

Decker, Peter; Hecker, Konrad: Das Proletariat. Politisch emanzipiert – sozial diszipliniert – global ausgenutzt – nationalistisch verdorben: Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse kommt an ihr gerechtes Ende (ALIOSCHA JEGODTKA – Heft 159)

Demirovic, Alex (Hrsg.): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie (SARAH DELLMANN – Heft 160)

Diez Acosta, Tomás: Octubre de 1962: A un Paso del Holocausto. Una Mirada Cubana a la Crisis de los Misiles (Oktober 1962: Ein Schritt vor dem Abgrund. Die Raketenkrise aus kubanischer Sicht) (HARALD HILDEBRANDT – Heft 164)

Dostojewski, Fjodor: Tagebuch eines Schriftstellers. 1873-1881 (MARTIN SCHIRDEWAN – Heft 167)

Gellermann, Hermann: Stefan Heym. Judentum und Sozialismus. Zusammenhänge und Probleme in Literatur und Gesellschaft (MARTIN GEGNER – Heft 160)

Gerlach, Jochen: Ethik und Wirtschaftstheorie (ULRICH BUSCH – Heft 164)

Gonen, Jay Y.: The Roots of Nazi Psychology. Hitlers Utopian Barbarism (RICHARD SAAGE – Heft 162)

Held, Martin; Kubon-Gilke, Gisela; Sturn, Richard (Hg.): Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Jahrbuch 1 (ULRICH BUSCH – Heft 170)

Hertzfeldt, Hella; Schäfgen, Katrin (Hrsg.): Demokratie als Idee und Wirklichkeit (NINA NEUHAUS – Heft 163)

Hexelschneider, Erhard: Rosa Luxemburg und die Künste. (MICHAEL WEGNER – Heft 163)

Hofbauer, Hannes: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration (STEFAN BOLLINGER – Heft 159)

Hüttner, Bernd: Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände (ECKART SCHÖRLE – Heft 170)

Intervention – Zeitschrift für Ökonomie (FABIO DE MASI – Heft 169)

- Jakowlew, Alexander: Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie (ROLF SEMMELMANN – Heft 170)
- Jour fixe initiative Berlin (Hg.): Geschichte nach Auschwitz (BENNO HERZOG – Heft 159)
- Kinner, Klaus (Hrsg.): Menetekel 17. Juni 1953 (ERNST WURL – Heft 161)
- Klein, Dieter: Zukunft statt »Reformen«: Arbeit für alle. Ein realistisches Konzept (ARNDT HOPFMANN – Heft 164)
- Körner, Klaus: »Die rote Gefahr«. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950 – 2000 (JÖRN SCHÜTRUMPF – Heft 160)
- Lang, Jürgen P.: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismus-theoretische Untersuchung (WOLFRAM ADOLPHI – Heft 170)
- Leder, Stefan und Witold: Unbeirrbar rot – Zeugen und Zeugnisse einer Familie (THEODOR BERGMANN – Heft 159)
- Lordon, Frédéric: »Aktionärsdemokratie« als soziale Utopie? (ULRICH BUSCH – Heft 159)
- Lund, Hannah: »Die ganze Welt auf ihrem Sofa«. Frauen in europäischen Salons. Band 16 der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«, hrsg. von Hanna Behrend (DETLEF KANNAPIN – Heft 168)
- Malycha, Andreas (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte (WOLFRAM ADOLPHI – Heft 160)
- Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können (HARALD LANGE – Heft 168)
- Mannheim, Karl: Konservatismus (ULRICH BUSCH – Heft 162)
- Moldaschl, Manfred; Thießen, Friedrich (Hrsg.): Neue Ökonomie der Arbeit (ULRICH BUSCH – Heft 168)
- Müller, Roland: Wege zum Ruhm. Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg – das Beispiel Marburg (PEER HEINELT – Heft 161)
- Nakath, Detlef; Stephan, Gerd Rüdiger (Hrsg.): Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Klaus Höpcke – Kolloquium anlässlich seines 70. Geburtstages (KURT PÄTZOLD – Heft 163)
- Oberansmayr, Gerald: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union (STEFAN BOLLINGER – Heft 170)
- Oswald, Franz: The Party That Came Out of the Cold War. The Party of Democratic Socialism in United Germany (Die Partei, die aus dem Kalten Kriege kam. Die PDS im vereinigten Deutschland) (WOLFRAM ADOLPHI – Heft 170)
- Otto, Wilfriede: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente (JOCHEN CERNY – Heft 161)
- Perthes, Volker: Geheime Gärten. Die neue arabische Welt (HENNER FÜRTIG – Heft 165/166)
- Reimon, Michel; Felber, Christian: Schwarzbuch Privatisierung. Was opfern wir dem freien Markt? (JÜRGEN LEIBIGER – Heft 164)
- Ruge, Wolfgang: Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration (HELMUT BOCK – Heft 165/166)
- Scharenberg, Albert; Schmitke, Oliver (Hrsg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 165/166)
- Schmidt, Michael; Maurer, Andrea (Hrsg.): Ökonomischer und soziologischer Institutionalismus (ULRICH BUSCH – Heft 167)
- Schubert, Klaus; Klein, Martina: Das Politiklexikon (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 161)
- Schumann, Michael: Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein (MARCUS SCHWARZBACH – Heft 163)
- Steinle, Matthias: Vom Feindbild zum Fremdbild. Die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm (DETLEF KANNAPIN – Heft 164)
- United Nations Industrial Development Organization, International Yearbook of Industrial Statistics 2003 (JÖRG ROESLER – Heft 169)
- Unsel, Siegfried: »Und jeder Schritt ist Unermeßlichkeit«. Gedanken über Goethe (ULRICH BUSCH – Heft 169)
- Wagenknecht, Sagra (Hg): Aló Presidente, Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft (CHRISTIANE SCHULTE – Heft 168)
- Winckel, Anneke: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland (ANDREAS BODDEN – Heft 159)
- Wohmann, Stefanie: Realität – Kunst – Propaganda. Willi Bredel und die Exilzeitschriften »Internationale Literatur« und »Das Wort« (WOLFRAM ADOLPHI – Heft 169)
- Wolff, Franca: Glasnost erst kurz vor Sendeschluß. Die letzten Jahre des DDR-Fernsehens (1985–1989/90) (KLAUS MELLE – Heft 160)
- Woods, Alan; Grant, Ted: Aufstand der Vernunft. Marxistische Philosophie und moderne Wissenschaft (MARKUS WÖHR – Heft 169)
- Zehl Romero, Christiane: Anna Seghers. Eine Biographie 1947–1983 (FRANK WAGNER – Heft 160)
- Zhao, Leilian: Gesellschaftskritik in Heines Lutezia. Unter besonderer Berücksichtigung der chinesischen Heine-Rezeption (THEODOR BERGMANN – Heft 167)
- Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher (MARIO CANDEIAS – Heft 162)

MORUS MARKARD

»Elite«: A Term of Anti-Egalitarian Struggle

Showing that the term »élite« does not help in relevant discussions and cannot exactly stipulate which groups of people could be characterized by it but serves political aims the author critically analyses these political role of the term. To speak of »élite« makes sense only in connection with speaking of »masses« or »broad masses« at the same time. The use of the term »élite« is politically calculated and tends to be an instrument of anti-egalitarian attitudes which in face of their dramatic historical tradition must not be played down.

HANS-GERT GRÄBE

Virtual Power and Actual Countervailing Powers. On the Globalisation of the Economy

The complex transformation processes prevalent nowadays are often described using the word »globalisation«, whereby this is often understood as being an unchangeable law of nature, and used to gloss over unpalatable, apparently unavoidable developments. But what makes really the point in »globalisation«? The author discusses »virtuality« as one of the central points: the growing role of concepts and ideas in the preparation of production processes in contrast to the real production places with their real people and real living conditions.

LOTTE ARNDT

The Cuban Social Realism at the Beginning of the 21st Century

Cuba sees a transition which shakes the post-revolutionary system. But it would be too simple to characterise this transition as »the way from plan to market« or as a copy of »the Eastern Europe way«. The author discusses the contradiction between the reforms of the economy on the one side and the preservation of the political structures on the other and speaks about the concept of unity and independence as well as about the growing diversification of the society.

JOCHEN WEICHOLD

Escape into Conformity

»Die Grünen« – the German Greens – were founded 25 years ago. In the course of the 1980's, the party developed from one which prioritised ecological issues into a radical democratic party exercising left pressure on the SPD on a variety of issues. In the wake of the breakdown of socialism and the reunification of Germany, the party changed from a left ecological anti-capitalist organisation to an organisation of ecological reform and civil liberties. This paved the way for the party's shift to the political centre which has been observed since the 1990's.

MARIO KESSLER

Jürgen Kuczynski – a Dissident Loyal to the Party Line?

On September 17th, 2004, Jürgen Kuczynski (1904-1997), one of the outstanding social scientists of the German Left and of the GDR, would have celebrated his 100th birthday. To honour him, the Rosa Luxemburg Foundation held a symposium on November 16th, 2004, in Berlin. The author outlines the life of J. K., remembers the extraordinary scope and extent of his scientific work and discusses his unique way of handling the contradictory relation between the scientist and the member first of the KPD, then of the SED and finally of the PDS.

GÜNTER KRÖBER

Jürgen Kuczynski and the Nobel Prize

Jürgen Kuczynski never got the Nobel Prize, but the quality of his work brought him close to the famous award. The author recalls J. K.'s own thinking about the prize, the Swedish attempts to nominate him for the prize in 1987, 1988 and 1989, and the friendly relation between J. K. and the Nobel Prize winners Jan Tinbergen and Wassilij Leontief as well as between J. K. and another prize candidate, John Kenneth Galbraith.

ROSA LUXEMBURG

The Russian Revolution 1905.

Speech, written down by a police informer

This is a speech by Rosa Luxemburg held in Hamburg on November 14th, 1905 at a meeting with about 2000 attendants, among them 300-400 women, focussing on the question of the character of the Russian Revolution and the role of the general strike for the worker's movement. It is printed here for the first time following the hand written notes of a police informer found in the Hamburg archives by UTOPIE kreativ Editorial Board's member Ulla Plener.

GÖTZ DIECKMANN

Murdered 60 Years Ago: Albert Kuntz

ALBERT KUNTZ

Letters out of Nazi Detention

Albert Kuntz, born in 1896, was murdered in the Nazi concentration camp Mittelbau-Dora in the night from January 22nd to January 23rd, 1945. Belonging to the leading circle of the KPD, he had been arrested already in March, 1933 and since then held captive in different prisons and camps. Dieckmann gives a short outline of Kuntz' life. Four letters of Kuntz, written between January 31st, 1934 and October 1st, 1944 speak of the courage and the vital energy of this antifascist fighter.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Veröffentlichung gem. § 7a Berliner Pressegesetz:

Gesellschafter der NDZ GmbH: Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC (100 %), Gesellschafter der FEWAG GmbH: Uwe Hobler, Bundesschatzmeister PDS, Berlin (40 %), Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30 %), Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30 %)